



# Landtag von Baden-Württemberg

9. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. Juli 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:56 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	275	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP . . . . .	297
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Wilhelm Halder . . . . .	275	Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	299
Ausscheiden des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon aus der Fraktion der AfD . . . . .	275	Abg. Dr. Rainer Podeswa (fraktionslos) . . . . .	301
Ausscheiden des Abg. Dr. Jörg Meuthen und weiterer 13 Abgeordneter aus der Fraktion der AfD . . . . .	275	Beschluss . . . . .	302
1. Aktuelle Debatte – <b>Nach der Spaltung der AfD-Fraktion – für einen Parlamentarismus der Verantwortung</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	275	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes</b> – Drucksache 16/275 . . . . .	302
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	275, 287	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	302
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	277, 287	Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	303
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	278, 287	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	304
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	279, 288	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	305
Abg. Dr. Heiner Merz AfD . . . . .	281	Abg. Dr. Christina Baum AfD . . . . .	305
Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos) . . . . .	283	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	306
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	286	Beschluss . . . . .	307
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	289	4. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Qualitätssicherung im Zusammenhang mit der Inklusion</b> – Drucksache 16/3 . . . . .	307
Abg. Stefan Räßle AfD (sachliche Richtigstellung) . . . . .	290	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	307, 314
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016</b> – Drucksache 16/240 . . . . .	290	Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	308
Ministerin Edith Sitzmann . . . . .	290	Abg. Raimund Haser CDU . . . . .	309
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	292	Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . .	310
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	293	Abg. Stefan Räßle AfD . . . . .	311
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	295	Abg. Claudia Martin (fraktionslos) . . . . .	312
		Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	313
		Beschluss . . . . .	314
		5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 1. Juni 2016 – <b>Ketsch, Ver-</b>	

<b>kauf einer Teilfläche von ca. 67 000 m<sup>2</sup> des landeseigenen Grundstücks Flurstück-Nr. 2688 –</b> Drucksachen 16/48, 16/268 . . . . .	315	<b>sorgung für die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH – Zustimmung des Finanzausschusses des Landtages zur Veräußerung des Gebäudes „Am Fruchtkasten 3“ in Stuttgart – Drucksachen 16/245, 16/272 . . . . .</b>	315
Beschluss . . . . .	315	Beschluss . . . . .	315
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 30. Juni 2016 – <b>Geschäftsbe-</b>		Nächste Sitzung . . . . .	315

## Protokoll

über die 9. Sitzung vom 13. Juli 2016

Beginn: 9:03 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Paul Nemeth, Herrn Abg. Dr. Nils Schmid und Herrn Abg. Jürgen Walter erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Dr. Rainer Balzer und Herr Abg. Thomas Axel Palka.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, lieber Herr Kollege Wilhelm Halder, sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen und den fraktionslosen Abgeordneten)

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 5. Juli 2016 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 16/274

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 12. Juli 2016 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 16/307

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Meine Damen und Herren, die Fraktion der AfD hat mir mitgeteilt, dass Herr Abg. Dr. Wolfgang Gedeon aus der Fraktion der AfD ausgetreten ist. Somit hat Herr Abg. Dr. Gedeon jetzt den Status eines fraktionslosen Abgeordneten.

(Zuruf von der FDP/DVP: Bravo!)

Weiter haben folgende Abgeordnete ihren Austritt aus der Fraktion der AfD erklärt: Dr. Jörg Meuthen, Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Lars Patrick Berg, Dr. Heinrich Fiechtner, Stefan Herre, Dr. Heinrich Kuhn, Claudia Martin, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann und Carola Wolle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es wäre einfacher, die vorzulesen, die noch in der Fraktion sind!)

Herr Abg. Dr. Jörg Meuthen hat mitgeteilt, dass er mit den oben genannten 13 Abgeordneten eine neue Fraktion gegründet habe, die Alternative für Baden-Württemberg (ABW).

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das Präsidium hat gestern Abend festgelegt, dass dem Zusammenschluss von 14 aus der AfD-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten bis zur Entscheidung, ob die Bildung einer neuen Fraktion rechtlich zulässig ist, Redezeiten analog einer Fraktion zugestanden werden.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Nach der Spaltung der AfD-Fraktion – für einen Parlamentarismus der Verantwortung – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Demokratie ist ein sehr hohes Gut, und der Landtag von Baden-Württemberg ist ein wichtiges Verfassungsorgan. Er ist die gesetzgebende Gewalt im Staat, er vertritt das souveräne Volk in diesem Land, und er ist Träger der demokratischen Kultur und Kerninstitution der republikanischen Ordnung.

Deshalb ist dieser Landtag sicher nicht der richtige Ort für die Hahnenkämpfe einiger AfD-Funktionäre.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich füge hinzu: Er ist auch kein Sandkasten für Machtspiele, z. B. wenn Frau Petry nach Stuttgart kommt und Hausverbot erteilt bekommen soll.

Ein Mandat in diesem Hohen Haus bedeutet Verpflichtung und Verantwortung. Es ist deshalb auch kein Stipendium für streitsüchtige Politakteure. Die AfD-Fraktion ist hier eingezogen mit der Attitüde, dieses Parlament und die Politik insgesamt aufzumischen. Sie hat ganz bewusst die Systemopposition gegeben, die Provokation zur Methode gemacht und mit dem Feuer des Populismus gespielt. Daran hat sie sich jetzt die Finger verbrannt.

Das Projekt AfD ist politisch und – das füge ich hinzu – aus heutiger Sicht auch moralisch gescheitert.

(Lachen des Abg. Udo Stein [fraktionslos])

Denn es hat den Ungeist der Spaltung beschworen und sich darüber selbst gespalten.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ihre Fraktion ist daran zerbrochen, dass sie es am Ende nicht geschafft hat, sich von klar antisemitischen Thesen brauchbar abzugrenzen. Den demokratischen Minimalkonsens zu respektieren ist für viele in dieser Partei offenbar schon eine unerträgliche Zumutung. Tatsächlich hätten Sie – wenn Sie einmal überlegen, wie man das hätte verhindern können – Herrn Gedeon gar nicht erst in die Partei aufnehmen und schon gar nicht zur Wahl aufstellen dürfen. Da liegt im Grunde genommen der Kern.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb zeigt der jetzige Vorgang: Populismus und Provokation sind noch lange kein politisches Konzept. Es ist eine Sache, Politikerschelte von der Couch zu betreiben, aber eine ganz andere, plötzlich selbst politische Verantwortung zu tragen. Hier im Parlament ist es mit ein paar gut gepflegten Vorurteilen eben nicht getan.

Meine Damen und Herren von der AfD, Demokratie ist ein anstrengendes Geschäft, und Parlamentarier sein heißt vor allem auch, Themen zu erarbeiten, Standpunkte zu hinterfragen, Argumente zu wägen und Kompromisse zu suchen. Das ist bisher in Ihrer Welt hier im Parlament überhaupt nicht vorgehen. Wir haben es zumindest nicht erlebt.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Sie denken Politik immer noch in einem schlichten Freund-Feind-Verhältnis und -Schema – auch in der eigenen Partei. Das bringt uns hier nicht weiter. Sie sind deshalb keine Alternative für Deutschland, auch keine Alternative für Baden-Württemberg; das haben wir heute als neuen Begriff gehört.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Herr Meuthen, Sie haben in der vorletzten Plenarsitzung in der „Brexit“-Debatte gegen eine angebliche EU-Elite polemisiert,

die – Zitat – „wie die Made im Speck“ von Steuergeldern lebe. Und jetzt leisten Sie sich hier auf Kosten der Steuerzahler einen bizarren Selbstfindungsstrip nach dem Motto: Wer bin ich und, wenn ja, wie viele?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

In Wahrheit lassen Sie sich momentan alimentieren, um zu obstruieren. Keine einzige Fraktionsinitiative bisher! Inhaltliche Arbeit bisher Fehlanzeige! Haben Sie sich eigentlich einmal gefragt, wie das auf Ihre Wähler wirken muss? Sie missbrauchen im Moment den Landtag, Ihre Mandate für Ihre Richtungs- und Grabenkämpfe und als Schauplatz für einen Stellvertreterkrieg auch in der Bundespartei. Hier geht es tatsächlich um nichts weniger – das will ich schon betonen – als um die Würde und das Ansehen unseres Parlaments hier in Stuttgart.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Sie deuten die Kabalen der AfD jetzt als – wörtlich – „Häufung“ Ihrer jungen Partei, habe ich gelesen. Im selben Atemzug werben Sie aber um Überläufer just aus der gleichen Gruppe derer, die sich gerade nicht von Abg. Gedeon und seinen Schriften distanzieren wollen. Das ist ein Widerspruch. So kann das nicht gehen.

Im Übrigen: In der Partei sind Sie alle noch zusammen. Sie sind Vorsitzender. Sie, Frau Baum, aus der anderen Gruppe sind Stellvertreterin. Was gilt denn nun? Haben Sie sich getrennt, haben Sie sich gespalten, haben Sie sich abgegrenzt oder nicht?

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb wird es nicht so einfach gehen. So, wie Sie es versuchen, lösen Sie das Antisemitismusproblem in Ihrer Partei nicht.

Mit Ihrem Bild haben Sie sich mit den frühen Grünen verglichen. Wir haben hier Rezzo Schlauch, Fritz Kuhn, Dieter Salomon und Winfried Kretschmann als Fraktionsvorsitzende erlebt. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wir haben dort immer um die Sache gekämpft und parlamentarischen Diskurs geführt. Im Grunde genommen ging es darum, dass wir vor allem um politische Lösungen gerungen haben. Ihnen geht es nur um Protest und Ressentiments.

Ich will Ihnen sagen: Sie haben all unsere Parteien hier als Kartellparteien beschimpft. Aber in all diesen Parteien wird für etwas gekämpft. Sie sind im Moment aber nur hier, um gegen etwas zu sein. So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit diesen Querelen wird auch unsere Arbeit im Landtag blockiert. Wir sind im Moment nicht voll arbeitsfähig wegen all der Beschäftigungen, die wir damit haben.

(Vereinzelt Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Eine Landtagsfraktion ist keine Skatrunde. Man kann sie nicht willkürlich teilen, neu gründen und wieder fusionieren, wie es einem gerade passt. Fraktionen haben eine eigene verfassungsrechtliche Stellung. Hierbei geht es um ernsthafte Fragen der Staatsorganisation. Deshalb werden wir das Geschehen so nicht zulassen. Die Konsequenzen für das Parlament müssen streng am Maßstab von Recht und Verfassung geklärt werden.

Dies gilt für alle Rechtsfragen: Kann es überhaupt zwei Fraktionen aus einer Partei geben? Was hieße das für die Arbeit des Parlaments? Welche finanziellen Ansprüche folgen daraus? Wir werden Sie fair und respektvoll behandeln. Gestern haben wir im Präsidium beschlossen, die Fragen rechtlich und auch gutachterlich zu klären.

Aber schon war zu lesen, dass AfD-Vertreter jetzt darüber spekulieren, ob es nicht sogar ein Vorteil sei, wenn in Zukunft zwei Fraktionen von der AfD im Landtag sitzen. So war es in einem Interview mit Herrn Grimmer zu lesen. Immerhin könnte man dann zusammen ja mehr Redezeit, mehr Posten und mehr Geld ergattern.

Stellen Sie sich vor, die CDU-Fraktion würde das machen. Wir sind 42 Abgeordnete. Wenn ich richtig rechne, könnten wir sieben Fraktionen stellen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ihr hättet aber keine sieben Fraktionsvorsitzenden! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Das würde den Landtag lahmlegen.

Ich will Ihnen sagen: Eine solche Taktik des offenen Missbrauchs werden wir nicht mitmachen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass ihre gewählten Vertreter ihre Arbeit machen. Deshalb rufe ich Ihren Wählern zu: Sie sind bei dieser Partei nicht gut aufgehoben. Sie sehen, wohin der Populismus führt. Insofern geht es hier um eine Politik der Verantwortung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen und Wochen mussten wir Zeugen eines denkwürdigen Schmierentheaters werden. Wir haben erlebt, wie eine neu aufkommende politische Gruppierung in den Landtag gewählt wurde, vermeintlich mit dem Anspruch, eine neue Alternative für Baden-Württemberg zu sein.

Nur wenige Wochen nach der Landtagswahl müssen wir feststellen: Rechtspopulisten sind politikunfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Die AfD zeigt keinerlei Verantwortung gegenüber den Baden-Württembergerninnen und Baden-Württembergern sowie unserer Werteordnung und unserer Verfassung. Sie hat einen

Kandidaten aufgestellt, der sich weit außerhalb unserer Werteordnung bewegt. Trotz der öffentlichen Debatte, die wir in den letzten Wochen geführt haben, hat sie es nicht geschafft, sich klar genug von diesen rechten und antisemitischen Gedanken zu distanzieren.

Stattdessen zeigt die AfD ein Politikverständnis, das einen an den Denver-Clan erinnert. Wir haben es mit Intrigen sowie überraschenden und aggressiven Voten vor laufenden Kameras zu tun.

Es geht schon längst nicht mehr nur um den Antisemitismus innerhalb der AfD. Die Fraktionsspaltung ist Ausdruck eines Machtkampfs in der AfD-Bundespartei. Ich kann heute feststellen: Die AfD ist in sich zerfallen.

Nun soll es zwei Fraktionen der AfD im Landtag geben. Ob das überhaupt rechtlich zulässig ist, muss geprüft werden. Fraktionen sind wesentliche Gliederungen des Parlaments. Sie haben Entlastungs-, Lenkungs- und Gestaltungsaufgaben. Die Fraktionen sind unentbehrlich für die Erledigung des Parlamentsgeschäfts. Sie unterstützen uns Abgeordnete. Sie verleihen den Abgeordneten mehr Schlagkraft. Herr Kollege Meuthen, Fraktionen sind aber kein Spielball, um eigene taktische Machtinteressen im Landtag durchzusetzen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Heute stellt sich die Rechtsfrage, ob die aus der AfD-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten überhaupt eine neue Fraktion bilden können, ob sie diese überhaupt bilden dürfen. Denn der Grund, den sie vorgeben, die Meinungsverschiedenheit zwischen ausgetretenen Abgeordneten und Abg. Gedeon, ist doch weggefallen. Herr Gedeon ist aus der AfD-Fraktion ausgetreten. Herr Meuthen, dieses Argument zählt nicht mehr. Dieses Argument ist für die Bildung einer neuen Fraktion weggefallen.

Erschwerend kommt dazu, dass sowohl Sie, Herr Meuthen, als auch Herr Grimmer und alle anderen bekunden: „Wir wollen weiterhin Mitglied der Partei AfD bleiben.“ Sie bekunden: „Wir wollen weiter zusammenarbeiten.“

In meinen Augen ist es in hohem Maß fraglich, ob dieser Zusammenschluss der aus der AfD-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten überhaupt im Rechtssinne eine neue Fraktion bilden kann.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann Sie nur auffordern: Missbrauchen Sie den Landtag nicht weiterhin für Ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen und Ihre taktischen Spielchen!

Ich bin der Landtagspräsidentin sehr dankbar, dass sie umsichtig reagiert und sehr zügig angekündigt hat, mit einem verfassungsrechtlichen Gutachten dieser Frage nachzugehen. Es ist gut, dass sich drei renommierte Verfassungsrechtler mit dieser Frage beschäftigen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für dieses unrühmliche Schauspiel, das wir in den letzten Wochen nachvollziehen mussten, missbraucht die AfD den Land-

(Andreas Schwarz)

tag von Baden-Württemberg. Dieser Ort, an dem wir für das Gemeinwohl der Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger streiten wollen, dient momentan vorrangig der innerparteilichen Auseinandersetzung der AfD.

Aber immerhin – auch das lehrt uns dieser Vorgang –: Rechtspopulisten predigen Verachtung, sie bieten keine Lösung. Rechtspopulisten verunsichern die Menschen, sie wollen die Gesellschaft spalten; das verhindert sachliche Diskussionen. Im Grunde haben die Rechtspopulisten sich selbst gespalten, wie man an Ihnen sehr gut erkennen kann.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Diese politische Unkultur, die Sie vorführen, macht doch eines deutlich: Die AfD ist demokratieunfähig und im Grunde auch politikunfähig, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht muss es das oberste Ziel der Landespolitik sein, Baden-Württemberg jeden Tag ein bisschen besser zu machen. Dafür müssen wir die großen Herausforderungen, die vor uns stehen, angehen. Diese Herausforderungen sind gewaltig. Es geht um die Chancen der Digitalisierung, die wir nutzen wollen. Es geht um sich rapide wandelnde Arbeitsbedingungen, neue Anforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die wir uns einstellen müssen. Es geht um den Klimawandel, der uns jeden Tag aufs Neue herausfordert. Auch mit der Migrationsbewegung müssen wir uns auseinandersetzen. Wir müssen der Frage nachgehen, wie wir das künftige Zusammenleben in unserem Land gestalten wollen. Es geht zuletzt um die Frage, wie wir als Abgeordnete in diesen bewegten Zeiten unserer besonderen Pflicht nachkommen, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu schützen, zu bewahren und zu fördern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen alle politischen Kräfte im Landtag in der Lage sein, auf der Basis unseres Wertefundaments um die bestmöglichen Antworten auf diese Herausforderungen zu ringen. Wir brauchen eine sachorientierte Parlamentsarbeit. Wir brauchen faire Debatten im Parlament. Nicht erst seit der Spaltung in Gruppierungen lässt die AfD in dieser Frage ihre Sachkenntnis missen. Statt zum Zusammenhalt beizutragen, spalten die Abgeordneten der AfD durch Polemiken und Provokationen.

Unser Ziel ist es, eine verantwortungsvolle und verlässliche Politik in diesem Land zu machen. Wir brauchen einen starken Landtag mit arbeitsfähigen Fraktionen sowie klaren und verlässlichen Arbeitsstrukturen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir sind vom Volk gewählt, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen – nicht, um innerparteiliche Streitigkeiten in diesem Hohen Haus auszutragen.

Herr Meuthen, ich fordere Sie auf: Beenden Sie dieses unwürdige Schauspiel!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Werfen Sie keinen Sand ins Getriebe! Schaden Sie nicht dem Landtag von Baden-Württemberg! Leisten Sie eine verant-

wortungsvolle Parlamentsarbeit für die Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir leben in einem Land, in Baden-Württemberg, das in den letzten 70 Jahren, nach dem Zweiten Weltkrieg, so denke ich, eine beispiellose Erfolgsgeschichte auch und gerade der Demokratie ist.

Die Generation nach dem Krieg hat es geschafft, auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs eine Gesellschaft aufzubauen, in der Freiheit, Wohlstand, Toleranz und ein gelingendes Miteinander ein selbstverständliches Gut sind.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einer der Gründe, warum es gelungen ist, auf diesen Trümmern die Demokratie aufzubauen, ist die parlamentarische Demokratie. Es ist unseren Vorgängern in diesem Parlament gelungen – bei allen Fragen, die sich an politische Systeme und an die Demokratie stellen –, dieses System und diese Gesellschaft auf eine stabile Grundlage zu stellen. Wir können dankbar dafür sein, dass die parlamentarische Demokratie in Deutschland und in Baden-Württemberg ein Garant für gesellschaftlichen Frieden ist, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Diese Demokratie, diese parlamentarische Demokratie wird von immer mehr Menschen, die als Rechtspopulisten in Erscheinung treten, schlechtgeredet. Diese parlamentarische Demokratie wird von Menschen in Zweifel gezogen, die bisher nicht dazu beigetragen haben, den parlamentarischen, den demokratischen Prozess weiterzubringen, die es nicht geschafft haben, diesem Deutschland, dieser baden-württembergischen Gesellschaft ein Gesicht zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer wie die AfD im Wahlkampf Häme hinsichtlich des Systems, der Parteien hier im Parlament äußert, der hat eine besonders hohe Herausforderung, seinen Ansprüchen gerecht zu werden. Es zeigt sich nun nämlich, dass diese Gruppe, diese Partei nicht einmal ein Mindestverständnis von demokratischen Spielregeln hat.

Wir brauchen eine Regierung, die ein Land lenkt. Wir brauchen ein Parlament, das die Regierung beaufsichtigt und kontrolliert. Wir brauchen Regierungsfaktionen, die im parlamentarischen System eine besondere Bedeutung bei der Gesetzgebung haben. Wir brauchen Oppositionsfaktionen, die über ihre klassischerweise bestehende Kontroll- und Kritikfunktion auch eine Alternative zu den Regierungsfaktionen darstellen.

Diejenigen, die sich als Alternative bezeichnen, sind keine Alternative für die Menschen in diesem Land, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Wenn wir die Geschehnisse der vergangenen Wochen gerade hier im Landesparlament in Stuttgart beobachten, dann stellen wir fest: Hier kommen Menschen zu einer politischen Partei zusammen, die diesen Weg offensichtlich aus ganz unterschiedlichen Beweggründen gegangen sind.

Ich darf Ihnen ganz deutlich sagen: Populismus und Verschwörungstheorien sind kein gemeinsames Fundament für demokratische und parlamentarische Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir über die Fehler dieser Gruppierung sprechen – Kollege Reinhart hat es bereits angesprochen –, dann müssen wir ganz klar die Frage formulieren: Wie kann es möglich sein, dass jemand, der sich in Schriftwerken eindeutig antisemitisch äußert, überhaupt für eine Partei kandidieren kann?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wie kann es sein, dass jemand, der sich eindeutig antisemitisch positioniert, noch Mitglied dieser Partei ist? Von einem Parteiausschlussverfahren gegen Herrn Gedeon habe ich bisher nichts gehört. Was wollen Sie denn? Wollen Sie weiter mit dem Feuer spielen, oder wollen Sie sich von Antisemitismus abgrenzen, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Dass es wahrscheinlich hier im Kern gar nicht um die Antisemitismusfrage geht, zeigt sich an den vielen Verhaltensweisen, insbesondere des früheren Fraktionsvorsitzenden Meuthen. Er hat in der Aussprache über die Regierungserklärung deutlich gemacht, dass er durch die anderen Parteien die sogenannte Antisemitismuskeule gegen seine Partei geschwungen sieht.

Wenn jemand von der Antisemitismuskeule spricht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann spricht das für mich dafür, dass derjenige, der ein solches Wort gebraucht, gerade nicht diese Kritik teilt. Zum Zeitpunkt der Aussprache über die Regierungserklärung ist Herr Meuthen also davon ausgegangen, dass diese Vorwürfe nicht berechtigt sind. Das ist keine glaubhafte Abgrenzung vom Antisemitismus, Herr Meuthen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen lese ich, gerade wenn es um dieses Thema geht, von Ihnen, von Vertretern Ihrer Fraktion bzw. Gruppierung auch nicht wirklich, dass Sie sich von den Aussagen des Herrn Gedeon distanzieren. Ich lese regelmäßig nur, dass eine Partei, die sich nicht von Extremismus und Antisemitismus abgrenzt, nicht erfolgreich sein kann.

Herr Professor Meuthen, das klingt für mich nicht wie jemand, der sich tatsächlich von den Gräueltaten der Judenverfolgung und des Antisemitismus abgrenzt. Das klingt für mich wie jemand, der allein aus taktischen Erwägungen dieses Thema Antisemitismus für seine Partei als gefährlich ansieht. Sie argu-

mentieren taktisch, Sie argumentieren jedenfalls nicht moralisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Das, was nun als Schauspiel vor sich geht, kann nicht Sinn der parlamentarischen Demokratie und kann nicht Sinn der Arbeit hier im Landtag von Baden-Württemberg sein. Denn wenn ich Aussagen aus beiden Gruppierungen vernehme, stelle ich fest, dass alle, die sich hierzu äußern, gar nicht von unüberbrückbaren Gegensätzen sprechen. Diejenigen, die in der AfD-Fraktion verbleiben, machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube und berichten von einem autokratischen Führungsstil des Herrn Professor Meuthen. Das scheint der Kern des Problems zu sein.

Sie haben darüber hinaus einen Machtkampf in der AfD in Berlin und in anderen Landesverbänden, der offensichtlich das Ziel hat, dass Gruppierungen hier aus dieser Partei herausgedrängt werden sollen. Nur, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Der Landtag von Baden-Württemberg ist nicht die Bühne für dieses unwürdige Schauspiel. Tragen Sie Ihre Streitigkeiten irgendwo anders aus. Kleine Kinder gehen hierfür in den Sandkasten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier im Landtag hat dies nichts verloren.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Deswegen noch ein klares Wort zum Schluss: Es kann hier im Parlament nicht zwei Fraktionen aus einer Partei geben. Wenn Sie keine Klarheit auf Ebene Ihrer Partei schaffen, kann es hier im Parlament keine zwei Fraktionen geben. Egal, wie Sie sich dann nennen, ob Sie sich „Alternative für Deutschland“ oder „Alternative für Baden-Württemberg“ nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren hier zu meiner Rechten, Sie sind eine Schande für Deutschland und eine Schande für Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war einmal eine Partei,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

die nannte sich „Alternative für Deutschland“, mit dem Anspruch, die Dinge anders zu machen, die Dinge besser zu machen, dafür zu sorgen, dass es wieder Vertrauen gibt in die Politik, und dafür zu sorgen, dass das Ansehen der Politik und des Landtags von Baden-Württemberg steigt – und das, was da sitzt, ist das Ergebnis, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der SPD)

Frau Präsidentin, wir haben ja beschlossen, von hier aus keine Fotos zu machen. Das ist eigentlich bedauerlich; man soll-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

te es eigentlich ablichten, um es für die Nachwelt zu erhalten. Denn wer weiß, wie die in der nächsten Woche dort sitzen werden?

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist, denke ich, offen.

Meine Damen und Herren, was Sie geboten haben, erinnert an eine Selbsterfahrungsgruppe. Sie benötigen mittlerweile bei Ihrer Fraktionssitzung einen Stuhlkreis, um die Fraktionssitzung überhaupt zu Ende führen zu können.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Kollege Stoch hat zu Recht gesagt: Die Abwendung vom Antisemitismus ist rein taktischer Natur. Das gilt für Herrn Meuthen, und das gilt auch für die acht verbliebenen Abgeordneten der Urfraktion. Sie erklären jetzt plötzlich, sie wollten mit Antisemitismus nichts zu tun haben. Plötzlich wollen sie auch mit Herrn Gedeon nichts mehr zu tun haben.

Das hat sich vor nicht allzu langer Zeit anders angehört. Sie, Herr Grimmer, haben gegenüber der „Pforzheimer Zeitung“ erklärt – da waren alle Vorwürfe gegenüber Herrn Gedeon, alle Zitate von Herrn Gedeon schon bekannt –, Sie schätzten Herrn Gedeon, und Sie hofften, dass Herr Gedeon in der Fraktion bleiben könne. Das haben Sie erklärt.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Als Mensch!)

– Ja, als Mensch – ein Mensch, der all das erklärt, was Herr Gedeon erklärt hat. – In der vergangenen Woche, als Sie Ihre Fraktion neu gegründet haben – mit einer neuen Führung, einem neuen Fraktionsvorsitzenden –, war zu hören, es könne ja durchaus sein, dass am Ende, nach Prüfung des Ganzen, Herr Gedeon wieder aufgenommen werde. Das haben Sie in der letzten Woche bei Ihrer Pressekonferenz erklärt.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Ente!)

– Ja, „Ente“, „Lügenpresse“, gell?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD)

Inzwischen hat Ihnen wahrscheinlich Frau Petry erklärt, dies sei taktisch nicht so geschickt. In Ihrer gestrigen Fraktionssitzung fordern Sie dann plötzlich, Herr Gedeon müsse aus der Partei ausgeschlossen werden. Oder ist das auch eine Ente? Wie glaubwürdig ist das dann?

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Das ist richtig!)

– Aha, das ist richtig. Gut.

Dann ist vielleicht auch Folgendes richtig, was man der JUNGEN FREIHEIT entnehmen kann – nicht „Lügenpresse“, sondern durchaus mit Sympathie gegenüber Ihrer Partei gesegnet. Da ist nämlich die Rede davon – Frau Präsidentin, ich darf zitieren –:

*Zuletzt hatte es Berichte gegeben, der Holocaust-Leugner Gerard Menuhin sei als ein Gutachter angefragt worden.*

Das schreibt die JUNGE FREIHEIT. Ich habe mir dann erlaubt, einmal bei Wikipedia nachzuschauen, was dort über Gerard Menuhin steht. Danach wurde er

*am 12. November 2005 von der Yehudi-Menuhin-Stiftung Deutschland seines Amtes als Vorsitzender enthoben.*

Die Stiftung hatte erfahren,

*dass Gerard Menuhin der „National-Zeitung“ Interviews gegeben hatte, dort als Autor einer Kolumne des Titels „Menuhin und wie er die Welt sieht“ fungiert und sich auch in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ äußert.*

In seinem Buch „Tell the Truth & Shame the Devil“ schreibt Menuhin – Zitat –:

*Der Holocaust ist die größte Lüge der Geschichte. Deutschland hat keine Schuld am Zweiten Weltkrieg, und Adolf Hitler war der einzige Staatsmann der Welt, der die Welt vor der plutokratisch-jüdischen Gefahr hätte retten können, um den unterjochten Planeten wieder zu befreien.*

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur AfD: Das sollte euer Gutachter sein! Herzlichen Glückwunsch!)

– Das sollte der Gutachter sein. Möglicherweise bedarf es auch noch eines Gutachtens darüber, ob dieser Satz antisemitisch ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD)

Aber es geht ja weiter – Berichterstattung der JUNGEN FREIHEIT –:

*Die Fraktion wies dies zurück. Lediglich ein Abgeordneter habe Menuhin vorgeschlagen und kontaktiert. Nach JF-Informationen handelt es sich dabei um den Abgeordneten Stefan Räßle, ...*

Ich möchte von Ihnen gern wissen, ob das stimmt, ob der Abgeordnete Stefan Räßle Herrn Menuhin als Gutachter vorgeschlagen hat. Wenn ja, dann wollen wir von Ihnen wissen, wie Sie mit Herrn Räßle umgehen wollen. Oder sind Sie der Meinung, es sei auch kein Antisemitismus, einen solchen Gutachter vorzuschlagen, meine Damen und Herren? Da sind Sie in der Diskussionspflicht. Das möchten wir gern von Ihnen wissen: Ist das eine Ente der JUNGEN FREIHEIT, oder stimmt das?

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Interessant ist auch, was wir der FAZ entnehmen – aber dazu können Sie ja dann auch Stellung nehmen –, wie sich die Führungsfrage Ihrer Fraktion neuerdings geklärt hat. In der FAZ steht:

*Merz und Klos wären zwar bereit zum Wechsel ins Meuthen-Lager. Aber Emil Sänze und Bernd Grimmer, denen gute Kontakte zu Petry nachgesagt werden und die schon vor drei Wochen Meuthen mit den überflüssigen Gutachten über Gedeons Antisemitismus in die Knie zwangen, kamen mit den beiden unsicheren Kantonisten schnell ins*



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

*Geschäft: Sie boten Merz den gut dotierten Fraktionsvorsitz und Klos den Stellvertreterposten an. ...*

*„Man hat die Wackelkandidaten mit schönen Posten eingefangen“, sagt einer aus Meuthens Lager.*

Meine Damen und Herren, mit einer solchen Art von Politik werden Sie weder das Ansehen der Politik noch das des Landes Baden-Württemberg fördern, schon gar nicht das Ansehen dieses Landtags. Das sind unwürdige Schauspiele, die Sie den Menschen in diesem Land zumuten.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der AfD erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Merz.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD-Fraktion dankt der CDU ausdrücklich für die Beantragung dieser Aktuellen Debatte.

(Zurufe)

Denn solch eine Debatte ist grundsätzlich und längst überfällig. Wir brauchen einen Parlamentarismus der Verantwortung:

(Vereinzelt Lachen)

Verantwortung gegenüber den Wählern, Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler,

(Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Diesen Witz merke ich mir!)

Verantwortung gegenüber allen Bürgern dieses unseres Landes und Verantwortung gegenüber den Kindern. Wir müssen Verantwortung zeigen gegenüber unserer Vergangenheit,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

der Geschichte unseres Landes. Wir können sehr stolz auf vieles sein, was Töchter und Söhne unseres Landes erschaffen haben –

(Zuruf: Töchter auch?)

Dichter, Denker, Musiker, Erfinder.

Deutschland ist ein Land des Geistes, des Fleißes und des Erfolgs. Doch selbstverständlich haben auch wir Verantwortung für die schrecklichen Zeiten und Taten der deutschen Geschichte. Antisemitismus sowie auch jede andere feindselige Überzeugung und Haltung gegenüber einem Kollektiv von Menschen lehnen wir, die AfD-Fraktion, schon immer strikt ab –

(Beifall bei der AfD – Vereinzelt Lachen – Zurufe)

wobei ich hier „feindselige Überzeugung“ und „Haltung gegenüber einem Kollektiv von Menschen“ übrigens aus einer der Definitionen des Begriffs „Antisemitismus“ zitiere.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt's!)

Eine Abneigung oder Feindseligkeit gegenüber einem Menschen allein nur, weil er einem Glauben, einem Volk, einer Rasse oder einer Überzeugung angehört, das ist menschenverachtend, unsittlich und verantwortungslos.

(Beifall des Abg. Emil Sänze AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Darin sind wir uns hier im Landtag doch hoffentlich alle einig.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Da kann man nur den Kopf schütteln!)

Jeder Mensch muss das Recht darauf haben, als Individuum gesehen und beurteilt zu werden. Jeder Mensch sollte das natürliche Recht auf seine individuelle Chance und seine Selbstverwirklichung haben. Dieses Recht hat jedoch nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, dass jeder Mensch der ganzen Welt womöglich irgendwie ein Recht oder gar einen Anspruch hätte, sich in die soziale Hängematte unseres Landes zu legen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer legt sich denn in die soziale Hängematte, Herr Kollege? – Weitere Zurufe)

Zurück zum Thema „Parlamentarismus der Verantwortung“. Wir brauchen ein Parlament der Verlässlichkeit und der Fairness, ein Parlament, in dem Meinungen debattiert und ausgetauscht werden, anstatt zu polemisieren, ein Parlament, in dem einander zugehört wird und Zwischenrufe in der Regel nur inhaltlicher Art sind,

(Zuruf von den Grünen: Das sagen die Richtigen!)

anstatt polternd zwischenzurufen allein des Zwischenrufs wegen und um des Polemisierens willen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist das so etwas Ähnliches wie eine Selbstverpflichtung?)

Soeben, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, waren wir uns doch hoffentlich alle einig

(Abg. Nicole Razavi CDU: Selbstverpflichtung nennt man das!)

bezüglich der Unverantwortlichkeit und Unsittlichkeit von Vorurteilen und Feindseligkeiten gegenüber einem Individuum eines Kollektivs, eben nur, weil dieses Individuum einem Kollektiv, einer Überzeugung oder einer Partei angehört.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist das die Verteidigungsrede für Herrn Gedeon? – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Nicht nur im vergangenen Wahlkampf erlebte ich diese Unsittlichkeit und Verantwortungslosigkeit. Vielmehr mussten wir, die AfD-Fraktion, sie auch gleich hier im Landtag von Baden-Württemberg erleben.

Ich gehöre einem Kollektiv von Menschen an, nämlich dem von Mitgliedern meiner Partei, und Dr. Kuhn, der den 16. Landtag von Baden-Württemberg als Alterspräsident eröffnete, ebenso.

(Dr. Heiner Merz)

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Der ist ja nicht mehr bei Ihnen! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber der ist ja jetzt weg! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der gehört ja nicht mehr Ihrer Fraktion an! Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Unruhe)

Welche Feindseligkeit, welcher Mangel an Stil und Anstand und welche parlamentarische Verantwortungslosigkeit hier im Landtag von Baden-Württemberg herrschen können,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat man bei der AfD gesehen!)

das war unser erstes Erlebnis hier bei der Eröffnungsrede unseres Alterspräsidenten,

(Beifall bei der AfD)

als bei einer völlig unpolitischen Rede eines Ihnen vorher völlig unbekanntes Mannes bereits manche hier gleich ihr wahres Gesicht zeigten, nämlich ihre feindselige Überzeugung und Haltung gegenüber einem Menschen, nur weil dieser Mensch Mitglied eines von manchen hier missbilligten Kollektivs ist, nämlich unserer Partei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die Rede ist unter dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“!)

– Die Rede ist unter dem von Ihnen, der CDU-Fraktion, beantragten Motto „Parlamentarismus der Verantwortung“.

(Zuruf: Denken Sie an die Frage, die Ihnen Herr Rülke gestellt hat! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wer sich an mein im Zusammenhang mit Antisemitismus Gesagtes erinnert,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

erinnert sich auch daran, dass eine Feindseligkeit gegenüber einem Individuum eines Kollektivs, eine Feindseligkeit, die nur darauf beruht, dass das Individuum einem bestimmten Kollektiv zugehörig ist, ebenso scharf verurteilt werden muss. Mögen Sie sich bitte aufgrund dieses Fakts ein eigenes Urteil zum Verhalten mancher Abgeordneter bereits bei der Rede unseres Alterspräsidenten bilden.

Wir müssen zurück zu einem Parlamentarismus der Verantwortung,

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

zu einem Parlamentarismus mit Stil und Anstand.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, das stimmt!)

Der Bürger muss wieder Vertrauen zu seinen Parlamentariern gewinnen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Alle gesellschaftlich und politisch relevanten Themen müssen in Parlamenten öffentlich behandelt werden. Wir Politiker müssen vollständig weg von Hinterzimmerklüngeleien,

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

wie sie derzeit über CETA und zu TTIP stattfinden, und dem Bürger wieder Transparenz der Politik zeigen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

– Danke. – Ein Parlamentarismus der Verantwortung muss die Menschen in diesem Land mitnehmen. Er muss sie nicht immer begeistern. Dennoch sollten die Entscheidungen des Parlaments transparent sein. Sie sollten für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich und nachvollziehbar sein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Merz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Glück zu?

**Abg. Dr. Heiner Merz AfD:** Umstandehalber leider nicht. Aber nachher besteht vielleicht noch Gelegenheit.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So viel zum Thema Parlamentarismus!)

Um nun doch auf die aktuellen Vorwürfe einzugehen:

(Zuruf: Ach ja?)

Gut: Wir, die AfD-Fraktion, waren zugegebenermaßen nun die letzten acht Tage etwas offen.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Doch der Fehler war nicht, eine notwendig zu führende Diskussion oder Entscheidungsfindung transparent zu machen. Die Verfehlung war, ein späteres Ergebnis der Meinungsfindung der Fraktion durch eine verfrühte Veröffentlichung in die eigene Richtung ziehen zu wollen.

Ich sehe selbstverständlich die Wichtigkeit dieses Themas und das berechnete Interesse der Öffentlichkeit daran. Doch war das Hauptproblem der letzten acht Tage nicht vielmehr, dass jeden Tag immer und immer wieder vorschnell subjektive Urteile aus der Luft gegriffen und zugleich sensationell und lautstark verkündet wurden, und das auch von ach so vielen völlig Nichtbeteiligten? Und waren dies dann nicht zumeist Falschurteile, welche oft nur Stunden Bestand hatten? Erlauben Sie mir bitte die Anmerkung: Heute hier im Landtag ist es bislang ebenso.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir brauchen

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Habt ihr das gestern schon gewusst, als das aufgeschrieben wurde?)

einen Parlamentarismus der Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Zur Verantwortung gehört Transparenz, gehört Offenheit, gehört Ehrlichkeit und gehört Anstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja! Bravo!)

– Danke. – Anstand sollte, ja muss auch heißen, abzuwarten, bis ein Ergebnis stabil ist,

(Dr. Heiner Merz)

(Beifall des Abg. Emil Sänze AfD – Lachen bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Da warten wir aber lange!)

anstatt subjektives und sensationsheischendes Halbwissen immer und immer wieder laut in die Welt hinauszurufen.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da geben Sie ein beredtes Beispiel!)

Warten Sie doch bitte einfach noch eine oder zwei Wochen,

(Lachen bei den Grünen)

und Sie werden sehen – wie Vorredner von mir gesagt haben: es ist im Fluss –, dass die Situation dann voraussichtlich eine ganz andere sein wird.

(Unruhe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Davon sind wir überzeugt!)

Denn es wird wieder zusammenfinden

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was zusammengehört!)

– genau –, was zusammengehört,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

zumal inhaltlich keinerlei politischer Dissens besteht.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Aha! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Peinlich! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein starkes Argument!)

Und dann zu Ihrer Aussage, Professor Reinhart, dass wir nur gegen etwas wären: Wir kämpfen für etwas.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wissen bloß noch nicht, für was!)

Wir kämpfen nämlich für wieder mehr Meinungsfreiheit in diesem Land,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

für das Subsidiaritätsprinzip,

(Unruhe – Zurufe: Was?)

für eine Eindämmung des EU-Molochs und gegen den Euro als momentaner Spalter der EU.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Die letzten acht Tage werden nur Teil eines Vorgangs sein, der allenfalls als Randnotiz in die Geschichte des Landtags eingehen wird,

(Unruhe)

als ein Vorgang, der bedauerlicherweise notwendig wurde, der nun aber doch fast notwendig und nützlich war, nämlich in-

dem diese heutige Debatte für einen Parlamentarismus der Verantwortung überhaupt initiiert und angestoßen wurde.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Na dann vielen Dank!)

Zum Schluss kommend, aber keineswegs zuletzt muss und möchte ich noch betonen, dass „Parlamentarismus der Verantwortung“ heißt, auch nach der Wahl für diejenigen Positionen glasklar zu stehen, welche man vor der Wahl vollmundig verkündete und für die man überhaupt gewählt wurde. So mancher konservativer Wähler ist irritiert, ja entsetzt darüber, sich nun nach der Wahl im grünen Ehebett wiederzufinden – und so manchem Grünen geht es umgekehrt ebenso –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

wobei die vormaligen eigenen, oft nahezu inkompatiblen Positionen und Werte nur der Macht wegen und um des Machterhalts willen beliebig geräumt werden.

(Abg. Winfried Mack und Abg. Nicole Razavi CDU: Freie Rede! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Geschäftsordnung!)

Wir werden sehen, ob die grün-schwarze Stuttgarter „Vernunftfehe“ von einstmaligen fast gegensätzlichen Parteien gar zur Liebesbeziehung wird oder sich doch bald eher zerrüttet nach der Scheidung sehnt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Noch zwei Sätze. – Wenn die CDU bürgerliche Positionen nahezu vollständig räumt, um in Berlin SPD und hier im Landtag grün zu sein, dann zeugt das schon von Dreistigkeit gegenüber den eigenen Wählern.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Von parlamentarischer Verantwortung zeugt das jedenfalls nicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, das war die Jungfernrede!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erhält für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter Herr Abg. Dr. Meuthen das Wort.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jetzt kommt er! Jetzt geht's los!)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was ich mir im Laufe dieser Aktuellen Debatte an Skurrilitäten und Heuchelei habe anhören müssen,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wir gerade eben auch!)

sollte eigentlich für eine ganze Legislaturperiode des Hohen Hauses reichen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Meinen Sie Ihren Vorredner? – Abg. Martin Rivoir SPD: Vorher schon aufgeschrieben: „Ich bin empört“! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Dr. Jörg Meuthen)

Was für einen Vorgang bewerten wir denn hier? In der neu in den Landtag gewählten AfD-Fraktion fand sich ein Abgeordneter, der in seinen schriftlichen Werken eine ganze Reihe von Aussagen getroffen hat,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Sie kannten!)

die aus Sicht eines jeden verständigen Menschen glasklar als antisemitisch eingestuft werden müssen.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Deuschle CDU: Und solche Leute nehmen Sie in Ihre Partei auf!)

Daraufhin haben Sie, meine Herren Fraktionsvorsitzenden von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP, von mir als zu diesem Zeitpunkt Fraktionsvorsitzendem der AfD-Fraktion von diesem Platz aus gefordert, ich müsse restlos alles dafür tun,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

den betreffenden Abgeordneten aus meiner Fraktion zu entfernen. Sie haben sich nicht unterstanden, mich hier als jemanden anzugreifen, der Antisemitismus in den Reihen seiner Fraktion duldet, was skandalös sei.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die Partei! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: In der Partei auch!)

Es war hier die Rede davon, dies sei ein Akt politischer Hygiene – ein „Lackmustest“ haben Sie, glaube ich, gesagt, Herr Schwarz –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

für meine im Parlament neue Partei. Nur wenn dies geschehe, werde man uns als neue politische Konkurrenten ernst nehmen und akzeptieren können. So waren Ihre Worte hier im Plenum. Das ist erst wenige Wochen her.

(Zuruf von der SPD: Freie Rede!)

Nun lag und liegt es mir auch heute fern, um die Anerkennung unserer politischen Konkurrenten zu buhlen, die uns mit allen lauterer und zum Teil auch mal nicht so lauterer Tricks bekämpfen. Wir sind Kontrahenten und nicht Partner, und so soll das auch bleiben.

Nur –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Nur“!)

das war und das ist der Punkt –: In diesem einen Anwurf lagen Sie ausnahmsweise und zu meinem schmerzlichen Bedauern einmal richtig.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Denn erstens handelte es sich hier um antisemitisches Gedankengut, wie wir dann feststellten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben Sie aber am Anfang nie gesagt!)

Dazu hätte es nach meiner Überzeugung übrigens auch keiner weiteren gutachterlichen Untersuchung bedurft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben Sie aber gemacht!)

Wenn etwas aussieht wie eine Ente, quakt wie eine Ente und schwimmt wie eine Ente, dann kann man sich auch ohne gutachterliche Expertise ziemlich sicher sein, dass es sich auch um eine Ente handelt.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Entsprechend habe ich mich entschlossen – ganz massiv um genau diesen Akt politischer Hygiene bemüht – und versucht, den Abgeordneten Gedeon aus der Fraktion herauszubekommen –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Den haben Sie sogar noch reden lassen!)

nicht um Ihren Ansprüchen zu genügen, sondern meinen eigenen und denen einer ganzen Reihe, der Mehrzahl, der Abgeordneten der alten AfD-Fraktion.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben ihn noch reden lassen! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Gegen Frau Petry!)

Ich habe das, weil es mir besonders wichtig war und weil es interne Widerstände gab, mit meinem Amt verknüpft. Denn ich war nicht bereit, einer Fraktion vorzusitzen oder ihr auch nur anzugehören, in der Antisemitismus geduldet wird.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber der Partei schon!)

Da gilt bei mir, wie wir inzwischen wissen, wie bei der klaren Mehrheit der Abgeordneten der alten AfD-Fraktion –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aus der Sie aber noch ein paar rüberziehen wollten!)

sie sitzen jetzt dort hinten – der klare Nulltoleranzgrundsatz, den Sie mit Recht fordern.

Der weitere Verlauf der Dinge ist hinlänglich bekannt. Es kam zwar in der Fraktion zu einer Mehrheit für den Ausschluss, aber eben nicht zu der satzungsgemäß erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

Was hätten Sie denn in dieser Situation getan?

(Abg. Sascha Binder SPD und Abg. Nicole Razavi CDU: Die Fraktion aufgelöst!)

Oder mal anders gefragt, nachdem Sie meine 13 Mitstreiter und mich hier heute für diesen Schritt der Spaltung der Fraktion, den wir getan haben, so massiv gescholten haben: Was hätten Sie denn heute in diesem Plenum mir wohl gesagt, wenn ich diesen Schritt, der niemandem leichtfällt, wie Sie sich werden vorstellen können, nicht gegangen wäre? Hätten Sie dann wohl gesagt: „Klasse, der Meuthen, der traut sich was, einem Antisemiten in der Fraktion Rückendeckung zu geben“? Nein, hätten Sie nicht? Was also kritisieren Sie dann eigentlich an dem, was wir 14 ehemaligen Abgeordneten dieser Fraktion am vergangenen Dienstag getan haben?

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf von der SPD)

Sie haben mit Recht gefordert, wir sollten uns in aller Klarheit gegen jedweden Antisemitismus in unseren Reihen abgrenzen. Und was haben wir 14 getan? Genau das, und zwar

(Dr. Jörg Meuthen)

mit aller schmerzhaften Konsequenz, die erst dadurch notwendig wurde, dass sich sage und schreibe neun Abgeordnete zu unserem Schaden und – das sage ich auch – zu unserer Schmach zu dieser konsequenten und allein richtigen Ausschlussentscheidung nicht durchringen wollten.

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Daniel Rottmann [fraktionslos])

Deswegen ist das Problem, Herr Stoch, übrigens auch mit dem Austritt Gedeons nicht gelöst.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos] – Zuruf von der SPD: Richtig!)

Gibt es denn überhaupt eine klarere Abgrenzung als die, die wir mit den mit Ja stimmenden Abgeordneten – damit haben wir die Zweidrittelmehrheit doch nicht erreicht – hier vorgenommen haben? Haben Sie, verehrte Frau Präsidentin, nicht gesagt, wir müssten hier die Reißleine ziehen? Genau das haben wir getan. Wie wäre es also mit Worten der Anerkennung dafür, verehrte Kollegen,

(Widerspruch der Abg. Wolfgang Drexler und Andreas Stoch SPD)

statt uns hier aus so überschaubarem wie plumpem parteipolitischen Kalkül mit Hohn und Spott zu überziehen?

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie denen ein Angebot gemacht?)

Was wir hier getan haben – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Meuthen, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Maier zu?

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Zum derzeitigen Zeitpunkt: nein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nein.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Was wir hier unter Schmerzen und alles andere als gern getan haben, ist ein Akt politischer Konsequenz, der leider notwendig wurde.

Nur am Rande: Ein Parteiausschlussverfahren gegen Gedeon – das wir angeblich nicht gemacht haben – ist eingeleitet. Und Sie von der SPD – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Von wem? Von Ihnen?)

– Ja, natürlich.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Wann denn?)

– Gestern Abend.

(Lachen bei der SPD)

– Stopp! Der Landesvorstand hat das gestern Abend beschlossen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum so spät?)

– Was?

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum so spät? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wussten das seit Wochen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie von der SPD eigentlich nicht, wie schwierig es ist, Parteiausschlussverfahren durchzuführen? Ich darf da an ein paar Namen erinnern: Sarrazin, Edathy und andere. Also hören Sie mir auf!

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Widerspruch und Lachen bei der SPD – Abg. Sascha Binder und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beantragen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Der Antrag ist schnell gestellt! – Abg. Sascha Binder SPD: Es geht nicht um den Abschluss! Ums Beantragen geht es! – Weitere Zurufe)

Sie wissen doch, dass derlei dauert, und Sie wissen auch, dass das Verfahren dauert. Also erzählen Sie mir hier nichts.

(Zurufe)

Um das ganz klar zu sagen – Herr Strobl, ich spreche Sie an –: Nein, wir werden nicht am Ende wieder jeden bei uns aufnehmen, wie Sie es uns unterstellen und mich dann in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ob dieses lediglich behaupteten Verhaltens der Skrupellosigkeit zeihen. Wer sich nicht klar und eindeutig von extremistischem oder antisemitischem Gedankengut absetzt und abgrenzt, wird nicht in dieser noch neuen Gruppierung, von der ich zuversichtlich bin, dass sie bald eine Fraktion sein wird, aufgenommen werden. Das sage ich Ihnen verbindlich zu.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann und Anton Baron [fraktionslos])

Und wissen Sie, warum? Weil wir es nämlich aufrichtig ernst meinen mit unserer klaren Kante gegen Antisemitismus. So ist das, liebe Kollegen. So ist das! Und das, mit Verlaub, ist nicht skrupellos. Skrupellos ist allenfalls Ihr klägliches Versuch, uns, die wir hier mit großer Ernsthaftigkeit um saubere und richtige Positionen in unseren Reihen ringen, genau dafür der Skrupellosigkeit zu beschuldigen.

Was Sie, was wir alle hier auf offener Bühne leider – ich bedaure ja, dass das so ist – erleben, ist ein fundamentaler inhaltlicher Dissens zwischen zwei Gruppierungen innerhalb der bis vor Kurzem alleinigen AfD-Fraktion.

(Abg. Sascha Binder SPD: Können Sie das einmal an ein paar inhaltlichen Punkten festmachen?)

Es ist ein fundamentaler Dissens. Der ist nicht dadurch aufgelöst, dass Gedeon draußen ist. Denn die haben mit Nein gestimmt und haben damit Antisemitismus geduldet. Das ist der Kern.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie denen dann ein Angebot gemacht? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben ihnen doch noch ein Angebot gemacht!)

Die einen waren also offenkundig bereit, antisemitische Positionen in den Reihen der Fraktion zumindest zu dulden. Das sind die acht Mitglieder der Restfraktion.

(Dr. Jörg Meuthen)

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum haben Sie denen ein Angebot gemacht?)

Diese acht Mitglieder müssen das mit sich selbst und mit ihrem Gewissen abmachen. Ich werde hier keine öffentliche Motivforschung betreiben.

Die anderen waren das nicht und entschlossen sich zu einem glasklaren und deutlichen Nein, wie es geboten ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, die Entscheidung in einer solchen Frage ist keine Nebensächlichkeit – nein, sie ist fundamental. Es ist eine Frage der politischen Grundsatzzposition, die ein Mensch hat. Und darum gehen wir 14 Abgeordneten – ohne das je gewollt zu haben – nun diesen steinigen Weg der Neugründung einer Fraktion von AfD-Politikern. Wir tun das nicht gern; es ist eine Notwendigkeit, von der wir zutiefst überzeugt sind und von der wir nicht lassen werden.

Wir sind zuversichtlich und guten Mutes, in diesem Hohen Haus als AfD-Abgeordnete, die keinen Antisemitismus zu dulden bereit sind – wie Sie auch –, in naher Zukunft als Mitglieder einer Fraktion auftreten zu können. Und wer aus der Restfraktion sich wirklich glaubhaft von seiner Entscheidung vom 5. Juli 2016 distanziert,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Restfraktion“? – Zuruf von der SPD: „Glaubhaft“?)

dem werden wir nicht die Tür weisen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben Sie doch gerade ausgeschlossen!)

Wer weiß, vielleicht gibt es dann bald – wir wünschen uns das – doch wieder nur eine AfD-Fraktion, und zwar eine, die man mit reinem Gewissen

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

und Freude am politischen Tun im Plenum vertreten darf.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten“ – ein kleines Buch mit großer Wirkung. Ein großer Skandal, der aber nicht am Buch liegt, sondern an dem, was gewisse Leute aus diesem Buch glauben machen zu können.

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Gewisse Leute“?)

Wenn sekundärer Antisemitismus – das ist nicht primärer Antisemitismus; das hat man mir bestätigt –, meine Damen und Herren, wenn das Antisemitismus ist,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist wider die wissenschaftliche Betrachtung! Unglaublich!)

dann hat Ariel Scharon wirklich recht. Ariel Scharon – Sie erinnern sich –, der ehemalige Ministerpräsident von Israel, hat gesagt: „Ganz Europa ist antisemitisch.“ Das stimmt dann auch. Dann ist nämlich Ralf Dahrendorf – kennen Sie den überhaupt noch, Herr Rülke? – auch ein Antisemit. Und Günther Grass ist ein Antisemit.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jetzt hören Sie doch auf! Das ist doch Unsinn!)

Ich kann Ihnen die Zitate bringen, allerdings nicht in zwei Minuten Redezeit.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ach was! Unsinn!)

Da machen Sie aus dem Antisemitismus einen Universalvorwurf, der überhaupt keine inhaltliche Substanz mehr hat. Wollen Sie das wirklich mitmachen?

Meine Damen und Herren, Parlamentarismus bedeutet Souveränität des Volkes über das Parlament. Das bedeutet auch Souveränität des einzelnen Abgeordneten. Das heißt: Wenn ich über ein Buch ein so weitreichendes Urteil fälle, dann ist es das Mindeste, dass ich das Buch gelesen habe. Ich frage hier jetzt einmal in die Runde: Wer hat denn dieses Buch überhaupt gelesen?

(Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE: Wir wollen es gar nicht lesen! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wer hat es gelesen? Niemand.

(Zuruf: Ein paar Kapitel!)

– Ja, ein paar Kapitel.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist das jetzt eine Verkaufsveranstaltung? – Weitere Zurufe)

– Das ist keine Verkaufsveranstaltung. Das ist eine Veranstaltung der Moral. Ich kann mich nicht so moralisch entrüsten, wenn ich etwas, über das ich ein Urteil fälle, überhaupt nicht gelesen habe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: In Auszügen!)

Sie müssen es ja nicht lesen, natürlich nicht. Wenn Sie aber solche Konsequenzen ziehen, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie es gelesen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD: In Auszügen!)

Wenn man das nicht tut, meine Damen und Herren, ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): ... dann fällt einem der Stein, den man erhoben hat, auf die eigenen Füße.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ich bin am Schluss. – Wenn Sie nicht wissen, von wem das Zitat ist, dann fragen Sie Herrn Kretschmann. Er kann es Ihnen erklären.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Reinhart.

(Zuruf: Jetzt räum auf!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Zunächst, Herr Dr. Gedeon: Sie haben jetzt hier gebracht, dass Sie von uns erwarten, dass wir Bücher lesen. Wir hätten erwartet, dass Sie sich wenigstens heute von Antisemitismus distanzieren. Das haben Sie erneut nicht getan. Sie halten weiterhin an Ihren Haltungen fest. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Meuthen, Sie sagen zu Recht – es ist wahr –, auf offener Bühne ist hier ein Schauspiel vollführt worden, das Ihnen sicherlich nicht angenehm ist. Das verstehe ich. Denn, Herr Fraktionschef Merz, es ist auch einmalig in 70 Jahren Landesgeschichte, dass wir einen solchen Vorgang in diesem Parlament überhaupt zu debattieren haben.

Insoweit ist es sehr wohl ernsthaft. Nur: Sie sagen keinen Satz dazu, dass Sie mit den Gruppen, von denen Sie, Herr Meuthen, sich gerade distanzieren, im Landesvorstand weiterhin zusammenarbeiten. Sie sagen keinen Satz dazu, dass Sie im Bundesvorstand mit Frau Petry zusammenarbeiten, wenn Sie gleichzeitig jeden Tag dargelegt bekommen, dass hier offizielle Machtkämpfe stattfinden, die gegen Sie gerichtet sind.

Das heißt, in Wahrheit läuft doch hier auf dem Rücken des baden-württembergischen Parlaments ein Stellvertreterkrieg zu einem Problem, das die AfD in Berlin betrifft.

(Beifall bei der CDU und den Grünen, Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Wissen Sie: Die Parteien haben in der Verfassung in der Nachkriegszeit, im Grundgesetz, eine wichtige Bedeutung erhalten: Sie „wirken bei der politischen Willensbildung ... mit“. Es sind nur zwei, drei Prozent der Bevölkerung, die im Spielfeld sind, die Mitglied einer Partei sind, die nicht auf der Zuschauertribüne sitzen. Deshalb sollten wir alles, aber wirklich alles tun, dass wir der Würde des Parlaments und unserer Verantwortung nicht in Worten gerecht werden, sondern in Taten. Deshalb haben wir diese Debatte beantragt.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anstelle einer klaren Distanzierung

von rechten und antisemitischen Äußerungen haben wir von der AfD „alt“ und einem möglichen Zusammenschluss von weiteren Abgeordneten nur innerparteilichen Streit und etwas von einem taktischen Machtkampf um das Sagen in einer Partei gehört. Die Äußerungen von Herrn Grimmer belegen, dass Sie sich ja gerade nicht davon distanzieren. Ihre Fraktion, Herr Merz, Herr Grimmer, hat geklatscht, als Herr Gedeon hier im Rahmen seiner „Verkaufsveranstaltung“ von seinen Thesen gesprochen hat. Sieht so eine klare Distanzierung von Antisemitismus aus? Ich sage Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Außer Widersprüchen ist doch bei Ihnen nichts zu finden, und auch bei Herrn Meuthen ist außer Widersprüchen nichts zu finden. Herr Meuthen sympathisiert offen mit dem Rasseideologen Höcke, und Teile Ihrer Partei haben Kontakte zur Identitären Bewegung. Die Identitäre Bewegung – Herr Innenminister, Sie wissen es – wird bekanntlich vom Verfassungsschutz beobachtet. Der betroffene Abgeordnete dreht sich jetzt gerade um. Er möchte ja nachher eine persönliche Erklärung abgeben. Ich erwarte auch von Ihnen, Herr Meuthen, wenn Sie Vorsitzender dieser Partei sind, und von Ihnen, Herr Merz, wenn Sie Vorsitzender dieser Fraktion sind, dass Sie sich klar von diesen rechtsextremen Kontakten distanzieren. Wenn Sie hier für verantwortungsvollen Parlamentarismus eintreten, dann distanzieren Sie sich davon, Herr Meuthen und Herr Merz.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Herr Merz, in Ihren Äußerungen sind Sie zu keinem Zeitpunkt auf das eigentliche Thema der Aktuellen Debatte eingegangen. Das Einzige, was Sie hier vorgetragen haben,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Vorgelesen!)

ist der innerparteiliche Streit in der AfD. Nachdem Sie ja beide weiterhin in der AfD bleiben wollen, bin ich auch guten Mutes, Frau Präsidentin, dass das Rechtsgutachten klar zum Ergebnis kommen wird, dass es sehr hohe Bedenken gibt, ob dieser neue Zusammenschluss überhaupt eine Fraktion bilden kann.

Ich bleibe dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die AfD hat heute einmal mehr gezeigt: Sie ist demokratieunfähig, sie ist auch politikunfähig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was wir von Herrn Merz und Herrn Meuthen hier gehört haben, könnte in keinem krasserem Widerspruch zueinander stehen. Widersprüche scheinen das tägliche Brot der AfD, oder wie auch immer sie sich nennen will, zu sein. Herr Merz geriert sich hier in einer Opferrolle, dass

(Andreas Stoch)

alle anderen mit dieser AfD unanständig umgehen würden. Wenn Sie sich einmal mit wissenschaftlichen Untersuchungen über rechtspopulistische Bewegungen beschäftigen, dann werden Sie ganz schnell merken, dass ein immerwährendes und immer wiederkehrendes Verhaltensmuster ist, dass sich diese Gruppierungen in die Opferrolle begeben. Herr Merz, wenn das Ihre einzige Rolle sein wird, die Sie hier in den nächsten Monaten für Ihre Fraktion einnehmen werden, dann ist das zu wenig, um in Baden-Württemberg Politik zu machen.

Ein krasser Widerspruch besteht doch insbesondere auch dort, wo Herr Merz erklärt: „Warten Sie doch einmal ab, vielleicht zwei Wochen, dann wird das wieder zusammenfinden, was zusammengehört.“ Zu dem Zeitpunkt, als er das gesagt hat, hat sich Herr Meuthen die Haare gerauft.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es scheint offensichtlich auch in diesem Punkt krasse Unterschiede in der Betrachtung zu geben.

Aber, Herr Meuthen, wenn Sie hier so tun, als ob es unüberbrückbare Gegensätze zwischen diesen Persönlichkeiten hier auf der rechten Seite gäbe, dann möchte ich wissen: Welche inhaltlichen Gegensätze sind es denn?

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Denn aus Ihren Reihen, und zwar aus beiden Gruppierungen, kommen doch zahlreiche Bemerkungen, die darauf schließen lassen, dass es hier allein an einer Formalie gescheitert ist, dass es allein an einer Machtfrage gescheitert ist, dass man aber inhaltlich weiterhin an einem Strang ziehen würde.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen [fraktionslos]: Nein!)

Das ist keine klare Abgrenzung, Herr Meuthen. Sie sind unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz wichtiger Grund, weshalb Sie unglaubwürdig sind, ist doch insbesondere der von Herrn Kollegen Schwarz bereits angesprochene. Wer sich auf Bundesebene – wohl auch aus machttaktischen Gründen – mit den Herren Gauland und Höcke zusamm tut, der muss sich doch auch fragen lassen, wie er es mit dem Thema Rassismus hält.

Sie wollen uns verkaufen, dass es da eine Gruppierung gibt, nämlich eine quasi gereinigte AfD ohne Antisemitismus und ohne Rassismus. Haben Sie sich schon einmal mit den Reden von Herrn Höcke beschäftigt? Haben Sie sich schon einmal mit den Reden von Herrn Höcke über das angeblich andere Paarungsverhalten der Afrikaner beschäftigt? Was anderes als Rassismus ist es denn, was Ihre besten politischen Freunde täglich predigen, Herr Meuthen?

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Dieses Parlament, dieser Landtag hat eine offene und anständige demokratische Auseinandersetzung verdient. Dieses Parlament ist aber nicht –

und da meine ich Sie alle – eine Therapieeinrichtung für gescheiterte Politpersönlichkeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dieses Parlament und auch die Öffentlichkeit sind mit dem Auftritt von Herrn Gedeon am heutigen Tag wahrscheinlich Zeugen des Unterirdischsten geworden, was es in diesem Parlament in den vergangenen 70 Jahren gegeben hat:

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ralf Dahrendorf sei ein Antisemit, und all das andere krude Zeug, das Sie da abgesondert haben. Wenn es eines Beweises dafür bedurft hätte, was diese Partei disqualifiziert, dann ist es die Tatsache, dass es diese Partei und niemand anders ist, die jemanden wie Herrn Gedeon in dieses Parlament gebracht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Herr Meuthen, Sie fragen: „Was kritisieren Sie denn überhaupt?“ Ihre Rede war doch so vom Schlage: „Ich habe doch alles richtig gemacht. Was gibt es überhaupt an mir zu kritisieren?“

Das will ich Ihnen gern aufzählen. Dies betrifft zunächst das Thema Antisemitismus. Sie haben hier behauptet, Antisemitismus duldeten Sie nicht, Sie gingen mit aller Schärfe und aller Schnelligkeit dagegen vor. Dann haben Sie es als großen Erfolg verkauft, dass Ihr Landesvorstand angeblich gestern Abend ein Ausschlussverfahren gegen Herrn Gedeon in die Wege geleitet hat.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Doch schon!)

Sie fügten hinzu, man wisse ja, wie lange das dauere. Wir wissen, dass Ausschlussverfahren lange dauern, doch einleiten kann man Ausschlussverfahren sofort, Herr Meuthen. Das hätte schon längst passieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie kehren unter den Teppich, dass Sie sich wochenlang dazu haben bringen lassen, mit Gutachten und anderer Verzögerungstaktik Herrn Gedeon in der Fraktion zu halten. Sie haben es doch selbst als großen Erfolg verkauft: „Hurra! Wir machen jetzt Gutachten.“ Das ist noch nicht lange her. – Sie schütteln den Kopf. Dann leiden Sie unter Amnesie. Sie haben das als großen Erfolg verkauft. Sie seien gestärkt nach dieser Entscheidung, haben Sie behauptet. Oder war das auch wieder die „Lügenpresse“, Herr Meuthen?

Nun zum Nächsten, was wir kritisieren. Sie erklären hier, Sie hätten einen klaren Schnitt gemacht. Gleichzeitig sagen Sie,



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

für die acht verbliebenen Abgeordneten sei die Tür offen. Die Tür ist nur deshalb offen, weil Sie hoffen, auf diese Art und Weise wieder Fraktion zu werden. Das ist der einzige Grund. Denn diese acht Abgeordneten haben mit ihrer Abstimmung im Sinne von Herrn Gedeon den Nachweis abgeliefert, dass sie die Kriterien, die Sie selbst aufgestellt haben, nicht erfüllen. Einen haben Sie freudestrahlend schon wieder aufgenommen, nämlich Herrn Balzer. Vormittags hat er noch für Herrn Gedeon gestimmt. Nachmittags haben Sie ihn freudig wieder aufgenommen, weil Sie sich darüber gefreut haben, dass es einer mehr ist. Ist das glaubwürdig, Herr Meuthen?

Dann haben Sie uns – ich zitiere – „Skurrilitäten und Heuchelei“ vorgeworfen. Ich will Ihnen einmal etwas zu Skurrilitäten und Heuchelei sagen. Skurril ist Folgendes: Sie als Bundesvorsitzender einer Partei haben eine Kovorsitzende, zu der Sie am Wochenende erklärt haben, Sie arbeiteten weiterhin gut mit ihr zusammen,

(Vereinzelt Heiterkeit)

und diese Kovorsitzende erscheint dann zu einer AfD-Fraktionssitzung oder wer auch immer da getagt haben mag.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Die kommt dann zum Pförtner, und dann wird ein Stück frei nach der Mainzer Fastnacht gespielt: Wolle mer se reinlasse?

(Heiterkeit bei den Grünen)

Und da steht Herr Meuthen beim Pförtner und sagt: „Wenn die Petry kommt, Türen verriegeln!“

(Zuruf von der SPD: Hausverbot!)

Sie darf nicht rein.“

(Zuruf: Hat er nicht gesagt!)

– Das hat er nicht gemacht?

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Und dann lesen wir über Berichte, dass Ihre Kovorsitzende etwa aus Sitzungszimmern rausgeschoben wird und dergleichen mehr. Alles nicht gemacht? Das sind Skurrilitäten, Herr Meuthen.

Zum Stichwort „Heuchelei“ – Kollege Stoch hat es schon gesagt –: Einerseits zu erklären: „Ich bin derjenige, der meine Partei vom Antisemitismus reinigt, und werde deshalb spätestens nach einigen Monaten gegen Herrn Gedeon vorgehen“, und auf der anderen Seite sich mit einem Rassisten wie Herrn Höcke zu verbinden, das ist Heuchelei, Herr Meuthen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Auch dieses Verwandlungsspiel wird Ihnen nicht helfen. Es ist im Grunde eine ironische Wendung, dass sich jetzt auch Ihre Gruppierung hier gespalten hat. Denn Sie sind schon lange auf dem Trip „Dr. Meuthen und Mr. Hyde“ unterwegs.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Mittlerweile sind Sie durchschaut. Dr. Meuthen ist die Fassade, und Mr. Hyde ist das Original.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: All diese Wandlungen werden nicht helfen. Diesen Frosch, Herr Meuthen, kann Frau Petry so oft an die Wand werfen, wie sie will. Es wird kein Prinz herauskommen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Heiner Merz AfD will aufstehen.)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr Abg. Dr. Merz, Sie haben jetzt keine Redezeit. Sie haben sie mit Ihrem ersten Beitrag vollständig verbraucht. Deshalb kommt jetzt Herr Abg. Dr. Fiechtner an die Reihe.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

*Es ist bezeichnend, aber regelrecht erschreckend, dass der angeblich so bürgerlich-brave Herr Meuthen jene wieder bei sich aufnehmen will, die in der alten Fraktion dem Antisemiten Gedeon den Rücken stärken wollten.*

(Zuruf: Unglaublich!)

Herr Strobl, ich danke Ihnen für diese deutlichen Worte in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Welche Aussage könnte denn besser begründen, dass wir, die Alternative für Baden-Württemberg, eine neue Fraktion im Landtag darstellen? Sie bestätigen damit unsere klare Abgrenzung gegen Antisemitismus – wie im Übrigen auch Sie, Herr Rülke –, eine Abgrenzung, die wir bereits in unserem Wahlprogramm getätigt haben. Ich zitiere:

*Die AfD ist gegen jede Form von Extremismus.*

(Zuruf von der SPD: Wie schräg ist das denn?)

*Die Bekämpfung ... alleine der Polizei und dem Verfassungsschutz zu überlassen, ist nicht ausreichend, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden.*

(Abg. Andreas Stoch SPD: Von wem reden Sie?)

Es muss unsere Aufgabe sein, jede Art von Extremismus kategorisch zu verneinen und zu bekämpfen. Dazu sind wir als Alternative für Baden-Württemberg verpflichtet.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Zurufe)

Kolleginnen und Kollegen, ich bin der festen Überzeugung, dass keine der hier vertretenen Parteien für Extremismus steht. Aber wir dürfen unsere Augen nicht verschließen. Es gibt auch hier in den Reihen der etablierten Parteien Menschen, die bereits mehrmals durch antisemitisches Verhalten aufgefallen sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Abg. Nicole Razavi CDU: Vorsicht!)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Umso mehr bin ich enttäuscht, Herr Stoch, dass ausgerechnet eine Partei wie in diesem Fall die SPD, in der Sie mit so großem Munde und so großen Vorwürfen aufgetreten sind, kein klareres Zeichen gesetzt hat. Schräg hinter Ihnen sitzt Frau Wölfle, die dieses Verhalten sogar wiederholte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein Käse ist das! – Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr!)

Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Sie haben bis heute Ihren Antisemitismus nicht bereinigt. Wir, die neue Fraktion Alternative für Baden-Württemberg, tun dies.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sagen nicht die Wahrheit!)

Wir müssen jede Form von Extremismus in diesem Landtag ausgrenzen.

(Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Letzter Satz.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nenne ich Verantwortung. Denn in erster Linie vertreten wir das Volk und die Werte unseres Volkes.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten!

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Am Ende dieser Beratung erteile ich Herrn Abg. Räßple nach § 82 c der Geschäftsordnung zu einer sachlichen Richtigstellung das Wort. – Bitte, Herr Abg. Räßple.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Frau Präsidentin, liebe Kollegen!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und Kolleginnen!)

Ich bin wirklich entsetzt darüber, dass ich meine erste Landtagsrede

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

in meinem jungen Leben nicht zu irgendeinem sachpolitischen Thema halten darf, sondern zu einer Verteidigung meiner Person halten muss.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So jung sind Sie auch nicht mehr! – Unruhe)

Hiermit beziehe ich mich auf § 82 b und c der Geschäftsordnung und nehme eine Richtigstellung der von Abg. Rülke vorgebrachten Vorwürfe gegen meine Person vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war kein Vorwurf! Das war eine Frage!)

– Wenn es eine Frage war, beantworte ich sie Ihnen gern. Ich habe Gerard Menuhin weder in irgendeiner Weise als Gutachter haben wollen, noch habe ich ihn gar in einer Einzelaktion kontaktiert. Ich kenne diesen Mann erst seit dem Zeitpunkt, zu dem die Sache bereits in den Brunnen gefallen war und es sogar in der Presse gestanden hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie kennen ihn also!)

– Ich kenne diesen Mann nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kennen Sie ihn nun, oder kennen Sie ihn nicht?)

Ich wusste auch nichts von seinen Zitaten. Das erkläre ich hier.

Es ist momentan ein laufendes Verfahren. Es wird Strafanzeige gegen die JUNGE FREIHEIT gestellt wegen Ehrverletzung, und auch gegen zwei Personen, die ich hier nicht nennen möchte, weil ich diese Personen nicht voreilig verletzen möchte. Wenn die Strafanzeigen durch sind, werde ich Sie und das Hohe Haus hierüber in Kenntnis setzen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Okay!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Andreas Stoch SPD: Jetzt klatschen sie wieder alle!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten!

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016 – Drucksache 16/240**

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Edith Sitzmann.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht heute um den Dritten Nachtrag für das Jahr 2016, den ich hier für die grün-schwarze Landesregierung einbringe. Für diesen Dritten Nachtrag gilt, dass wir mit einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik Baden-Württemberg in den kommenden fünf Jahren gestalten wollen.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein sparsamer Haushalt, und er ist ein schlanker Haushalt, der sich auf die Bereiche konzentriert, die derzeit dringlich sind. Ich denke, wir alle sind uns einig, dass die Hilfe für die Menschen, die von Unwettern und Hochwasser Ende Mai und Anfang Juni besonders schwer betroffen waren, besonders dringlich ist. Wir sind außerdem, um die Arbeitsfähigkeit der neuen Regierung sicherzustellen, auf weitere Stellen im Bereich der Ministerien angewiesen. Der

(Ministerin Edith Sitzmann)

dritte wichtige Punkt betrifft Investitionen im Schulbereich, damit wir für die Kinder in Baden-Württemberg das Beste tun und damit insbesondere die Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr eine Stärkung erfahren.

Lassen Sie mich mit den Unwettern, den heftigen Regenfällen und den Überschwemmungen beginnen, die in manchen Gebieten unseres Landes sehr heftig waren, die zu großen Zerstörungen geführt haben. Insbesondere in der Gemeinde Braunsbach kam es zu Schlamm- und Schuttbergen. Ich bin dem Ministerpräsidenten und dem Innenminister dankbar, dass sie sich die Schäden vor Ort so bald wie möglich angeschaut haben. Die Bilder in den Zeitungen, in den Medien haben gezeigt, dass Hilfe dringend notwendig ist.

Leider müssen wir im Zusammenhang mit den Unwettern auch vier Todesopfer beklagen – wie ein Wunder nicht in der Gemeinde Braunsbach, jedoch leider anderswo. Besonders tragisch ist, dass beim Versuch, jemanden zu retten, ein Feuerwehrmann selbst ums Leben gekommen ist.

Besonders dramatische und schwierige Situationen erfordern auch besondere Maßnahmen. Wir, die Landesregierung, haben deshalb sehr schnell ein Soforthilfeprogramm für die betroffenen Menschen vor Ort aufgelegt.

Klar ist, dass diese Soforthilfe, die im Wesentlichen für Privatpersonen vorgesehen ist, nicht ausreicht; dies gilt insbesondere für die Gemeinde Braunsbach, die am heftigsten überflutet und verwüstet worden ist. Deshalb schlagen wir dem Hohen Haus für den Nachtrag vor, 10,6 Millionen € einzustellen, um der Gemeinde Braunsbach besonders unter die Arme zu greifen und sie auch bei den notwendigen Aufräumarbeiten unterstützen zu können.

Auch in der Landwirtschaft hatten wir durch die Unwetter enorme Schäden. Das kann an die Existenz der Landwirtinnen und Landwirte gehen, und das wollen wir nicht. Wir wollen sie unterstützen, und deshalb schlagen wir im Entwurf 6,5 Millionen € im Bereich der Unwetterhilfe für die Landwirtschaft vor.

Nicht zuletzt blieben die Unwetter natürlich auch bei der Infrastruktur des Landes nicht ohne Folgen. Sie wissen es: Auch Landesstraßen und -brücken sind beschädigt worden. Deshalb stehen im Entwurf 15 Millionen € bereit, um diese Schäden an Landesstraßen und -brücken möglichst schnell zu beheben und für einen reibungslosen Verkehr zu sorgen und wichtige Zufahrtswege instandzusetzen.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr und Andreas Schwarz  
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, in der Summe belaufen sich die Mittel, die wir zur Bewältigung der Schäden von Unwettern und Hochwasser vorsehen, auf 42 Millionen €. In diesen 42 Millionen € sind auch 10 Millionen € für Soforthilfen enthalten, von denen – Stand heute – knapp 5 Millionen € bereits verausgabt wurden.

Geld ist das eine, meine Damen und Herren, aber solidarische und tatkräftige Unterstützung ist mindestens ebenso wichtig. Lassen Sie mich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, all jenen Dank zu sagen, die sich auch in dieser schwierigen Zeit Tag und Nacht unermüdlich bemüht haben, bei Bergungs- und

Aufräumarbeiten zu helfen, die denjenigen geholfen haben, die besonders betroffen waren. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Egal, ob Haupt- oder Ehrenamtliche, sie alle haben einen ganz wichtigen Beitrag geleistet. Vor allem haben sie auch den betroffenen Menschen das Gefühl gegeben, dass sie nicht allein gelassen werden, sondern dass sie Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung ist von unschätzbarem Wert.

Ein zweiter wichtiger Bereich, meine Damen und Herren – ich habe es eingangs angesprochen –, sind die Stellen, die wir im Bereich des Kultusministeriums schaffen werden. Es handelt sich insgesamt um 631 Stellen. Diese Stellen sind jetzt dringend notwendig, damit zum Beginn des kommenden Schuljahrs die Lehrerinnen und Lehrer eingesetzt werden können. Deshalb haben wir diese Stellen im Nachtrag verankert. Es geht um die Erweiterung der Kontingentsstundentafeln an den Grundschulen, an denen wir 320 Lehrerinnen und Lehrer vorsehen – die erste Tranche, die ein weiterer wichtiger Schritt für die Stärkung der Grundschulen ist.

Es geht außerdem um 111 neue Stellen für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer für Verbesserungen in der Oberstufe.

Und, meine Damen und Herren, wir haben 200 Stellen für Lehrkräfte, die in Vorbereitungs- und VABO-Klassen arbeiten, die hier Flüchtlingskinder unterstützen. Diese Stellen waren zeitlich befristet. Diese zeitliche Befristung werden wir deutlich nach hinten verlegen. Das sollte ein Schritt sein, bei dem wir uns alle einig sind. Insbesondere die schulische Integration ist ganz wichtig, damit die Kinder und Jugendlichen hier bei uns ankommen und eine gute Grundlage für ihr zukünftiges Leben haben.

Bildungsinvestitionen sind entscheidende Zukunftsinvestitionen. Ich hoffe, dass der Landtag von Baden-Württemberg diesem und auch dem dritten Bereich, den ich gleich noch vorstellen werde, in den Beratungen zustimmen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ein weiterer und letzter Bereich, der in diesem Nachtrag abgebildet wird, ist die Ausweisung von Personalstellen für die Umressortierung, für neue Aufgaben, für die Regierungsneubildung in den Ministerien. Es handelt sich um insgesamt 98 Stellen. Sie sind für die Arbeitsfähigkeit einer neuen Regierung, die das Land Baden-Württemberg in den kommenden fünf Jahren verantwortungsvoll, nachhaltig und innovativ regieren wird, notwendig. Auch hier bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Wir hatten bereits in der letzten Plenarsitzung eine Debatte darüber.

Dabei sind z. B. Stellen vorgesehen, um die Digitalisierung als wichtige Zukunftsaufgabe weiter und deutlicher zu stärken. Ich bin mir sicher, Herr Kollege Stoch, gerade auch Sie würden sicherlich kritisieren, wenn wir die große Aufgabe, die Digitalisierung in allen Lebensbereichen zu gestalten, nicht ausreichend wahrnehmen würden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann tun Sie die Stellen genau dorthin!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Dies tun wir u. a. mit den neuen Stellen, die geschaffen werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und Zentralstellen! Und Pressestellen!)

Insgesamt sind diese 98 neuen Stellen, die derzeit vorgesehen sind, vertretbar und auskömmlich. Zumindest 44 dieser Stellen werden nach Ablauf dieser Legislaturperiode wieder wegfallen.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Weniger als die Hälfte!)

Auch das ist für eine Regierungsneubildung ein wichtiger Beitrag, bei dem ich Sie um Ihre Unterstützung bitte.

Zusammengefasst: Wir helfen den Menschen, die von Unwettern, Hochwasser und Starkregen besonders betroffen waren. Wir investieren weiter in die Bildung – mit über 600 Stellen in wichtigen Bereichen –, und wir schaffen maßvoll notwendige neue Stellen, damit diese Regierung das Land in den kommenden fünf Jahren gut, verantwortungsvoll, innovativ und nachhaltig regieren kann. Ich bitte Sie dafür um Ihre Unterstützung und um eine gute, faire Debatte bei den weiteren Beratungen des Nachtrags.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich den Zweck dieses Nachtrags zum Staatshaushaltsplan mit einem Begriff zusammenfassen: Es ist ein Arbeitsnachtrag. Dieser Arbeitsnachtrag leistet das Notwendige. Er ist auf das Unabweisbare, auf das, was zwingend sein muss, beschränkt. Dieser Nachtrag ist Pflicht, er ist nicht Kür.

Mit diesem Haushaltsnachtrag stellen wir sicher, dass wir den Menschen, die durch Unwetter Schäden erlitten haben, helfen können. Mit diesem Haushaltsnachtrag machen wir die Regierung arbeitsfähig und setzen die Finanzierung wichtiger Bildungsprojekte wie die Stärkung der Grundschulen, die Stärkung der Gymnasien fort. Es ist also ein Arbeitsnachtrag. Es ist wenig Spektakuläres in diesem Haushaltsnachtrag; dennoch ist es ein notwendiger Nachtrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will zunächst auf die Unwetterhilfen zu sprechen kommen, die dieser Nachtrag abbildet. Ich bin froh, dass wir hier im Landtag einen breiten Konsens über alle Fraktionen darüber haben, dass wir den Menschen und den Regionen, die durch die Unwetterereignisse schwere Schäden erlitten haben, schnell und unbürokratisch helfen müssen. Ich bin froh, dass die Finanzministerin Soforthilfen für private Haushalte und Gewerbetreibende umgehend ausgereicht hat: 500 € pro Person, 2 500 € pro Haushalt, 5 000 € pro Betrieb. Da ist unbürokratisch geholfen worden. Vielen Dank, Frau Finanzministerin, für diese Leistungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Wir wissen, dass dieses Geld niemandem sein Haus zurückbringt; es kann auch keinen Keller von Schlammmassen befreien, aber es kann eine erste Unterstützungsmaßnahme sein, wenn die Waschmaschine defekt war, wenn das Auto zerbeult war, wenn dringend notwendige Reparaturen anstehen. Hier sieht man: Die Landesregierung hilft den Menschen in der Not. Das ist genau das Richtige, was in einer solchen Situation zu tun ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Gemeinde Braunsbach, in der das Unwetter mit entsetzlichen Auswirkungen gewütet hat, erhält eine gesonderte Unterstützung in Höhe von 10,6 Millionen €. Wer die Bilder vor Ort gesehen hat, der weiß: Hier mussten die Menschen alle Kraft zusammennehmen, um die größten Schäden an den Straßen zu beseitigen, Geröll und Schlamm zu entfernen, damit die Geschäfte in der Hauptstraße wieder öffnen können, damit dort im Ort wieder Leben eintreten kann. Ich wünsche allen Betroffenen viel Kraft und Ausdauer, und ich möchte mich ausdrücklich bei allen Helferinnen und Helfern vor Ort für das Geleistete bedanken.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Für die Instandsetzung kaputtter Landesstraßen stellen wir 15 Millionen € zur Verfügung. Denn selbstverständlich brauchen die betroffenen Gebiete rasch wieder eine leistungsfähige Infrastruktur – sei es zwischen Allfeld und Untergriesheim oder zwischen Neckargerach und Schollbrunn, wo die Fahrbahn beschädigt ist. Ich bin sehr froh, dass das Verkehrsministerium zügig reagiert hat und hier die Landesstraßen auf Vordermann bringen wird. Da sieht man: Die Landesstraßen sind bei Grün-Schwarz sehr gut aufgehoben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Nicole Ravazi CDU: Bei Grün-Schwarz!)

Gleiches gilt auch für die Landwirtschaft. Hier hat das Unwetter viele Schäden verursacht. Daher finden sich im vorgelegten Nachtragshaushalt Soforthilfemittel in Höhe von 6,5 Millionen €. Gerade wenn in kleineren Familienbetrieben Ernten ausfallen oder landwirtschaftliches Gerät zerstört wurde, geht es sehr schnell an die Existenz. Ich bin dem Landwirtschaftsminister dankbar, dass er hier sehr rasch reagiert hat. Auch hier sieht man: Die Landwirtschaft ist bei Grün-Schwarz gut aufgehoben; wir lassen niemanden im Stich, wenn jemand in Not ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich habe davon gesprochen, dass dies ein Arbeitsnachtrag ist: wenig spektakulär, aber gleichzeitig ist er notwendig. Er sichert die Arbeitsweise der Regierung. Die personellen Bedarfe im Rahmen der Regierungsneubildung werden abgebildet. Es handelt sich um 98 Stellen; davon sind 44 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen.

Lassen Sie mich diese 98 Stellen in den Gesamtzusammenhang stellen. Wir haben im Landshaushalt insgesamt 226 000 Stellen. 98 Stellen machen gerade einmal 0,04 % aus; das ist

(Andreas Schwarz)

nicht viel. Wenn man noch die k.w.-Stellen abzieht, dann bleiben 0,02 %.

(Abg. Andreas Stoch SPD schüttelt den Kopf.)

Das ist noch weitaus weniger als 0,04 % und ist auch nicht viel.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Tolle Aussagekraft! –  
Abg. Reinhold Gall SPD: Rechnerisch wahrscheinlich richtig!)

Daran sieht man: Wir sind hier mit Augenmaß und absolut angemessen unterwegs, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Schauen wir uns an, wie viele Menschen in den Ministerien arbeiten: Auf die Ministerien entfallen 3 300 von insgesamt 226 000 Stellen. Die Stellen in den Ministerien machen also gerade einmal 1,5 % der Stellen im Landeshaushalt aus. Der überwiegende Teil der Landesbeschäftigten sind Lehrer, nämlich 94 000. Die nächste Gruppe sind die Beschäftigten an den Hochschulen. Dann kommen unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit 28 000. Auch daran sieht man, lieber Kollege Hofelich: Die Landesregierung in Baden-Württemberg hat eine schlanke und effiziente Verwaltung,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

und das bleibt auch unter Grün-Schwarz so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ist das die Begründung?)

Für uns ist klar: Wir wollen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein fairer, ein guter Arbeitgeber sein. Wir, Grün-Schwarz, werden für alle Landesbeschäftigten ein guter Arbeitgeber sein. Denn der Wettbewerb um gute Leute ist hart. Deswegen haben wir in der vergangenen Legislaturperiode ein Jobticket für Landesbeschäftigte eingeführt, Entfristungen vorgenommen, den Beförderungsstau abgebaut. Genau so muss es auch weitergehen. Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten die wichtigen Zukunftsprojekte beim Verkehr, bei der Bildung, bei der Digitalisierung angehen und gemeinsam mit den Beschäftigten das Land gestalten. So stellen wir uns innovative, nachhaltige und verlässliche Politik in Baden-Württemberg vor.

In diesem Nachtrag – es ist ein Arbeitsnachtrag – finden sich wichtige Investitionen in die Bildung – das ist ein zentrales Zukunftsfeld der Landespolitik –: 111 Neustellen werden wir für die Verbesserung in der gymnasialen Oberstufe einplanen. Schülerinnen und Schüler sollen gezielter auf den Übergang in die Abiturphase vorbereitet werden. 320 Neustellen wird es für die Erweiterung der Kontingenztafeln in den Grundschulen geben. Das bedeutet, dass die Grundschulen vier zusätzliche Lehrerstunden bekommen: zwei für Deutsch und zwei für Mathematik. Dieses Versprechen haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode gegeben; das setzen wir nun um. Auch daran können Sie sehen: Wir halten Wort. Versprochen ist versprochen. Das wird jetzt auch umgesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe schon davon gesprochen: Wir lassen die Menschen nicht im Stich. Das gilt auch bei der Integration von Flüchtlingskindern. Mit diesem Nachtragshaushalt werden wir 200 Stellen für Vorbereitungsklassen finanzieren. Dadurch kann die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen noch besser gelingen. Den Zugang zu Bildung und Betreuung für geflüchtete Kinder und Jugendliche zu verbessern ist eine zentrale Aufgabe. Dieser Aufgabe kommen wir mit diesem Nachtragshaushalt nach.

Wir haben auch einen gestalterischen Aspekt. Auch das haben wir versprochen, insbesondere den Menschen auf der Schwäbischen Alb. Hier geht es um den Bahnhof Merklingen. Wir sind uns einig: Wir haben den Deckel bei 30 Millionen € eingezogen. Wir wollen gemeinsam mit der Raumschaft auf der Schwäbischen Alb den Bahnhof Merklingen voranbringen. Der Verkehrsminister hat mit diesem Nachtragshaushalt die Möglichkeit, weitere Gespräche mit der Deutschen Bahn AG zu führen und den Bahnhof Merklingen voranzubringen. Auch daran können Sie sehen: Versprochen ist versprochen und wird auch gehalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein Arbeitshaushalt, der Sinnvolles und Notwendiges mit ausreichenden Mitteln hinterlegt. Politische Schwerpunkte werden wir im neuen Haushalt 2017 angehen. Ich sehe darin einen Ausweis von Sparsamkeit und Umsicht. Wir hätten bereits jetzt, im Nachtragsverfahren, umfangreiche Mittel einplanen können; das haben wir jedoch nicht getan. Wir sind uns der angespannten Haushaltslage sehr wohl bewusst. Daher regieren bei uns Sparsamkeit und Umsicht. Das ist für uns die Maßgabe für diesen Nachtragshaushalt und auch für die Haushaltsplanung 2017.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Reinhart.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt bin ich gespannt!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die CDU-Fraktion steht in dieser Koalition klar und unmissverständlich zur nachhaltigen Haushaltspolitik. Wir werden in die Balance bringen, was zur Sanierung des Haushalts nötig und was zur Gestaltung unseres Landes möglich ist. Mut und Maß, das sind unsere haushaltspolitischen Grundlinien.

Die Beratung über den Dritten Nachtrag fällt in eine Zeit des Übergangs, eine Zeit des Übergangs zwischen verschiedenen Regierungskoalitionen und der politischen Verantwortlichkeiten, aber auch eine Zeit des Übergangs der ökonomischen Rahmenbedingungen. Wir stehen vielen Unwägbarkeiten gegenüber, und dabei wissen wir nicht erst seit der Wirtschaftskrise 2007: Wenn die Weltwirtschaft hustet, dann hat unser Landeshaushalt schnell eine ausgewachsene Grippe.

Niemand kann im Moment verlässlich sagen, welche wirtschaftlichen und finanziellen Folgen z. B. der „Brexit“ noch haben kann; wir haben uns hier damit befasst. Auch die europäische Staatsschuldenkrise ist noch nicht ausgestanden, und die Weltwirtschaft kühlt sich gerade ab, wie wir am Beispiel der Konjunkturdaten aus China oder Schwellenländern sehen.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Vor diesem Hintergrund sind die Konjunkturbarometer bei uns zwar noch recht stabil, aber die Stimmung in den Unternehmen ist nervöser, wenn auch noch recht robust. Auch die Börsenausschläge deuten an, dass wir in schwierigeres Fahrwasser geraten können. Auch der neue Präsident des ZEW hat gesagt, dass wir uns in einer Phase der Unsicherheit in der Weltwirtschaft und auch auf den Finanzmärkten befinden. Viele Akteure rechnen mit Konsumzurückhaltung, auch mit Investitionszurückhaltung.

In einem solchen Umfeld werden wir in den nächsten Monaten den Haushalt 2017 beraten. Dieser ist nicht Gegenstand der heutigen Debatte. Gegenstand ist vielmehr der Nachtrag. Aber das ist die Ausgangslage.

In diesen Tagen ist in den Medien schon etwas über den Haushalt 2017 zu erfahren. Der Ministerpräsident und die Finanzministerin haben sich gestern in der Landespressekonferenz schon dazu offenbart.

Wir alle wissen von dem großen Spardruck, unter dem der Landeshaushalt steht, nicht nur weil wir die Schuldenbremse spätestens 2020 einhalten müssen. Die Zeit drängt. Denn die Nachhaltigkeitslücke, die wir in den vergangenen Jahren trotz sprudelnder Steuerquellen und Einnahmerekorden vor uns hergeschoben haben, ist dabei eine nicht unerhebliche schwere Last.

Ich erinnere heute noch einmal daran – das muss heute als Bilanz gesagt werden –: Zwischen 2010 und 2016 verbuchte das Land bei den Steuereinnahmen ein Plus von nahezu 40 %, nämlich einen Anstieg von 24,8 Milliarden € auf 34,5 Milliarden €. Trotz dieser Einnahmen ist der Schuldenberg unter Finanzminister Schmid zugleich um 3 Milliarden € weiter gewachsen.

Ich meine, wir hätten in diesen guten Jahren auf dem Konsolidierungspfad erheblich weiter vorankommen können und müssen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/  
DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Diese Feststellung ist, glaube ich, schon ein Gebot der politischen Redlichkeit, wenn wir jetzt erstmals mit der neuen Regierung auch eine neue Bilanz beginnen.

Auch wenn sich durch geringere Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und bessere Steuereinnahmen die Prognosen aufhellen, bleibt die Lage trotzdem ernst. Spürbare Einsparungen sind unvermeidlich. Reserven sind verbraucht. Hinzu kommen weitere mittelfristige Planungsrisiken. Ich nenne die Tarifsteigerung für die Landesbeschäftigten oder unklare Entwicklungen beim Bund-Länder-Finanzsystem, zu dem viele Fragen offen sind.

Deshalb benötigen wir höchste Disziplin. Wir haben in der Haushaltspolitik in den nächsten Monaten harte Arbeit vor uns. Das werden wir in engem Kontakt mit der Finanzministerin und mit der Regierung sorgfältig und gründlich auch in diesem Parlament erledigen.

Mit dem heute vorliegenden Dritten Nachtrag demonstriert die Koalition vor allem, dass sie handelt. Der gültige Beweis dafür sind die Unwetterhilfen. Insgesamt 42 Millionen € stellt

das Land im Nachtrag für die Beseitigung der Schäden bereit, die das Tief Elvira verursacht hat. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen. Es zeigt: Baden-Württemberg steht zusammen und hilft. Auch die Landesregierung, die Behörden in den Kreisen und die Regierungspräsidien haben schnelle und wirksame Soforthilfe geleistet. An dieser Stelle einen herzlichen Dank den Verantwortlichen, auch dem Innenminister, der Regierung, die sich hier eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wenn auch sicher viele Betroffene noch lange mit den Schadensfolgen zu kämpfen haben, zeigt sich einmal mehr: Unser Land ist gerade auch im Katastrophenfall solidarisch und leistungsfähig. Wir mobilisieren die nötigen Kräfte und Ressourcen für den Wiederaufbau.

Ich möchte mich an dieser Stelle ebenfalls bei den unermüdeten, auch vielen ehrenamtlichen Helfern bedanken, die in dieser Katastrophensituation zur Stelle waren und alle mitgeholfen haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Im Nachtrag sind 98 neue Stellen für Ministerien enthalten. Ich möchte hier dem Kollegen Schwarz recht geben: Wenn wir dies einmal zu der Zahl von über 220 000 Landesbediensteten ins Verhältnis setzen, dann sind dies weniger als 0,05 %. Außerdem fällt die Hälfte der neuen Stellen nach kurzer Zeit wieder weg.

Insoweit will ich schon daran erinnern, Herr Kollege Stoch:

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Zu Ihrer Zeit – Sie erinnern sich und lächeln – waren es über 180 Stellen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ein Politikwechsel!)

– Auch jetzt war es ein Politikwechsel.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das glaube ich nicht! – Weitere Zurufe)

– Ich spreche von der Union.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, ja!)

Sie wissen, dass wir hier in der Politik ganz neu mitgestalten werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gilt das auch für das Ersatzstaatsministerium im Innenministerium?)

Gegenüber dem politischen Wechsel 2011, Herr Kollege Stoch, Herr Kollege Hofelich, sind die 98 Stellen 2016 geradezu ein Schnäppchen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Andreas Stoch SPD: Ach ja! – Zuruf von der CDU: Genau! Bravo!)

So etwas wird es alle fünf Jahre geben.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Viel entscheidender ist eine viel wichtigere politische Schwerpunktsetzung, die wir in Angriff nehmen: Mit 111 zusätzlichen Deputaten für die Bildung an den Gymnasien verbessern wir den Übergang in die Kursstufe. Wir schaffen außerdem 320 neue Lehrerstellen zur Stärkung von Mathe und Deutsch in der Grundschule, weitere 320 kommen in einer zweiten Tranche, im Haushalt 2017, hinzu. Damit stärken wir die Grundlagen des Bildungserfolgs: Lesen, Schreiben, Rechnen. Denn, Herr ehemaliger Kultusminister, auf den Anfang kommt es an.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Rüdiger Klos AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! Deswegen muss da noch mehr kommen!)

Wenn wir die letzten fünf Jahre bilanzieren und in diesen Tagen über die Ergebnisse bei VERA 8 gelesen haben, erkennen wir, dass wir dies auch dringend nötig haben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz und Sandra Boser GRÜNE und Rüdiger Klos AfD – Zurufe)

– Ihr habt geredet, wir machen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz und Sandra Boser GRÜNE – Lachen bei der SPD – Zuruf von der CDU: Bravo! Sehr gut!)

Deshalb stellen wir in Zukunft die Qualität in den Schulen klar in den Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Das ist eine eindeutige Priorität. Dafür nutzen wir die engen Spielräume.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, als Haushaltsgesetzgeber tragen wir hier miteinander die Verantwortung für die Konsolidierung des Landesetats. Wir wollen aber gleichzeitig politische Gestaltungsentscheidungen möglich halten. Damit werden wir der doppelten Verantwortung gerecht: Wir handeln effektiv, konzentriert, präzise und nachhaltig. Wir setzen damit klare und notwendige Akzente. Mit den Soforthilfen reagieren wir auf einen außergewöhnlichen Bedarf. Dennoch steht unter dem Strich die Null bei der Neuverschuldung.

Ich will abschließend hinzufügen: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt im Leben für jeden Menschen – aber das gilt auch für den Staat – nur zwei Wege, reich zu werden: entweder den Besitzstand zu mehren oder die Bedürfnisse zu mindern. Das wird übersetzt für unseren Staatshaushalt bedeuten: Wo setzen wir die Schwerpunkte? Da ist uns die Konsolidierung mit der Nullneuverschuldung eine wichtige Priorität. Deshalb stimmen wir seitens der CDU-Fraktion mit voller Überzeugung diesem Nachtrag zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Danke schön.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der kennt ja den Haushalt noch! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm

Röhm CDU: Der ist gut! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– In- und auswendig; ich deute ihn nur etwas anders.

Herr Kollege Reinhart, man merkt Ihnen den Spagat zwischen dem, dass Sie die letzten fünf Jahre rechtfertigen und mittragen müssen, und dem, dass Sie uns unbedingt eins ans Bein hauen wollen, geradezu an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ist gut gelungen!)

Ich hoffe, Sie holen sich bei diesem Spagat keine Zerrungen. Ich habe den Eindruck, dass Sie das bereits gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Dritte Nachtragshaushalt, der heute eingebracht wird, steht in einem wirtschaftlich und auch haushalterisch günstigen Umfeld. Wir haben viermal die schwarze Null im Rücken, und wir haben die fünfte schwarze Null vor uns. Das ist ein günstiges Umfeld.

Gleichwohl bleibt die Lage haushalterisch angespannt. Es besteht auch weiterhin haushalterischer Handlungsbedarf. Wir, die SPD, wirken an notwendigen Veränderungen mit. Wir drängen darauf und wachen darüber, dass es – –

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Sparen Sie sich Ihre Zwischenrufe. Ich lasse mich nicht drausbringen, Herr Mack. Der Ostalb höre ich nie zu.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir wirken daran mit, dass es in dieser Haushaltsberatung gerecht und sozial zugeht. Das wird der rote Faden unserer Haushaltsberatung sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Nachtrag ist im Volumen überschaubar, bei der Mehrzahl der Positionen auch notwendig und wird vor allem aus den Überschüssen der Vorjahre finanziert.

Hinter diesem Dritten Nachtrag steht – gewissermaßen virtuell – der Vierte Nachtrag, der seit gestern mit Zahlen in den Eckpunkten des Haushalts 2017 enthalten ist. Gegenüber dem Volumen von rund 40 Millionen € des jetzigen Dritten Nachtrags sind die Eckdaten dieses virtuellen Nachtrags gewaltig: 1 Milliarde € Überschuss 2015, über 350 Millionen € Steuermehreinnahmen nach der Mai-Steuerschätzung, 180 Millionen € Integrationspauschale vom Bund, dazu die geringeren Ausgaben für Flüchtlinge, die mit bis zu 1,5 Milliarden € beziffert werden.

Nicht alles hat mit der Politik der Landesregierung der letzten Jahre hier im Haus zu tun, der überwiegende Teil aber schon. Deswegen darf man an dieser Stelle schon einmal sagen: Dem Minister, der die Finanzen und die Wirtschaft in den letzten fünf Jahren verantwortet hat – er heißt Dr. Nils Schmid –, könnte man in diesem Haus am heutigen Tag auch einmal Danke schön sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber er ist gar nicht da!)

(Peter Hofelich)

– Herr Schwarz, jetzt sagen Sie bloß nicht, dass Sie deswegen nicht klatschen, weil er gerade nicht da ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er ist nicht da!  
Sonst hätte ich ihn gern beglückwünscht!)

– Eine tolle Erklärung.

Der Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren, Investieren hat gegriffen und greift.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Ich höre mir nachher die Pointe an, Herr Rülke.

Der grün-schwarze Nachtrag, der kleine Dritte Nachtrag, den ich genannt habe, und der mit Zahlen bereits existente Vierte Nachtrag runden die Erfolgsbilanz der letzten fünf Jahre ab und damit auch die Bilanz unserer SPD. Das ist so, meine Damen und Herren.

Deswegen ist, denke ich, an dieser Stelle – wie immer – beides, erst der Blick zurück und dann der Blick voraus, geboten.

Blick voraus: Wie immer macht man, wenn es einem gutgeht, manchmal die größten oder jedenfalls größere Fehler. Deswegen ist Wachsamkeit geboten. Deswegen ein Blick auf den Haushalt: Da ist einiges relativiert worden. Manches bringt einen zum Schmunzeln. Ich sage einmal: Die Zahl von 98 Ministerialbeamten zu der Zahl von 220 000 Landesbeschäftigten ins Verhältnis zu setzen ist schon der Versuch, größere Nebelkerzen zu werfen. Der ist Ihnen hier aber nicht gelungen; das hat jeder gemerkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen zu dem, was Andreas Stoch eingeleitet hat, nämlich dass wir bei den Grundschullehrern, den Gymnasiallehrern, den VABO-Klassen mehr tun als bisher. Das ist eine richtige Maßnahme. Es ist gut, dass dies eingeleitet worden ist und jetzt realisiert wird.

Es fehlt eine psychologisch und symbolisch wichtige Aktion, die Frau Eisenmann zwar erklären kann, die in diesem Haushalt aber nicht niedergelegt ist. Das ist, dass die Weiterbildungsmaßnahmen für Hauptschullehrer, die in Schulen einer anderen Schulart unterrichten wollen, abgesichert werden. Deswegen werden wir dazu einen Antrag mit dem Begehren stellen, dass dieser Betrag in den Haushalt eingestellt wird. Wir bitten auch um die Zustimmung dieses Hauses.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Heinrich Kuhn  
[fraktionslos])

Wir werden uns noch einmal vergegenwärtigen, dass wir beim Landtag Mehrkosten haben. Mehr sage ich hier nicht dazu.

Wir haben bei allem, was zur Unwetterkatastrophe gesagt worden ist, den sicheren Eindruck, dass wir hier an der richtigen Stelle ansetzen. Die Frage wird dann sein, ob die Lösung mit den Programmen, die dort, wo es die Gemeinden nicht zahlen können, eingesetzt werden – Sie wollen das dann mit Zuschüssen regeln, wie ich herausgelesen habe –, der jeweils richtige Finanzierungsweg ist. Da sind wir zunächst einmal offen. Darüber müssen wir im Ausschuss noch sprechen.

An dieser Stelle sage ich aber auch: danke allen Helferinnen und Helfern in dieser außerordentlich schwierigen Situation des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU  
und der AfD)

Wir kommen jetzt zum Stellenaufbau, der von den Rednern der Regierungsfractionen natürlich nur etwas angetupft worden ist.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU)

Zunächst sind einmal 224 Stellen angemeldet worden, 98 sind es geworden. Frau Ministerin, es ist für eine Finanzministerin schon eine tolle Erklärung, zu sagen: „Wir wollten das zweistellig machen.“ Offenbar ist für die Notwendigkeit einer Stelle nicht das Maß, sondern die Optik das handlungsleitende Kriterium. Das scheint mir doch etwas zu kurz gegriffen zu sein.

(Beifall bei der SPD)

In Kommentaren konnte man gelegentlich lesen: „Jetzt habt euch nicht so; das war doch früher auch schon so. Schaut euch doch mal die Zahlen an.“ Auch dazu ein klarer Satz: Es ist schon ein kleiner Unterschied zwischen der damaligen Situation – die eine Partei war zum letzten Mal im Jahr 1996 in der Regierung und die andere Partei noch nie; es wurde ein ambitionierter Politikwechsel formuliert – und der jetzigen Situation, in der eine Partei weitermacht – sogar als die größere – und die andere gerade einmal fünf Jahre nicht an der Regierung war und deswegen bei den Kriterien „loyale Beamte für die Führungsebene“ und „kompetente Beamte für neue Aufgaben“ sozusagen nicht unbedingt klamm ist. Deswegen ist jetzt eine ganz andere Situation gegeben. Ihr Schluck aus der Pulle ist nicht gerechtfertigt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ich will noch einmal klar sagen, dass wir natürlich wissen, dass es Notwendigkeiten gibt. Sie haben auch einzelne Stellen in kleinerem Umfang vorgesehen. Darüber werden wir im Ausschuss reden.

Ich beschäftige mich jetzt mit den Themen, die eine Rolle spielen. Das Staatsministerium wird um 22 Stellen erweitert. Die Stellenzahl geht übrigens zwischen 2010 – Ende Mappus – und 2016 um 50 hoch: von 210 auf 260. Das ist beträchtlich, Herr Kollege Reinhart. Ich kann mir vorstellen, dass Sie das intern kritisieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das kann man auch prozentual ausrechnen!)

Das ist ein Mehr bei – zumindest für die jetzige vor uns liegende Periode – weniger Aufgaben. Dass das, wie man gehört hat, für Spiegelreferate notwendig ist, kann gar nicht sein, denn es gibt bereits Spiegel. Also müssen es mehr Spiegel sein. Wofür gibt es eigentlich noch etwas? Das Thema Digitalisierung ist nicht mehr im Staatsministerium angesiedelt. Wofür wird das zusätzliche Personal überhaupt eingesetzt? Wo kommt die Ballung von B-3-Stellen her, die Richtung Zentralstelle bzw. Pressestelle deutet? All dies herauszubekommen ist ja vielleicht einmal interessant.



(Peter Hofelich)

Auch ob die Erklärungen tragen, dass wir uns an Bayern orientieren müssen, ist zu hinterfragen. Bayern ist größer, hat seit den Wittelsbachern tausend Jahre Staatlichkeit.

Ich habe vor zwei Wochen hier eine flammende Rede zur Subsidiarität gehört. Ich habe die Aussage des Ministerpräsidenten in Erinnerung: „Dinge von unten her denken“. Ich notiere gerade nur, dass oben eingefüllt wird. Ich habe bis heute keine vernünftige Begründung gehört, was überhaupt im Staatsministerium mit diesen neuen Stellen vor sich geht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Dazu, dass man in Brüssel „meine Beamten“ braucht, kann ich nur sagen: Die ganze Landesvertretung steht still, wenn der Ministerpräsident kommt, und freut sich, den Ministerpräsidenten zu briefen. „Meine Beamten“, Herr Rülke, ein Connaisseur von Formulierungen, das rauscht sozusagen im Zeitraffer am Jahr 1918 vorbei: Ich brauche meine Beamten in Bebenhausen oder wo auch immer. Also alles, was recht ist: An dieser Stelle ist manches vielleicht etwas überzogen.

Im Finanzministerium und im Wirtschaftsministerium: plus zehn Stellen und plus 17 Stellen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist der Preis der Entflechtung. Aber diejenigen, die hier laut sagen: „Wir haben wieder ein neues Ministerium für Wirtschaft, und alles ist jetzt besser“, sollten vielleicht auch sagen, dass damit Mehrkosten verbunden sind. Luftballons laut aufsteigen zu lassen und leise platzen zu lassen, das ist nicht die Politik, die wir verfolgen wollten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zum Innenressort: plus 18 Stellen. Für was? Für den Bevölkerungsschutz, der notwendig ist, für das Krisenmanagement, das notwendig ist, für die Digitalisierung, die unabweisbar ist. Ob sie in der Federführung im Innenministerium angesiedelt sein muss in einer Welt, in der die Digitalisierung trotz allem, was staatlich notwendig ist – da weiß ich, wovon ich spreche –, vor allem in der Wirtschaft stattfinden, müssen die Koalitionäre unter sich ausmachen.

Aber Tatsache ist, dass überhaupt nicht klar ist, wo diese Stellen im Innenministerium wirklich angesiedelt werden. Der Bereich Breitband kommt stellenneutral aus dem früheren Ministerium für Ländlichen Raum, die Stabsstelle Digitalisierung des Staatsministeriums wird dann hoffentlich ins Innenministerium kommen und nicht dort bleiben. Für was werden die Stellen im Innenministerium eigentlich wirklich benötigt? Ist es vielleicht so, dass sich Herr Strobl, weil er Vizechef ist, mit irgendwelchen PR-Stellen, mit irgendwelchen weiteren Stellen seinen parallelen Spiegel im eigenen Innenministerium aufbauen will? Ist es vielleicht so, dass, weil Sie von der CDU sich nicht richtig angestellt haben und nicht das Finanzministerium mit seinen Spiegeln haben, der baden-württembergische Steuerzahler jetzt für den Aufbau von Spiegeln im Innenministerium zahlen muss? Wir werden im Ausschuss nachforschen. Dessen können Sie sicher sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will einfach sagen: Nicht einmal die Mehrheit der Stellen ist mit k.w.-Vermerken versehen. Darüber können Sie auch

nicht hinwegsehen. Im Minimum müssen Sie das erreichen, was die Vorgängerregierung geschafft hat, nämlich zum Ende der Legislatur alle Stellen in der Summe wieder auf null zu stellen. Das heißt, wir erwarten von Ihnen eine Übereinkunft, dass wir bis zum Ende der Legislatur durch k.w.-Stellen und durch Streichungen wieder am Ausgangspunkt sind. Wir werden dazu auch einen Antrag stellen. Ich halte es für richtig, dass sich alle Fraktionen auf ein solches hygienisches Verfahren verständigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, bitte beachten Sie die Redezeit.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Ich beachte die Redezeit, Herr Präsident. Ich habe die digitale Zeitanzeige hier natürlich im Blick.

(Minister Winfried Hermann: Verstanden!)

– Ich habe sie im Blick und verstanden. Nach Ihren strengen Mahnungen werde ich sie auch beachten.

Deswegen an dieser Stelle nur ein Satz: Wir werden in der Zukunft noch über einiges über diesen kleinen Nachtragshaushalt hinaus sprechen müssen. Das betrifft insbesondere die Frage, wie wir die Konsolidierung angehen. Die Zahlen, die in den letzten Wochen und Monaten herumgeschwirrt sind, von denen man lesen konnte, gingen hin und her zwischen dem Haushalt und dem, was wir eigentlich brauchen, nämlich einem Konsolidierungspfad, mit dem wir die strukturelle Haushaltslücke angehen müssen. Dabei werden wir hoffentlich auch logisch vorgehen.

Ich sage nur eines: Wir werden nicht zulassen, dass das auf Kosten einer leistungsfähigen Beamtenschaft und auf Kosten der in die Daseinsvorsorge investierenden Kommunen geht. Das ist die klare Linie, die wir in diesem Haus vertreten. Wir werden dafür kämpfen, dass wir an dieser Stelle die Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Kollegen Dr. Aden das Wort.

**Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP:** Neues Gesicht, neuer Redner. Ich hoffe, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, dass ich Sie nicht nur informieren, sondern auch ein bisschen unterhalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sprechen über den Dritten Nachtrag für das Haushaltsjahr 2016. Wer hätte das gedacht? Dazu hat die FDP natürlich ein paar kritische Anmerkungen. Die FDP, nein, die FDP/DVP-Fraktion – daran muss ich mich gewöhnen – ist es gewohnt, dass ihre Vorschläge im Bund und auch im Land häufig in den Wind geschlagen werden. Man muss ja auch nicht immer das Wort der Kanzlerin im Zusammenhang mit der schwäbischen Sparsamkeit als eine Tugend betrachten, sondern es genügt zu wissen, dass schwäbische Sparsamkeit nicht nur eine private Tugend ist, sondern tatsächlich auch für den Staat und für die

(Dr. Gerhard Aden)

Gesellschaft sehr sinnvoll ist. Wir brauchen nur in ein anderes Land zu schauen. Schauen Sie sich manche anderen europäischen Staaten an, dann wissen Sie, was ich meine.

Ich möchte das aber auch mit einem Beispiel aus der württembergischen Landesgeschichte in Verbindung bringen. Die Badener unter Ihnen mögen diesen Ausflug verzeihen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sind Sie Schwabe?)

König Friedrich II. von Preußen, gemeinhin auch Friedrich der Große genannt, schrieb seinem Mündel, dem württembergischen Herzog Karl Eugen, der an seinem Hof in Berlin bis zur Volljährigkeit erzogen wurde, anlässlich seiner Volljährigkeitserklärung, die damals schon mit 16 Jahren stattfand, im Jahr 1744 Folgendes:

*Sie müssen sich mit allen Finanzangelegenheiten vertraut machen ... Die Finanzen sind der Nerv des Landes; wissen Sie darüber ... Bescheid, so werden Sie mit dem Übrigen ...*

– den übrigen Problemen des Landes – locker

*fertig werden.*

„Locker“ hat er nicht gesagt. Das habe ich hinzugefügt.

*Denken Sie nur nicht, das Land Württemberg sei für Sie geschaffen worden! ... Legen Sie stets mehr Wert auf dessen Wohlfahrt als auf Ihre Zerstreuungen. Wenn Sie, in Ihrem zarten Alter, Ihre Wünsche dem Wohl Ihrer Untertanen aufzuopfern vermögen, so werden Sie nicht nur die Freude, Sie werden auch die Bewunderung der Welt erregen.*

Herzog Karl Eugen hat sich nicht daran gehalten. Er hat durch seine absolutistische Hofhaltung das Land fast vollständig ruiniert. Der schöne Vers aus dem Studentenlied, wonach der württembergische Graf Eberhard im Bart – „Württembergs geliebter Herr“ – seinen Kopf sorglos jedem seiner Untertanen in den Schoß legen konnte, traf auf Herzog Karl Eugen überhaupt nicht zu, ganz im Gegenteil.

Ich glaube, wir können von der Vorgabe der Sparsamkeit lernen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich einmal auf einer Ihrer Wanderungen durch unser Land verirren sollten, dann wünsche ich Ihnen, dass Sie wie Graf Eberhard sorglos ruhen können und nicht wie der Verschwender Karl Eugen ängstlich nach einer Lichtung Ausschau halten müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nach diesem Ausflug in die Vergangenheit zurück in die Gegenwart. Die Unwetterkatastrophen von vor sechs Wochen erfordern beim üblichen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition natürlich eine ganz andere Tonlage. Natürlich steht die FDP/DVP-Fraktion hinter den Unwetterhilfen für die Opfer der Überschwemmungen. Dabei sehen wir uns nicht als Könige oder Fürsten, die Almosen gnädig aus gesalbter Hand verteilen, sondern als verantwortlich Handelnde eines Gemeinwesens, das trotz Einengung durch Vorschriften und Verfahren in der Lage ist, schnell und unbürokratisch zu helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Ob die 15 Millionen € bedarfsgerecht sind, werden wir sehen. Darüber werden wir auch im Finanzausschuss sprechen müssen.

Im Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – werden im Zuge des Nachtrags insgesamt 6,5 Millionen € zusätzlich eingestellt. Das Geld soll in Form von Zuschüssen an unwettergeschädigte Betriebe ausgeschüttet werden. Vor dem Hintergrund, dass schon jetzt 2 500 Landwirte einen Antrag auf Entschädigung gestellt haben, steht die FDP/DVP-Fraktion selbstverständlich hinter dem betreffenden Titel.

Konjunktur- und internationale Krisen – ich erinnere nur an das russische Embargo für landwirtschaftliche Produkte – treffen die Landwirte besonders stark. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass diese Hilfen kommen. Deswegen ist es wirklich nicht akzeptabel, dass Landwirte in der Vergangenheit als „Subventionsjunkies“ bezeichnet wurden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sprechen vielleicht von der AfD!)

– Ich habe niemanden angeguckt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

– Zufälligerweise. Danke schön. Also gut.

Es geht weiter: 10 000 ha Land und Grünland sind überschwemmt worden. Hier steht das Land in der Verantwortung, im Rahmen des EU-Beihilferechts einzuspringen. Dass der Ministerpräsident zur absehbaren Entlastung des Haushalts jetzt wieder die Pflichtversicherung für Elementarschäden ins Spiel bringt, ist aus seiner Sicht konsequent, weil wir in der Tat feststellen müssen, dass sich solche Ereignisse in den letzten Jahren deutlich gehäuft haben.

Ich denke aber auch, dass ihm dies das Regieren mit Stil leichter macht, weil der eine oder andere hilflose Bürgermeister bzw. der eine oder andere geschädigte Eigentümer ihm dann nicht mehr mit der Bitte um Hilfe auf den Füßen steht. In diesem Fall kann er seine Tätigkeit als fürsorglicher Landesvater, der Trost und Anteilnahme schenkt, sehr viel besser wahrnehmen und darauf verweisen, dass die Kostenerstattung durch die Versicherung stattfindet.

Die 630 Stellen an Grundschulen, Hauptschulen, Gymnasien für die Integration begrüßen wir. Hiermit werden die Defizite ausgeglichen. Wir wollen hoffen, dass die beabsichtigte Wirkung tatsächlich eintritt. Ich habe da so meine Zweifel – nicht gegen die Stellenvermehrung, nein. Meine Zweifel beziehen sich auf die Qualität des Unterrichts. Selbst unsere Bildungsministerin hat gesagt, dass wir auf die Qualität hinweisen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen ein paar Beispiele aus meiner Augenarztpraxis nennen, wie sich die Situation darstellt. Unter den Bewerberinnen sind nicht nur Hauptschul-, sondern auch Realschulabsolventinnen. In meiner Praxis muss man gelegentlich mit Werten unter null rechnen. Bei einer Lesebrille muss man zu „– 1“ noch „2“ dazurechnen. Die Rechnung „– 1 + 2“ wird in aller Regel locker geschafft. Aber wenn es darum geht, die Rechnung „– 1,2 + 2,75“

(Dr. Gerhard Aden)

durchzuführen, sagen die Bewerberinnen: „Das geht nicht; das muss ich schriftlich machen“ und sind ganz aufgeregt. „Im Übrigen muss ich Ihnen sagen: Man kann das auch mit einem Taschenrechner machen.“ Das ist die Wahrheit.

Wenn ich frage: „Wissen Sie, liebe Bewerberin, wie weit es von Rottweil bis Hamburg ist?“, wird geantwortet: „Vielleicht 200 km.“ Ich sage: „Allein bis Stuttgart sind es 100 km.“ Daraufhin sagt die Bewerberin: „Dann sind es vielleicht 300.“

Aber eines, Herr Ministerpräsident, wird Sie freuen: Als ich vor etwa zwei Jahren gefragt habe: „Wer ist der Bundespräsident?“, kam spontan der Name Kretschmann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ui!)

Ich komme zu den Stellen im Schulbereich. Ich denke, es entspricht nicht der Lebenswirklichkeit, wenn man angestellte Lehrerinnen und Lehrer in den sechswöchigen Ferien nicht bezahlt.

Genauso finde ich, dass es nicht der Lebenswirklichkeit entspricht – das ist auch ein Verlust für Baden-Württemberg –, Referendare erst zu Beginn des neuen Schuljahrs einzustellen. Der eine oder andere wird durchaus in der Lage sein, in ein anderes Land zu gehen, um dann zwei Monate früher in Lohn und Brot zu kommen. Aber ich denke, dafür ist die Ausbildung der Lehrer zu teuer.

Zweitens: Dass Haupt- und Werkrealschullehrer sich fortbilden können und eine Qualifizierungsmaßnahme durchführen können, um von Besoldungsgruppe A 12 nach A 13 aufzusteigen, halten wir für eine Selbstverständlichkeit; das sollte auch durchgeführt werden. Aber wir legen Wert darauf, dass dieses Geld aus dem allgemeinen Qualifizierungstopf genommen wird, der derzeit 3,5 Millionen € beinhaltet.

Zum letzten Punkt: Auch die Schaffung von weiteren 111 Stellen im Bereich der Gymnasien, sehr geehrte Damen und Herren, halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Aber wir legen Wert darauf, dass diese Stellen tatsächlich vor Ort eingesetzt werden und nicht vom Ministerium bestimmt wird, für welche Zwecke diese zusätzlichen Lehrer eingesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu dem Punkt, zu dem die FDP/DVP die meisten Anmerkungen hat: 228 Stellen sind gefordert gewesen; am Ende wurden es 100. Eigentlich ist das ein ganz mieser Trick: Man fordert viel, reduziert die Forderung um die Hälfte und sagt dann: „Das ist auf Kante genäht.“ Nein. Wollen Sie nur die Hälfte des Koalitionsvertrags umsetzen, wenn Sie die geforderte Stellenzahl um die Hälfte reduzieren? Ich denke, Klarheit und Wahrheit gehören zu den Haushaltsberatungen. Das kann ich hinsichtlich dieser Haushaltstitel nicht erkennen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich komme zum Schluss: Quasi über Nacht ist das strukturelle Defizit des Haushalts von 1,8 Milliarden € auf 900 Millionen € gesunken. Steuereinnahmen und Zuweisungen vom Bund haben den Spardruck deutlich verringert. Die Konjunktur und die niedrigen Zinszahlungen machen das möglich.

Im privaten Bereich ist Sparen sicher eine Tugend. Gilt das auch im volkswirtschaftlichen Bereich? Geld an sich ist nur

ein Schmiermittel, das für den geordneten Ablauf einer Wirtschaft unerlässlich ist. Ein Dagobert Duck, der auf seinen Goldstücken sitzt und sie jeden Tag zählt, leistet sicher keinen Beitrag zur Volkswirtschaft. Aber es ist sicherlich auch eine Aufgabe der Opposition – besonders der FDP/DVP-Fraktion –, darauf hinzuweisen, dass das Verhältnis zwischen Geldausgeben und Sparen vernünftig sein muss.

Ich denke, die Aufgabe liegt darin, Herr Ministerpräsident, dass Sie dies erkennen, damit Sie auch in Zukunft bei Ihren Wanderungen, wenn Sie sich verirren sollten, Ihr Haupt sorglos in den Schoß Ihrer Untertanen legen können.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Sänze das Wort.

**Abg. Emil Sänze AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Tag des Gedenkens, weil der Steuerzahler seit heute für sich selbst arbeitet.

(Beifall bei der AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Das war gestern!)

Daran darf ich erinnern und begrüße recht herzlich die Steuerzahler hier im Hause.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hier unten sitzen übrigens auch welche!)

– Ich weiß; aber Sie habe ich bereits begrüßt.

Zunächst einmal begrüße ich, dass die Landesregierung sehr schnell – wenn auch zögerlich – die Menschen, die bei der Katastrophe in Braunsbach in Not gekommen sind, unterstützt hat. Auch die Bauern haben es verdient, dass man sie unterstützt. Das halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, das gesamte Haus hat diese Leute unterstützt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Uns liegt der Dritte Nachtrag vor. Ich nehme an, der Vierte und der Fünfte Nachtrag werden folgen, weil sich die konjunkturelle Lage noch enorm verschoben wird, sodass wir uns hier wahrscheinlich sehr bald zu Nachtragsberatungen wiedersehen werden.

Es stellt sich in der Tat die Frage, wie angesichts der Tatsache, dass wir mit unbekanntem Größen arbeiten, diese Einsparpotenziale erreicht werden sollen. Zum einen entwickeln sich die Zinsen gerade zu unseren Gunsten, zum anderen können wir – ein weiterer Vorteil – Rückstellungen auflösen und in den bestehenden Haushalt einbringen. Das wird nicht immer der Fall sein.

Allerdings muss ich mit Erstaunen feststellen, dass nach dem Aufbau von 190 Planstellen in der letzten Legislaturperiode nun wieder 98 Planstellen geschaffen werden. Dies wird mehr oder weniger mit „Digitalisierung“ begründet. In meinem Unternehmen habe ich gelernt, dass Digitalisieren eigentlich zur

(Emil Sänze)

Reduzierung der Zahl der Arbeitsplätze führt. Allerdings kann es auch so sein, dass die administrativen Bereiche stark betroffen sind. Deshalb halte ich es für grob fahrlässig, wenn wir jetzt zusätzliche Stellen schaffen, die wir nur schwerlich wieder loswerden – trotz der k.w.-Vermerke. Denn diese Personen werden schließlich vermutlich versetzt.

Jetzt leisten wir uns hier in Baden-Württemberg einen sehr anspruchsvollen Beamtenapparat. Mit A 13, A 14 werden Beamte, im Durchschnitt und im Ländervergleich betrachtet, auch gar nicht schlecht bezahlt, sodass wir uns die Frage stellen müssen, ob es angesichts einer Reduktion der administrativen Aufgaben aufgrund der Digitalisierung Sinn macht, Personal aufzubauen.

Ich kann mir nur schwerlich vorstellen, dass ein Oberregierungsrat dazu verdonnert wird, im Schlossgarten Streife zu laufen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir aus der bestehenden Mannschaft heraus eine höhere Flexibilität entwickeln und in der Lage sind, auf die zukünftigen Ereignisse zu reagieren, anstatt zusätzlich 98 Stellen aufzubauen.

Im Sinne des Steuerzahlers muss Flexibilisierung gefordert werden. Alle großen Unternehmen reagieren ebenfalls so. Das wird auch an uns nicht vorbeigehen. Hierbei helfen auch keine Haushaltsentlastungseffekte. Nach der geübten Praxis kündigt man angestellten Lehrern im Sommer und stellt diese im Herbst wieder ein. Ob das gefordert wäre, frage ich mich wirklich.

Sehr verehrte Damen und Herren, unser Land befindet sich sowohl in gesellschaftlicher als auch wirtschaftlicher Hinsicht in einer zunehmend angespannten Situation. Der „Brexit“ wurde hier bereits mehrfach erwähnt. Wir wissen, dass wir zu viele konsumtive Ausgaben haben, wobei eigentlich investive Ausgaben gefordert wären, um unser Land vorwärtszubringen.

Die Balkanroute ist dicht. Dies hat Einfluss auf die Kosten, die uns durch Migration entstehen, und das ist in der Tat zu begrüßen. Jedoch ist dies nicht unbedingt das Verdienst der Bundesregierung. Die Landesregierung schöpft nun mehr oder weniger die Einsparpotenziale dessen ab. Zwar ist hierfür das Politikversagen der Bundesregierung verantwortlich, aber ob die Vergrößerung des Kabinetts die geeignete Maßnahme darstellt, das definierte Sparziel zu erreichen – mit dem Jahr 2020 –, frage ich mich wirklich.

Diese Bilanz oder der Nachtragshaushalt ist für einen Nichtkammeralisten schwer zu lesen. Das ist in der Tat so. Ich hätte mir gewünscht, dass das Ganze etwas klarer gestaltet wird. Die k.w.-Vermerke habe ich hingenommen und mir auch erklären lassen. Ich frage mich aber, wo die Leute ihren Auffanghafen finden können.

Jetzt stehen wir vor der großen Herausforderung, diesen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Dem kann man sich nur teilweise widersetzen. Zu dem zuerst genannten Teil, den Hilfen für Braunsbach und den Hilfen für Landwirte, sage ich: Okay. In Bezug auf die Mehrung der Personalstellen muss ich Gänsefüßchen machen und sagen: „Diese sind aus meiner Sicht nicht begründet, weil sie sich nachhaltig auf unseren Haushalt auswirken.“ Wenn Sie das Gesamteinkommen dieser Menschen in die Zukunft projizieren, stellen Sie fest, dass wir uns

gerade mehrere Millionen Euro Belastung ins Haus holen – die Pensionsrückstellungen dabei nicht mitgerechnet.

Ich denke, wir sollten dringend daran arbeiten, die Zukunft mit in den Fokus zu nehmen und die Digitalisierung mit einzubeziehen. Das wünsche ich mir von der Landesregierung zum einen. Zum anderen wünsche ich mir eine Klarstellung, wie wir mit der Digitalisierung umgehen wollen. Denn auch durch die Digitalisierung wird eine Reduzierung der administrativen Aufwendungen Raum greifen. Zwar ist es zunächst zu begrüßen, dass wir einen Ansatz finden. Aber Klarheit konnte ich dabei nicht feststellen.

Kommen wir auf die 98 Personen und Planstellen zurück. Die Begründung für die Schaffung dieser Planstellen ist in der Tat etwas abenteuerlich, weil die Stellen aus meiner Sicht und aus Sicht der AfD nicht notwendig sind. Die Landesregierung behauptet zwar, die Digitalisierung zwingt sie zur Schaffung dieser Stellen. Die Erfahrung zeigt aber: Die Digitalisierung führt im Allgemeinen zu Kostensenkungen und Personaleinsparungen. Genau das ist ja das vorrangige Ziel der Digitalisierung. Ich frage mich: Wie kann es gerade in diesem Bereich zu Mehrkosten und nachhaltigem Personalaufbau kommen? Ein sinnvolles Vorgehen wäre, wie bereits erwähnt, das Befähigen der bestehenden Mannschaft.

Im nächsten Jahr haben wir ein neuralgisches Datum vor uns, nämlich die Wahl des Bundestags. Deshalb stelle ich mir immer wieder die Frage: Wie nachhaltig ist denn die wirtschaftliche Kompetenz der Kollegen von der CDU?

(Abg. Tobias Wald CDU: Wenn man über 2016 und 2017 redet und das verwechselt, kann nicht so viel Kompetenz bei Ihnen sein!)

– Nein, das, was ich gesagt habe, stimmt schon. Sie wissen: Eine Bilanz wirkt sich immer auf die Folgejahre aus. Das Sparziel ist auch gesetzt: Es ist mit 400 bis 800 Millionen € definiert. 400 Millionen € sollen aber bei den Beamten eingespart werden.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wir reden heute über 2016, nicht über 2017, Herr Kollege! Nachtrag 2016, nur zur Info!)

– Ja, ich weiß. Aber Sie haben mich ja gefragt.

Einverstanden mit den Hilfen für Braunsbach, einverstanden mit den Hilfen für die Landwirte. Nicht einverstanden – das ist ganz klar – sind wir mit dem Aufbau des Personals. Denn dieser ist weder nachhaltig noch zu erklären, noch macht er angesichts der Begründung „Digitalisierung“ Sinn. Es wäre besser, wenn wir das Volk mehr einbeziehen würden und die Steuerhoheit wieder an das Volk zurückgeben würden – so, wie es in der Schweiz der Fall ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich Herrn Kollegen Dr. Poddeswa das Wort.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete! Heute ist ein schöner Tag. Es ist ein schöner Tag für die Bürger und Betriebe in diesem Land. Denn heute ist der erste Tag des Jahres, an dem sie das Geld, das sie verdienen, auch ins eigene Portemonnaie stecken können und es ihnen nicht vom Staat abgenommen wird.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

52,9 % ist die Staatsquote, die der Bund der Steuerzahler ausgerechnet hat. Aber der Staat lässt uns ja großzügig 47,1 % für die eigene Tasche.

(Minister Winfried Hermann: Wer ist denn der Staat? Das sind auch Sie!)

Heute sind wir hier, um über den eingebrachten Nachtragshaushalt zu diskutieren. Wir sprechen heute nicht über den Ersten, auch nicht über den Zweiten Nachtragshaushalt. Heute sprechen wir über den Dritten Nachtragshaushalt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP hält den Daumen hoch.)

Wenn man weise, vorausschauende Politik an der Zahl der Nachtragshaushalte messen würde, käme man sicherlich – fairerweise gesagt: für die alte, grün-rote Regierung – nicht zu einem sehr schmeichelhaften Ergebnis.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Die AfD fordert, dass sich die Politik ganz selbstverständlich an der Zukunft orientiert und realistische Landeshaushalte aufstellt, die nicht wiederholt korrigiert werden müssen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kann man Unwetter voraussehen? Das ist Unfug! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– Ja, ja, aber die Umweltkatastrophe! Was für eine Katastrophe? 47-tausend Millionen € umfasst das Volumen des Staatshaushalts. Wir haben gerade gelernt, dass 42 Millionen € – alle Maßnahmen kombiniert, einschließlich der Maßnahmen für die Instandsetzung der Landesstraßen – der Umweltkatastrophe geschuldet sind. Wir sehen ganz selbstverständlich – wie jeder hier im Haus – die Notwendigkeit, den betroffenen Bürgern sowie den betroffenen Betrieben und Landwirten zu helfen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Aber können Sie einmal angeben, wie viel die 42 Millionen € vom Volumen des Staatshaushalts ausmachen? Das sind null Komma soundso viel Promille, in Prozent sind es dann null Komma null null. Ist es wirklich notwendig, dafür einen Nachtrag zu machen? Oder hätte man erwarten können, dass ein Staatshaushalt mit einem Volumen von 47 Milliarden € hier genug Flexibilität aufweist, um möglicherweise wirklich einmal irgendwo umzuschichten und zu sparen?

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Natürlich ist die AfD für die Unterstützung der durch die Umweltkatastrophe betroffenen Bürger und Betriebe.

(Unruhe)

Natürlich sind wir für den Bahnhalt in Merklingen. Natürlich sind wir für die Verbesserungen im Bereich von Grundschulen, Realschulen und Gymnasien.

(Zuruf von den Grünen: Und warum dann das Theater?)

Aber darüber unterhalten wir uns hier ja überhaupt nicht. Hier geht es eben nicht um die Unwetterhilfe. Im Windschatten der sogenannten Unwetterhilfe sollen vielmehr die zusätzlichen globalen Mehrausgaben in Millionenhöhe für Personal und für 98 zusätzliche Ministerialbeamte abgenickt werden. Dabei sind hier selbstverständlich nur sieben Zwölftel dieser Personalkosten eingepreist, und selbstverständlich müssen wir hier die Folgekosten – wie schon mehrere Vorredner ausgeführt haben – berücksichtigen, die um ein Vielfaches höher sind als die im Nachtragshaushalt in der Summe angegebenen 9 Millionen €.

Die Landesregierung und die Minister reden immer nur von „Gürtel enger schnallen“. Den Gürtel enger schnallen, das schon, aber gemeint ist grundsätzlich, den Gürtel der Bürger enger zu schnallen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Sind Ihnen rund 2,4 Milliarden € strukturelles Haushaltsdefizit noch nicht genug? Ist es bei um 40 % gestiegenen Steuereinnahmen in der letzten Legislaturperiode nicht möglich gewesen, die Last zukünftiger Generationen zu reduzieren und einen Konsolidierungspfad einzuschlagen? Nein, die Schulden wurden sogar noch erhöht. Aber reden wir an dieser Stelle nicht über Milliarden – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? Die Schulden sind doch nicht erhöht worden! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Wir können in Baden-Württemberg froh sein, dass wir in der Summe nur 47 Milliarden € Schulden haben; das ist sehr richtig. Mein Sohn wird sich getröstet fühlen.

Aber reden wir einmal nicht über Milliarden, reden wir auch nicht über Millionen. Reden wir einfach über 44 000 € – also prozentual schon gar nichts mehr, wahrscheinlich null Komma null null null irgendwas Prozent. Sie, Herr Ministerpräsident, genehmigen sich 44 000 € mehr Mittel für Verwaltungsaufgaben – dies natürlich zusätzlich zu den ohnehin schon üppigen 250 000 €, die im Haushalt standen. Das sind in der Summe 294 000 €. Wissen Sie eigentlich, was der Deutsche als sogenannter Urlaubs- und Reiseweltmeister pro Kopf und Jahr für Urlaub ausgibt? 1 000 €. Diese 1 000 € muss er vorher einplanen und kann sich anschließend auch nicht einfach zusätzliches Geld genehmigen. Die Bürger planen nämlich frühzeitig mit ihren Ausgaben.

Wir dürfen also sehr gespannt sein, ob es noch einen Vierten Nachtragshaushalt geben wird, ob noch mehr vom wertvollen Steuergeld für eine Politik der Kurzsichtigkeit ausgegeben

(Dr. Rainer Podeswa)

wird, ob wir uns noch weiter von der Einhaltung der Schuldenbremse entfernen. Im Jahr 2020 müssen alle Bundesländer die Schuldenbremse einhalten. Aber der Traum davon, die Schuldenbremse einzuhalten, rückt in weite Ferne.

Das liegt natürlich auch an Ihrer Politik, Herr Kretschmann. Sie bauen 98 zusätzliche Stellen in den Ministerien auf. Gleichzeitig wird, wenn das Geld dann nicht reichen sollte, schon daran gedacht, eventuell die Steuern zu erhöhen, und die einzige Steuer, deren Erträge dem Land direkt zufließen, ist die Grunderwerbsteuer. An sie wird man – wie bereits zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode – wieder herangehen. Wollen wir nicht hoffen, dass es so weit kommt. Wollen wir vielmehr hoffen, dass sich für junge Familien der Erwerb eines Eigenheims nicht wieder verteuert, sondern dass wir durch eine Änderung der Politik hier zu einem Konsolidierungskurs kommen. Hier setze ich nun wirklich meine Hoffnung auf Ihren Einfluss, auch auf Ihren Einfluss, Herr Abg. Wald.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Bei einem strukturellen Defizit in Milliardenhöhe sollten wir wirklich nicht auch noch 98 Stellen zusätzlich schaffen, nur um Ministerien aufzublähen. Das müsste auch durch Umschichtungen und durch Qualifizierungsmaßnahmen möglich sein.

Baden-Württemberg ist das Land der Häuslebauer, ist das Land der Selbstständigen. Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, machen daraus das Land der Ministerialbürokratie. Sie bringen Parteiklientel in Lohn und Brot und nehmen das Risiko auf sich, dass sich in den nächsten Jahren der Grunderwerb für junge Familien möglicherweise verteuert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/240 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 16/275**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter.

Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich das Wort dem Kollegen Sckerl erteilen.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagsfraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP legen heute einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Untersuchungsausschussgesetzes vor. Für meine Fraktion begrüße ich es sehr, dass wir in inzwischen fast schon bewährter Weise ein interfraktionelles Einvernehmen zwischen den vier Fraktionen zur Stärkung der Rechte des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten erzielen konnten. Denn diese Ziele – das ist uns wichtig – stehen eindeutig im Mittelpunkt dieser Reform.

Untersuchungsausschüsse, meine Damen und Herren, haben in der parlamentarischen Demokratie eine wichtige Funktion zu erfüllen. Der Landtag erhält, wenn er das machen will, mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Möglichkeit, parlamentarische Kontrolle über eine Regierung auszuüben. Insbesondere hat traditionsgemäß in Untersuchungsausschüssen auch die Minderheit, die im Landtag bei Gesetzesinitiativen oder anderen Initiativen in der Regel keine Mehrheit erzielen kann, die Möglichkeit, in gleicher Weise mitzuwirken.

Zu Recht gilt deshalb ein Untersuchungsausschuss als ein scharfes Schwert des Parlaments bzw. auch der Opposition.

Unser derzeitiges Untersuchungsausschussgesetz stammt aus dem Jahr 1976. Es ist einfach etwas in die Jahre gekommen und etwas angestaubt. Es spiegelt technische Entwicklungen nicht mehr wider und wird einem modernen Verständnis von transparenter Kontrolle einer Regierung durch das Parlament längst nicht mehr gerecht.

Hierunter fallen insbesondere Anforderungen an die Transparenz und Normenklarheit für alle an einem Untersuchungsgeschehen Beteiligten und Betroffenen.

Alle drei Untersuchungsausschüsse der letzten Wahlperiode haben auch deutlichen Änderungsbedarf reklamiert, weil die Defizite in ihrer Arbeit deutlich geworden waren. Der vorliegende Gesetzentwurf setzt die wichtigsten Empfehlungen dieser drei Untersuchungsausschüsse nun um. Ich will sie kurz aus unserer Sicht skizzieren.

Wir konkretisieren und erweitern die Reichweite des Anspruchs auf Vorlage von sächlichen Beweismitteln an einen Untersuchungsausschuss. Das ist wichtig und aufgrund des technischen Fortschritts auch angebracht. Es geht nicht mehr allein um die klassische physische Akte. Vielmehr muss der Aktenbegriff in Zukunft selbstverständlich modernen Anforderungen genügen. Auch E-Mails und elektronische Daten jeglicher Art fallen künftig ausdrücklich unter den Aktenbegriff des Untersuchungsausschussrechts und sind damit Teil der möglichen Beweismittel eines Untersuchungsausschusses.

Die Novelle stellt auch klar – auch das ist notwendig; das wissen die zum Teil leidvoll geprüften Kollegen aus dem letzten NSU-Untersuchungsausschuss, die Aktenberge zu bewältigen hatten, sehr gut –, dass die elektronische Form der Aktenvorlage unter Umständen geboten, weil effizient sein kann.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Wir stellen auch das Recht auf Persönlichkeitsschutz klar. Wir hatten ja in einem der Untersuchungsausschüsse der letzten Wahlperiode durchaus Diskussionen über die Abgrenzung zwischen dem Recht einer Person auf Schutz ihrer persönlichen Daten und dem Auskunftsanspruch eines parlamentarischen Ausschusses. Das Stichwort „Gönner-Mails“ ist einige Wochen durch die Landespresse gewabert. Hierüber wurde dann durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs entschieden. Das im Entwurf vorliegende Gesetz folgt jetzt sozusagen dieser Rechtsprechung und nimmt eine Abgrenzung vor.

Wir flexibilisieren die Mitgliederzahl von Untersuchungsausschüssen und passen sie damit den künftigen Herausforderungen besser an, als es bisher der Fall war.

Wir reformieren den Betroffenenstatus. Es war auch notwendig, hier Abgrenzungen und Rechtsklarheit zu schaffen.

Wir stärken das Recht der Obleute in einem Untersuchungsausschuss, Beweisaufnahmen nach deren Abschluss jeweils zu bewerten, ohne eine Gesamtbewertung der Ausschusstätigkeit vorzunehmen. Da gab es ja immer eine gewisse rechtliche Grauzone. Hier erfolgt jetzt eine Klarstellung.

Es wird das Recht auf Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten eingeführt. Das hat sich im NSU-Untersuchungsausschuss als hilfreich und zweckdienlich erwiesen.

Ich lege besonderen Wert auf die Feststellung, dass Grüne und CDU in dieser interfraktionellen Übereinkunft auch als Regierungsfractionen eine sehr parlaments- und auch oppositionsfreundliche Reform mittragen, ja sogar initiiert haben, meine Damen und Herren. Wir regeln in tatsächlich großzügiger Weise Minderheitenrechte. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Das kommt nicht allzu oft vor.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Aber wir machen es, weil für uns die Stärkung der Rechte des Abgeordneten unbestritten im Mittelpunkt steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und fraktionslosen Abgeordneten)

Stichworte: Die Regelung über die immer umstrittene Zeugenreihenfolge, die Begründungspflicht für die Regierung, wenn sie etwas nicht vorlegen will, oder aber auch die Möglichkeit der Minderheit, die Rechtmäßigkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vom Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen, sind solche Instrumente, die wir jetzt neu einführen.

Mit der Novelle des Untersuchungsausschussgesetzes machen wir auch den Weg frei für die Einsetzung des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses noch vor der Sommerpause. Das hatten wir vier Fraktionen den Wählerinnen und Wählern gemeinsam vor der Landtagswahl zugesagt, und das wollen wir in der kommenden Woche auch punktgenau mit dem Einsetzungsbeschluss zum neuen Untersuchungsausschuss einlösen.

Namens meiner Fraktion darf ich mich zum Abschluss bei den Fraktionen von CDU, SPD und FDP/DVP für die gute Zusam-

menarbeit bedanken, namentlich bei der Kollegin Razavi, den Kollegen Dr. Kern und Gall, aber auch dem Kollegen Binder sowie den parlamentarischen Beraterinnen und Beratern.

Meine Fraktion wird der Novelle des Untersuchungsausschussgesetzes zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort der Kollegin Razavi.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es im Plenum um das Thema Untersuchungsausschuss geht, sind sich Regierung und Opposition in der Regel alles andere als einig. Immerhin gilt ja normalerweise, dass ein Untersuchungsausschuss das schärfste Schwert der Opposition gegenüber der Regierung ist. Umso erfreulicher ist es, dass wir heute einvernehmlich die Reform des Untersuchungsausschussgesetzes auf den Weg bringen. In der vergangenen Legislaturperiode hatten wir insgesamt drei Untersuchungsausschüsse: „EnBW-Deal“, „Schlossgarten II“ und „NSU“. Jeder einzelne dieser drei Untersuchungsausschüsse hat einen Bedarf zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes festgestellt und in seinem Abschlussbericht festgehalten.

Das heißt natürlich nicht, dass das Untersuchungsausschussgesetz in seiner noch geltenden Form rechtswidrig wäre. Es hat sich aber in den drei Untersuchungsausschüssen gezeigt, dass es nicht mehr zeitgemäß ist. Deshalb haben die Fraktionen – jedenfalls die, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag vertreten waren – beschlossen, dem Untersuchungsausschussgesetz zu seinem Geburtstag – es wird nämlich in diesem Jahr 40 Jahre alt – eine Verjüngungskur zu verordnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Super!)

– Herr Drexler, ist Ihnen das entgangen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich nicht!)

– Das gefällt Ihnen. Es gefällt ihm. Schön.

Ich will jetzt nicht jeden einzelnen Aspekt dieser Verjüngungskur aufzählen, sondern mich auf einige wichtige Punkte konzentrieren. Der Kollege Sckerl ist ja schon recht umfanglich auf den Inhalt des Gesetzentwurfs eingegangen.

Zum einen: Wir stärken die Rechte des Ausschusses und sorgen dafür, dass ein Ausschuss seinem Auftrag besser gerecht werden kann. So kann der Ausschuss jetzt an Stellen, wo es aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen besonders schwierig wird, einen Ermittlungsbeauftragten einsetzen. Er muss sich also nicht mehr mit der „Krücke“ eines Sachverständigen behelfen, wie es noch im NSU-Ausschuss gemacht werden musste.

Zum Zweiten: Die Pflicht zur Aktenvorlage wird jetzt ausdrücklich auf elektronische Akten ausgedehnt. Das ist folgerichtig, weil die Lebenswirklichkeit seit Jahren so aussieht,

(Nicole Razavi)

dass auch in Verwaltung und Regierung zunehmend elektronisch kommuniziert und gespeichert wird.

Zum Dritten: Gleichzeitig ziehen wir da eine gesetzliche Grenze ein, wo es um Daten mit streng persönlichem Charakter geht. Solche Daten darf ein Untersuchungsausschuss nicht erhalten. Das stellen wir mit unserer gesetzlichen Regelung sicher.

Und noch ein wichtiger Punkt: Wir stärken die Rechte der Minderheit im Ausschuss. Mit der Neuregelung in § 1 Absatz 4 schaffen wir die Möglichkeit, dass eine einsetzungsqualifizierte Minderheit, also 25 % oder zwei Fraktionen, einen von der Mehrheit eingesetzten Untersuchungsausschuss vor dem Verfassungsgerichtshof auf seine Verfassungsgemäßheit überprüfen lässt. Dies ist eine Lehre aus dem Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“, bei dem dem Parlament eine solche Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung durchaus gut zu Gesicht gestanden hätte.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Kurz gesagt: Wir stärken die Rechte des Parlaments im Untersuchungsausschuss. Wir machen das Verfahren moderner, rechtssicherer und transparenter. Wir machen den Untersuchungsausschuss zukunftsfähig.

Meine Damen und Herren, auch ich darf mich dem Dank des Kollegen Sckerl anschließen. Ich danke allen, die so einvernehmlich und konstruktiv daran gearbeitet und mitgewirkt haben. Vielen Dank.

Die CDU-Fraktion wird dieser Novelle natürlich zustimmen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen, Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Binder.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss, liebe Frau Kollegin Razavi, ist nicht nur das schärfste Schwert der Opposition, sondern vor allem das schärfste Schwert des gesamten Parlaments.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Denn die Kontrolle der Regierung obliegt nicht nur der Opposition, sondern dem gesamten Parlament.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

So sieht es die Gewaltenteilung vor. Wir haben auch in Untersuchungsausschüssen der letzten Legislaturperiode genau das sehen können – beim EnBW-Untersuchungsausschuss zum Teil, aber beim NSU-Untersuchungsausschuss in voller Gänze. Das gesamte Parlament hat da gemeinsam an einem Strang gezogen. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Empfehlungen, die Vorschläge der drei in der letzten Legislaturperiode eingesetzten Untersuchungsausschüsse jetzt eine Umsetzung finden.

Die Kollegin Razavi hat es zu Recht angesprochen. Das Gesetz aus dem Jahr 1976 ist jetzt im besten Schwabentaler an-

gekommen. Mit 40 wird man bekanntlich gescheit, wie es im Schwäbischen heißt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da hast du aber noch ein bisschen!)

– Deshalb habe ich noch ein bisschen Zeit. Ich bin aber auf dem besten Weg dorthin. Dennoch bin ich froh, dass ich die 40 noch nicht erreicht habe.

Deshalb werden wir dieses Gesetz aus dem Jahr 1976 deutlich verbessern müssen. Denn in allen drei Untersuchungsausschüssen sind wir immer wieder zu rechtlichen Fragen gekommen, die nicht nur schwer zu lösen waren, sondern deren Klärung auch zur Unterbrechung der Arbeit der Untersuchungsausschüsse geführt hat.

Vorgesehen ist die Möglichkeit der Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten, um bei Untersuchungsausschüssen, wie dies beim NSU-Untersuchungsausschuss der Fall war, wesentliche Aktenteile aus einer großen Anzahl von Akten für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses herausfiltern zu können, damit nicht der Regierung die Entscheidung darüber überlassen wird, was für den Untersuchungsausschuss wichtig oder nicht wichtig ist. Vielmehr kann der Untersuchungsausschuss so in eigener Zuständigkeit die wesentlichen Aktenteile heraussuchen.

Auch der Aktenbegriff soll verändert werden. Die Kollegen haben das angesprochen. Wir haben in dem einen oder anderen Untersuchungsausschuss festgestellt, dass der Einblick in E-Mails und SMS richtig spannend sein kann. Dies hat dann auch Auswirkungen auf den Abschlussbericht.

Nun zur Bewertung durch die Obleute in Untersuchungsausschüssen. Ich würde jetzt nicht sagen, dass wir Obleute uns in der vergangenen Legislaturperiode rechtswidrig verhalten hätten. Wir bewegen uns künftig aber auf einer festen rechtlichen Grundlage, um noch besser bewerten zu dürfen. Insofern werden wir nun das Gesetz an die Realität angleichen, was dringend notwendig ist.

Die Klarstellung der Rechte und Pflichten von Betroffenen umfasst einen Teil der Regelungen, die aufgrund der Betroffenenregelung im EnBW-Untersuchungsausschuss notwendig waren. Allerdings bin ich der Auffassung, dass dieser Betroffenenstatus selten zur Anwendung kommen wird, weil es eher selten vorkommt, dass sich jemand als ein von einem Untersuchungsausschuss Betroffener sieht. Wer will sich schon vor Abschluss eines Untersuchungsauftrags als Betroffener anerkennen lassen?

Ich erkenne an, das Sie – so, wie Sie es dargestellt haben – großzügig gegenüber den Oppositionsfraktionen gehandelt haben. Neben den Minderheitenrechten, die uns als Opposition aufgrund der Verfassung und der gesetzlichen Regelungen zugestanden werden, werden nun auch die Minderheitenrechte bei Verfahrensangelegenheiten in Bezug auf die Zeugenvernehmung gestärkt. Das ist aber nicht besonders innovativ, weil wir die Regelungen des Deutschen Bundestags übernehmen. Das ist also ein guter Brauch. Trotzdem bedanke ich mich bei diesem Punkt für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfs. Das gilt auch für alle anderen Punkte.



(Sascha Binder)

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ändern sich die Zeiten!)

Insofern glaube ich, dass wir eine gute Grundlage geschaffen haben, damit das gesamte Parlament die Regierung in Zukunft noch besser und noch genauer kontrollieren kann, damit wir zügiger zu Ergebnissen kommen, weil die Verfahrensfragen geklärt sind. Zudem haben wir nun auch gerichtliche Entscheidungen umgesetzt.

Daher steht der Einsetzung eines zweiten NSU-Untersuchungsausschusses nichts mehr im Wege. Der Untersuchungsausschuss kann am nächsten Mittwoch mit dem Einsetzungsantrag, der nach der zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfs auf der Tagesordnung steht, seine Arbeit aufnehmen. Insofern ist das Parlament voll handlungsfähig.

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heute in erster Lesung zu beratende Gesetzentwurf zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes zeigt, dass die interfraktionelle Zusammenarbeit von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP zu guten Ergebnissen führen kann. Anlass waren die zahlreichen Reformvorschläge in den Abschlussberichten der Untersuchungsausschüsse der letzten Legislaturperiode. Auch nach meiner persönlichen Erfahrung im Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ erschien mir eine Reform dringend geboten.

Die zu beschließenden Änderungen lassen sich grob in vier Kategorien einteilen:

Zum einen haben wir Vorschriften an die technische Entwicklung der letzten Jahre angepasst. So wird beispielsweise der Aktenbegriff auf die modernen Kommunikationsmittel erweitert. Zum anderen schreiben wir die an sich schon bestehende Rechtslage noch einmal explizit ins Gesetz. Mit Blick auf die Geltung der Geheimschutzvorschriften ist dies durchaus sachdienlich. Denn dann – so hoffen wir – wird das Parlament selbstbewusster auf Vorschläge der Regierung reagieren, mit denen über das Erforderliche hinaus Sondervorschriften zur Geheimhaltung vereinbart werden sollen.

Für Klarheit sorgen wir auch für das Verfahren während einer verfassungsrechtlichen Überprüfung von Untersuchungsaufträgen oder mit Blick auf die Stellung von Betroffenen. Indem wir Letzteren mit Blick auf die Feststellungen des Untersuchungsausschusses explizit das Recht zur Gegendarstellung einräumen, verhindern wir, dass sie zum nahezu wehrlosen Spielball politischer Interessen werden. Gleichzeitig muss sich der Untersuchungsausschuss die Darstellung der Betroffenen nicht zu eigen machen.

Mit der Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes werden auch Vorschriften, die sich bisher nicht immer bewährt haben, reformiert. So wird beispielsweise die strikte Beschränkung der Größe von Untersuchungsausschüssen gelockert.

Schließlich holen wir hier im Land an zwei Punkten nach, was es im Bundestag schon lange gibt und was sich dort bewährt hat. Dazu erweitern wir die Handlungsoptionen im Untersuchungsausschuss durch die Möglichkeit, einen Ermittlungsbeauftragten einzusetzen. Dieser führt im vom Ausschuss vorgegebenen Umfang eigene Untersuchungen durch und erstattet darüber Bericht. Die erfolgreiche Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags wäre ohne einen solchen Ermittlungsbeauftragten nicht denkbar gewesen.

Zudem sorgen wir dafür, dass die jeweilige Ausschussminderheit an der Festlegung der Reihenfolge der zu vernehmenden Zeugen beteiligt wird. Da jetzt auch von der Ausschussminderheit gewünschte Zeugen gehört werden müssen, können sich die Abgeordneten im Untersuchungsausschuss ein umfassenderes Bild vom jeweiligen Untersuchungsgegenstand machen. Dies wird den Wert der Untersuchungen erhöhen und dadurch auch den Bürgern zugutekommen, die an einer ernsthaften Aufklärung von Sachverhalten interessiert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben sich Grüne, CDU, SPD und FDP/DVP in vorbildlicher Weise auf eine Modernisierung der rechtlichen Grundlage der Arbeit von Untersuchungsausschüssen verständigt. Ich bedanke mich für die wirklich gute Zusammenarbeit und für die gute Unterstützung durch die Landtagsverwaltung und die parlamentarischen Berater.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Ich hoffe, dieser Gesetzentwurf zu Beginn der neuen Legislaturperiode setzt auch bei den Möglichkeiten des interfraktionellen Zusammenarbeitens ein Zeichen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Dr. Baum das Wort.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ein Untersuchungsausschuss ist eines der wertvollsten Kontrollinstrumente des Parlaments. Er eignet sich daher nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen. Darüber sind sich alle Parteien einig, wie ich gerade gehört habe.

Genau wie die Geschäftsordnung soll das Untersuchungsausschussgesetz die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichern und in diesem Rahmen auch die Rechte der Minderheiten schützen. Dies ist zum Glück Konsens in unserem Land und drückt sich auch durch die besondere Anwendung von Minderheitenrechten in der aktuellen Wahlperiode des Deutschen Bundestags aus.

Dennoch darf die Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes nicht einfach durchgewinkt werden. Nicht zuletzt, wie wir schon alle mehrfach gehört haben, wird ein Untersuchungsausschuss als das scharfe Schwert des Parlaments, insbesondere der Opposition, bezeichnet. Deshalb bedarf auch

(Dr. Christina Baum)

der vorliegende Gesetzentwurf einer entsprechenden Würdigung.

Ich möchte einige Punkte nennen, die uns besonders wichtig erschienen:

Wir unterstützen ausdrücklich das Ansinnen der vier Fraktionen, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, nach Modernisierung des Untersuchungsausschussgesetzes. Die aufgezeigten Problemfelder erfordern eine Novellierung der entsprechenden Vorschriften.

Als Angehörige der Opposition begrüßen wir insbesondere die Stärkung der Minderheitenrechte. Auch wenn Minderheiten nach dem vorliegenden Entwurf ihre Sperrminorität nutzen oder sogar missbrauchen könnten, hoffen wir doch, dass Themen, die zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geführt haben, uns allen wichtig genug erscheinen, dass wir auch künftig zu einvernehmlichen Entscheidungen kommen.

Wir erkennen auch an, dass das Verschleppen einer Untersuchung nicht das Anrecht einer Minderheit sein kann. Mit anderen Worten: Wir begrüßen prinzipiell die dahin gehende Änderung, dass eingesetzte Untersuchungen auch dann weitergeführt werden, wenn der Verfassungsgerichtshof angerufen wird.

Dennoch regen wir eine Lösung an, welche verhindert, dass verfassungswidrige Einsetzungsanträge nur aufgrund von Effektivitätssteigerungen hingenommen werden sollen. Dieser Punkt bedarf deshalb einer weiteren kritischen Auseinandersetzung im Ausschuss.

Die Möglichkeit, Vorlagen künftig auch in elektronischer Form einreichen zu können, verstehen wir als einen Beitrag zur Entbürokratisierung und Effektivitätssteigerung bei der Arbeit im Untersuchungsausschuss. Die Datensicherheit darf hier aber nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, sondern muss sehr kritisch gesehen werden. Diese Möglichkeiten dürfen deshalb nur dann in Anspruch genommen werden, wenn ein absolut zuverlässiger Datenschutz gewährleistet werden kann. Hier kann und darf es keine Abstriche geben.

(Beifall bei der AfD)

In diesem Sinn befürworten wir auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Einfügung eines § 13 a, wonach Unterlagen mit persönlichem Charakter dem Untersuchungsausschuss nur insoweit zur Verfügung gestellt werden müssen, als sie für den Untersuchungsgegenstand relevant sind.

Sinnvoll ist auch die Möglichkeit, einen Ermittlungsbeauftragten einzusetzen. Dieses Institut darf uns Abgeordnete jedoch nicht unserer Verantwortung entbinden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist auch nicht so!)

Als behilfliches Institut kann ein solcher Ermittlungsbeauftragter aber die Arbeit entsprechend erleichtern.

Der zunächst angestrebte Ermittlungszeitraum von höchstens sechs Monaten entspricht dem Interesse der Öffentlichkeit. Die Flexibilität durch die vorgesehene Erweiterungsmöglichkeit ist zu begrüßen. Ausgehend von einem verantwortungsvollen Umgang mit den genannten Möglichkeiten kann der

Ermittlungsbeauftragte als zeitgemäßes Institut im Rahmen eines Untersuchungsausschusses betrachtet werden.

Wir denken, dass die geplante Änderung von § 9 Absatz 5 des Untersuchungsausschussgesetzes durchaus im Interesse der Öffentlichkeit liegt und zur Transparenz beitragen kann. Wir versprechen uns von der Liberalisierung dieses Paragraphen, dass die Abgeordneten zur Information der Öffentlichkeit ermutigt werden. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass diese Möglichkeit nicht zur Austragung von anderen politischen Streitigkeiten missbraucht wird.

Die AfD-Fraktion steht dem Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes daher grundsätzlich positiv gegenüber.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Erinnern Sie sich noch an die vergangene Plenarsitzung? Herr Wolf war so großzügig, uns einen kurzen Rhetorikkurs zu geben.

(Minister Guido Wolf: Genützt hat es nichts!)

Wir erfuhren von einem anderen Abgeordneten – Frau Lindlohr ist gerade leider nicht hier –, wie wichtig doch eine korrekte Sprache ist, da die Sprache unser Denken und unsere Gesellschaft prägt. Umso verwunderlicher finde ich deshalb Artikel 1 Nummer 3 in dem vorliegenden Gesetzentwurf.

Den Rest dieses Entwurfs zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes finden wir gut. Das Instrument des Untersuchungsausschusses ist, wie meine Vorredner einhellig bekundet haben, eines der wichtigsten Instrumente unseres Parlaments. Wir hatten heute Morgen eine Debatte über den Parlamentarismus. Da gehört das auch hin.

Schauen wir uns die Nummer 3 einmal genauer an. § 9 Absatz 5 des Untersuchungsausschussgesetzes in der gültigen Fassung lautet:

*Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.*

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, dies in der Weise zu öffnen, dass man lediglich keine „abschließende“ öffentliche Beweiswürdigung tätigen darf.

Wenn wir nun davon ausgehen, dass die Sprache unser Denken steuert, bewirkt das Folgendes: Sobald ich eine Art Wertung abgebe – ganz egal, ob es ein Zwischenbericht oder eine abschließende Betrachtung ist –, verfestigt sich diese Meinung in meinem Denken. Dadurch entsteht eine selektive, eine gesteuerte, eine einseitige Wahrnehmung. Eine einseitige Wahrnehmung ist genau das, was wir bei einem Untersuchungsausschuss verhindern müssen.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Auch wenn ein Untersuchungsausschuss sehr lange dauert – wie es u. a. beim NSU-Untersuchungsausschuss der Fall war bzw. ist –, dürfen wir keinen Raum für Spekulationen oder Schwatzhaftigkeit oder Ähnliches zulassen. Denn dies beeinflusst nicht nur den Untersuchungsausschuss, sondern auch die Bevölkerung und die Medien.

Die Neutralität des Untersuchungsausschusses wird durch eine solche Gesetzesänderung nur unnötig gefährdet. Wenn wir die Nummer 3 – also dieses eine kleine Wörtchen – aus dem Gesetzentwurf streichen, nehmen wir dadurch den öffentlichen Druck aus dem Untersuchungsausschuss. Wenn die in Nummer 3 vorgesehene Änderung jedoch umgesetzt wird, dann wäre das beinahe so, als würde man im Strafrecht den Grundsatz „In dubio pro reo“ – im Zweifel für den Angeklagten – nicht mehr gelten lassen. Darum fordern wir, die Nummer 3 zu streichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Wird vonseiten der Regierung das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/275 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist somit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Qualitätssicherung im Zusammenhang mit der Inklusion – Drucksache 16/3**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter.

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Kollegen Dr. Kern für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den unmittelbaren Anstoß zum vorliegenden Antrag haben zahlreiche Eltern von Kindern mit Behinderung gegeben. Sie haben sich an die FDP/DVP-Fraktion gewandt in der Sorge, dass die qualifizierte sonderpädagogische Förderung und die erstklassige medizinisch-pflegerische Versorgung und überhaupt die aufmerksame Betreuung in den baden-württembergischen Sonderschulen verloren gehen könnten.

Bis die damalige, grün-rote Landesregierung den Sonderschulen die Bezeichnung „Schule“ wegnahm – sie heißen jetzt offiziell „Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren“ –, kannte das Schulgesetz folgende neun Sonderschularten: erstens Schulen für Blinde, zweitens Schulen für Hörgeschädigte, drittens Schulen für geistig Behinderte, viertens Schu-

len für Körperbehinderte, fünftens Förderschulen, sechstens Schulen für Sehbehinderte, siebtens Schulen für Sprachbehinderte, achtens Schulen für Erziehungshilfe und neunten Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Allein diese Auflistung macht nicht nur deutlich, wie ausdifferenziert und hoch spezialisiert unser Sonderschulwesen ist, sondern verdeutlicht auch, welche großen Bandbreiten von Behinderungsarten es gibt und welche anspruchsvolle Aufgabe es ist, jedem einzelnen Kind mit Behinderung gerecht zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jedem einzelnen Kind gerecht zu werden und ihm oder ihr die bestmögliche passende Bildung und Förderung angedeihen zu lassen ist und bleibt für uns Freie Demokraten die Richtschnur unseres Handelns.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Wir verstehen den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion als Auftrag, mehr Möglichkeiten, mehr Wahlfreiheiten bei der Bildung und Förderung von jungen Menschen mit Behinderung zu schaffen. Aber wir verstehen den Inklusionsauftrag nicht als Auftrag, alles Bisherige umzustürzen – so, als hätte es vorher keine Inklusion gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Die mittlerweile wieder abgeschaffte Sonderschulpflicht beispielsweise war seinerzeit eine große Errungenschaft. Sie sicherte Menschen mit Behinderung ein Recht auf Bildung. Sie legte den Grundstein für das ausdifferenzierte Sonderschulwesen. Aus der Sonderschulpflicht erwuchs das Recht auf die bestmögliche Bildung. Dieses Recht gilt es auch für die Zukunft in vollem Umfang zu sichern.

Die Sicherung dieses Rechts ist vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Rückmeldungen insbesondere aus der Elternschaft auch dringend notwendig. So erreichten unsere Fraktion von vielerlei Seiten Klagen über Unterrichtsausfall und mangelnde Lehrerversorgung. Ein Blick in die Stellungnahme des Kultusministeriums zu unserem Antrag bestätigt, dass die Zahl der Absolventen des Lehramtsstudiengangs Sonderpädagogik in Baden-Württemberg von 549 im Jahr 2012 auf 492 im Jahr 2014 gesunken ist.

Gleichzeitig hat die Landesregierung 600 zusätzliche Lehrstellen für die Inklusion zur Verfügung gestellt. Bis zum Schuljahr 2022/23 sind insgesamt 1 350 zusätzliche Stellen geplant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da muss die Scheere zwischen Anspruch und Wirklichkeit auseinandergehen.

Dass mit dieser Versorgungslücke auch noch die Ausbildungsdauer für die technischen und Fachlehrkräfte verlängert wurde, verschärft die Problematik zusätzlich. Außerdem ist vielerorts der Verdacht aufgekommen, dass die Sonderschulen bei der Versorgung mit knappen Lehrkräften gegenüber den Inklusionsprojekten benachteiligt werden.

Die FDP/DVP-Fraktion fordert die Ministerin dringend auf, eine solche einseitige Inklusionspolitik zulasten der Sonderschulen zu beenden.

(Dr. Timm Kern)

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Sorge bereiten aber auch Berichte aus den Inklusionsangeboten an den Regelschulen. Mit der Schulassistenz hapert es, und die medizinisch-pflegerische Versorgung kann nicht den Standard der Sonderschulen bieten. Besonders augenfällig wurde das im Bericht einer Mutter über ein Kind, das in Ermangelung eines Wickelraums auf dem Schulflur gewickelt werden musste.

Barrierefreiheit zu schaffen wäre eigentlich das Erste, das Naheliegendste und das Selbstverständlichste. Der einsilbige Verweis der Landesregierung auf die kommunale Trägerschaft spricht hier Bände. Es steht zu befürchten, dass in der konkreten Situation vor Ort nicht, wie angestrebt, eine Gruppe mit einem Förderschwerpunkt gebildet werden kann, sondern gemischte Gruppen gebildet werden oder gar Einzelinklusion stattfinden muss. Da täten mehr Klarheit und der Grundsatz „Qualität geht vor Geschwindigkeit“ not. Denn auch die Sonderschulen verfolgen das Ziel der Inklusion beispielsweise in Gestalt der Außenklassen.

Ich wäre Ihnen, Frau Ministerin Eisenmann, sehr dankbar, wenn Sie vor diesem Hintergrund auf folgende Fragen der FDP/DVP-Fraktion eingehen könnten.

Erstens: Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung in den Sonderschulen und in den Inklusionsangeboten sicherstellen, gleichzeitig aber verhindern, dass hierbei die Sonderschulen ins Hintertreffen geraten?

Zweitens: Was halten Sie vom Vorschlag, dass die Sonderschulen auch für die Inklusionsangebote die fachlichen Anlaufstellen sind?

Drittens: Frau Ministerin, wie wollen Sie sicherstellen, dass Inklusion in Gruppen mit gemeinsamem Förderschwerpunkt stattfindet und Einzelinklusion oder gemischte Gruppen möglichst vermieden werden?

Viertens: Frau Ministerin, wie wollen Sie das hohe Niveau der pflegerisch-medizinischen Versorgung in unserem Land sicherstellen?

Fünftens: Was unternimmt die Landesregierung, um dem Ziel einer umfassenden Barrierefreiheit tatsächlich näherzukommen?

Im Beschlussteil unseres Antrags haben wir nur einen Minikonsens formuliert, hinter den sich alle Parteien bzw. Fraktionen stellen können, die sich zur Inklusion bekennen. Das sind also fast alle hier im Landtag vertretenen Parteien – bis auf eine, die Inklusion ganz offensichtlich grundsätzlich ablehnt. Es bedarf keiner großen Fantasie, um zu wissen, welche dies ist.

Der Beschlussteil unseres Antrags begehrt eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung der Inklusion durch eine unabhängige Institution und eine regelmäßige Berichtspflicht an den Landtag zwecks Qualitätssicherung.

Um zu verstehen, worum es der UN-Konvention mit ihrem Anliegen der Inklusion geht, lohnt es, sich die Situation vor

Augen zu führen, die in vielen Ländern dieser Welt herrscht. Es geht um ein Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderung. Wenn man dies ernst nimmt – dafür plädieren wir Freien Demokraten mit Nachdruck –, dann ist dies eine große Aufgabe, nicht nur in Ländern, in denen man von der Einlösbarkeit dieses Rechts noch weit entfernt ist, sondern auch bei uns.

Wie sichern wir für jeden Einzelnen Teilhabe an Bildung, und wie sichern wir gesellschaftliche Teilhabe durch Bildung? Wir Freien Demokraten sind überzeugt: Das ist nur mit kontinuierlicher Anstrengung möglich, um jedem Einzelnen die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen, nämlich Bildung in höchster Qualität.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es eint uns das Ziel, dass wir Inklusion als einen Mehrwert für die Gesellschaft sehen. Wir verbinden aber diesen Mehrwert nicht nur damit, dass die Kinder mit Beeinträchtigungen das Recht auf Bildung erhalten, sondern wir verbinden diesen Mehrwert auch damit, dass wir Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen, mit der unterschiedlichsten Herkunft – Migration, Inklusion als weiten Begriff betrachtet – in die Mitte unserer Gesellschaft holen, sie damit als Teil dieser Gesellschaft wahrnehmen, auch von ihnen lernen und mit ihnen gemeinsam unser Land gestalten.

Wir sehen daher die Wahlfreiheit der Eltern als ein hohes Gut an, egal, ob sie sich für ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum oder für die Regelschule entscheiden. Dass die Rahmenbedingungen dabei natürlich die entscheidende Rolle spielen und die Qualität der Bildung in diesem Bereich eine große Rolle spielt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Daher nehmen wir natürlich auch wahr, dass es derzeit unterschiedliche Ausprägungen an den Schulen in Baden-Württemberg gibt. Es wird deutlich, dass das Gesetz zur Inklusion, das wir im vergangenen Jahr hier im Parlament verabschiedet haben, noch nicht überall an den Schulen so angekommen ist, wie wir es uns wünschen. Daher bedarf es auch einer engen Begleitung der Schulen. Es bedarf einer engen Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer durch Fortbildung und Weiterbildung. Wir wollen auch darauf achten, dass die auskömmliche Versorgung der Schulen in beiden Bereichen – sei es an den SBBZ oder an den Regelschulen – vorhanden ist.

Bei dem, was Sie, Herr Dr. Kern, angesprochen haben, geht es auch um die Barrierefreiheit der Schulen. Wir haben daher auch die Kommunen in diesem Land mit finanziellen Mitteln unterstützt, um diese Barrierefreiheit darzustellen. Es gibt bereits viele gelingende Ansätze und Umsetzungen. Die Barrierefreiheit wird auch an den Schulen so umgesetzt, dass Schülerinnen und Schüler unabhängig davon, welche Beeinträchtigung sie haben, unterrichtet werden können.

(Sandra Boser)

Unser Ziel muss es nach wie vor sein, dass Inklusion an jeder Schule in Baden-Württemberg möglich wird und dass Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigung an den Schulen in Baden-Württemberg – egal, wo – willkommen sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Udo Stein [fraktionslos])

Wir sehen es natürlich schon kritisch, dass wir im vergangenen Jahr nicht alle Lehrerstellen in diesem Bereich besetzen konnten, wie wir es uns gewünscht hätten. Wir sehen es auch kritisch, dass die Ausbildungskapazitäten nicht ausgereicht haben, um sonderpädagogische Kräfte einzustellen. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass die Ausbildungskapazitäten erhöht werden – das haben wir im vergangenen Jahr schon getan –, damit wir genügend Sonderpädagogen an den Schulen in Baden-Württemberg haben – nochmals: egal, ob an der Regelschule oder am sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer an beiden Schularten, die sich mit Inklusion auskennen und die die Inklusion in Baden-Württemberg gestalten.

Wir nehmen natürlich auch wahr, dass an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren Inklusion auch in die andere Richtung stattfindet. Es ist auch unser großer Wunsch, dass Inklusion nicht einseitig betrachtet, sondern in alle Richtungen gedacht wird und wir Kindern damit die Chance eröffnen, beste Bildungserfolge zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für unsere Fraktion ist es daher auch wichtig, in dem angehenden Weiterbildungspaket für die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte das Thema Sonderpädagogik mit aufzunehmen, Haupt- und Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu geben, sich in diesem Bereich weiterzuqualifizieren, damit sie am Ende auch die Möglichkeit zu einem Aufstieg in die Besoldungsgruppe A 13 erhalten. Das war für uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein großes Anliegen, und das werden wir auch in dieser Legislaturperiode mit einfließen lassen, wenn es um das Weiterbildungskonzept für die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte geht.

Denn die Haupt- und Werkrealschulen waren in den vergangenen Jahren vor allem die Schulen, die Inklusion umgesetzt haben – genauso wie die Grundschulen –, und wir wollen natürlich diese Erfahrungen, die die Lehrerinnen und Lehrer aus diesem Bereich mitbringen, in die Inklusion mit übernehmen. Wir brauchen diese Lehrkräfte, und daher werden wir unterstützen, dass wir hier die Lehrerinnen und Lehrer auch in Zukunft gut mit einbinden können und ihnen Weiterqualifizierungsmaßnahmen anbieten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich nochmals betonen: Für uns, die Fraktion GRÜNE, ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche, egal, an welcher Schule sie unterrichtet werden, egal, mit welchen Voraussetzungen sie an eine Schule kommen, bestmögliche Bildungschancen haben und die bestmögliche Unterstützung bekommen.

Dazu gehört natürlich auch die Schulasistenz, die jedoch in den Händen der Landkreise liegt, weshalb wir von Landesseite aus wenig Möglichkeiten haben, Einfluss auf die Schulasistenz zu nehmen.

Dazu gehören auch multiprofessionelle Teams, wie wir sie bereits in der vergangenen Legislaturperiode gefordert haben. Wir brauchen für die Schülerinnen und Schüler – egal, ob mit oder ohne Beeinträchtigung – die beste Bildung, und dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und unserem Antrag zustimmen?)

– Dem Antrag nicht zustimmen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Haser.

**Abg. Raimund Haser** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Inklusion ist eine der bildungspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre, die uns noch lange beschäftigen wird. Ich bin fest davon überzeugt: Vom gemeinsamen Unterricht können Kinder mit und Kinder ohne Behinderung profitieren.

Meine Tochter, die in zwei Jahren in die Schule kommt, wird in eine andere Schule gehen, in eine Schule, in der auch Menschen aufgenommen werden, die geistig oder körperlich behindert sind. Das wird sie verändern. Das wird eine etwas andere Schule sein als die, in die ich gegangen bin. Ich bin gespannt darauf, und ich hoffe, dass es ihr guttut, und ich gehe auch davon aus, dass es ihr guttut, und zwar deswegen, weil ich glaube, dass der Umgang mit Menschen, die unsere Hilfe brauchen und die vielleicht unsere besondere Aufmerksamkeit brauchen, sowie diese Hilfe auch gelernt werden müssen.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Auch hier gilt: Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Die Inklusion hat wie die Schule allgemein viele Gesichter. Für mich hat die Inklusion drei Gesichter.

Das erste Gesicht ist ein junges Mädchen, das ich in einem Kinderheim in meiner Heimatstadt, bei dem ich auch im Stiftungsrat bin, kennengelernt habe. Sie wird nie in eine normale Schule gehen können, obwohl sie nicht an den Rollstuhl gefesselt ist und auch ansonsten körperlich unversehrt ist. Aber sie hat eine Seele, die gebrandmarkt ist von vielen Erlebnissen in der Kindheit, mit denen sie nicht fertig wird. Für sie ist es gut, eine Schule zu haben, in der vielleicht nur sieben oder acht Schülerinnen und Schüler pro Klasse sind und in der sich besonders ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer um sie kümmern.

Das zweite Gesicht ist Jacqueline. Ich habe ihr vor zwei Wochen einen Preis für soziales Engagement überreicht. Sie ging in ein SBBZ, zunächst in eine Förderschule, weil sie Schwierigkeiten hatte, zu reden, mit anderen zu kommunizieren, sich in einer Gesellschaft wohlfühlen. Seit der siebten Klasse geht sie in eine Werkrealschule. Sie hat sich sehr gut gemacht, und sie wird wahrscheinlich auch ihre schulische Laufbahn fortsetzen.

(Raimund Haser)

Das dritte Gesicht der Inklusion ist Calvin. Calvin ist ein sehr aufgeweckter junger Bursche, und, Herr Kern, auch er ging in ein Bildungszentrum. Das heißt schon so, seit es die Steyler Missionare in Blönried gegründet haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Auch das ist trotzdem eine ganz normale Schule, ein Gymnasium. Seine Mitschüler mögen ihn sehr, sehr gern. Er kann gut Fußball spielen, er schreibt sein Matheheft fast so gut wie sein Nachbar – mit dem einzigen Unterschied: Er schreibt es mit den Füßen, weil er keine Arme hat. Es ist gut, dass Calvin in diese Schule gehen darf und gehen kann, was früher nicht der Fall war.

Es gibt die Inklusion an der Regelschule, es gibt die Beschulung an den Sonderschulen, und es gibt den Besuch der Außenklassen. Das sind die drei Wege, die wir vorgesehen haben. Für die Entscheidung darüber, welcher Weg eingeschlagen wird, gibt es die Bildungswegekonferenz, die als Modellversuch noch aus Zeiten der letzten CDU-geführten Landesregierung stammt, die nun im Inklusionsgesetz umgesetzt wurde und der wir auch sehr stark vertrauen.

Nichtsdestotrotz ist Inklusion ein langer Weg, und – Frau Boser hat es beschrieben, und auch Sie, Herr Kern, haben es gesagt – niemand hat je behauptet, dass wir bereits am Ende des Weges wären. Die Frage ist, ob wir die Weichen richtig gestellt haben.

Wir wollen erstens die Voraussetzungen an den Regelschulen schaffen. Das heißt, wir werden bis zum Schuljahr 2022/2023 zusätzlich 1 350 Stellen für den Ausbau und die Steuerung der Inklusion schaffen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Man braucht aber auch das Personal dazu!)

Zweitens: Wir wollen die Sonderschulen erhalten und zu SBBZ weiterentwickeln. Denn woher, Herr Kern, sollen denn die Beratungen kommen, wenn nicht aus den Sonderschulen?

Drittens: Wir werden deshalb das Berufsbild des Sonderpädagogen attraktiv halten. So wird u. a. ab September dieses Jahres auch schon am Pädagogischen Fachseminar in Schwäbisch Gmünd ausgebildet.

Viertens: Die Lehrerinnen und Lehrer an den Regelschulen werden durch Fortbildungen auf die Inklusion vorbereitet.

Da Sie, Herr Dr. Kern, darauf aufmerksam gemacht haben, dass es auch um die Barrierefreiheit geht, muss man schon zart darauf hinweisen, dass die Barrierefreiheit Sache des Schulträgers ist und dass auch die Versorgungsquantität und -qualität der Schulassistenz im Zuge der Eingliederungshilfe nach SGB VIII und XII Sache der Stadt- und Landkreise ist. Das Land unterstützt und fördert die Bemühungen – Frau Boser hat es gesagt –, aber umsetzen müssen es die Kommunen und Landkreise vor Ort schon selbst.

Für uns, die CDU-Fraktion, ist aber auch eines wichtig: Inklusion um jeden Preis darf es nicht geben. Wir müssen fördern. Wir dürfen das System und die Menschen, die darin arbeiten und leben, auch nicht überfordern.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Ich sehe die Inklusion als einen Prozess. Wir haben einen Weg begonnen. Der Weg ist nie von Anfang an perfekt. Wichtig ist, dass wir die Weichen richtig stellen. Wenn wir diesen ganzen Prozess beständig überwachen, überprüfen und auch evaluieren, bin ich mir ziemlich sicher, dass wir diesen Weg auch schaffen werden, so, wie wir es an vielen anderen Punkten auch geschafft haben.

Lassen Sie uns Zeit, diesen Prozess gut zu gestalten. Bedacht, Entschlossenheit und Sorgfalt sind das, was wir den Kindern, den Eltern und den Lehrerinnen und Lehrern am allermeisten schuldig sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Gut gemacht!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Kleinböck.

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass bei all unseren politischen Entscheidungen das Wohl der Kinder bzw. das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht. Das gilt sicher auch für die meisten von Ihnen. Aber es schadet nichts, wenn man das zu Beginn noch einmal deutlich macht.

Ich darf natürlich auch in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass wir von der SPD es waren, die in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Kultusminister Andreas Stoch das Thema Inklusion endlich aufgegriffen haben und die gesetzliche Verankerung eingeleitet haben – nach gefühlt 50 Jahren Schulversuch, sage ich mal.

Meine Damen und Herren, Ziel der SPD ist es, dass die Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Normalität wird, eben auch in der Schule. Dass sich bei solchen Entwicklungsprozessen auch stets die Forderung nach guter Qualität stellt, das ist ja schon aufgrund des beträchtlichen Ressourceneinsatzes nach meinem Dafürhalten selbstverständlich.

Deshalb war es uns wichtig, die Bildungswegekonferenz gesetzlich zu verankern und den Eltern zugleich ein qualifiziertes Wahlrecht zu geben. Ich denke, dass die Eltern damit in aller Regel auch sehr verantwortlich umgehen.

Die Tatsache, dass wir weiterhin Außenklassen zugelassen haben, trägt den Wünschen von einigen Schulen Rechnung, die eben mehr Flexibilität verlangten. Das muss aber qualitativ auch nicht zwingend schlechter sein.

Dass wir mit der Gruppenlösung das Angebot von Schulträgerseite her steuern, soll auch einen effizienten Ressourceneinsatz bei Städten und Gemeinden ermöglichen. Herr Dr. Kern, ich weiß natürlich schon, dass es bei der Umsetzung da mancherorts mangelt.

Meine Damen und Herren, ein grundlegendes Problem hat sich natürlich schnell herauskristallisiert: Wir haben einfach

(Gerhard Kleinböck)

zu wenig Sonderpädagogen. Das lag und liegt vor allem daran, dass wir nicht genügend Ausbildungskapazitäten haben. Wir haben in der Vorgängerregierung damit begonnen, diese Kapazitäten auszuweiten. Aber im Moment sehe ich da keine weiteren Entwicklungen. Wenn also das Ziel ist, bis 2022 fast 1 500 neue Stellen zu schaffen, dann muss ich sagen: Hurtig, hurtig, liebe Ministerin, damit wir die Ausbildungskapazitäten hier erweitern.

(Zurufe von der SPD: Hurtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es betrifft ja nicht nur die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, sondern es geht auch um die Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die jetzt eine längere Ausbildung machen. Anstatt 1,5 Jahren soll diese Ausbildung nun drei Jahre dauern. Das ist sicher auch der angestrebten Qualität geschuldet. Hier würde mich natürlich schon interessieren, ob diese längere Ausbildungszeit auch Auswirkungen auf die Bewerberzahl hat und, wenn ja, in welchem Umfang sich das bemerkbar macht.

Übrigens, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Thema Fachlehrer sollten wir schon einen Blick in die Realität werfen. Dass die Fachlehrer mit A 9, A 10 nicht nur schlechter bezahlt werden als die Sonderpädagogen, die nach A 13 bezahlt werden, ist die eine Sache. Wenn man aber berücksichtigt, dass sie mit 31 Lehrerwochenstunden fünf Stunden in der Woche mehr unterrichten, als das bei den Sonderpädagogen der Fall ist, und wenn man dann noch sieht, dass oftmals die Zusammenarbeit die gleiche Arbeitsleistung von beiden verlangt, dann muss man schon einmal fragen, ob das gerecht ist. Herr Dr. Kern, Sie hatten ja in Ihrer Anfrage vermutet, dass es sich um einen Bachelorstudiengang handeln würde. Wenn das so wäre, hätten wir zumindest beamtenrechtlich die Frage der Besoldung an dieser Stelle erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wissen wir alle, dass unter dem Qualitätsaspekt ein großes Ziel ist, das Zwei-Pädagogen-Prinzip im System zuverlässig zu verankern. Wenn wir das wirklich wollen, brauchen wir nicht nur die deutliche Aufstockung bei den Ausbildungskapazitäten – hurtig, hurtig! –, sondern auch eine deutliche Aufstockung bei den Fortbildungen für Lehrkräfte, die bereits im Schuldienst sind. Auch das kostet natürlich zusätzlich Geld. Die Pädagogischen Hochschulen bieten bereits seit 2015 Module an, die sich mit dem Themenspektrum Sonderpädagogik befassen.

Ein Punkt ist noch anzusprechen: Qualifizierungsmaßnahmen, liebe Sandra Boser, für Lehrkräfte, die bislang an Werkrealschulen und Hauptschulen unterrichtet haben, aber dort mangels Schülerzahlen nicht mehr eingesetzt werden können, sind auch eine Personalressource, die man bei dieser Aufgabe nicht übersehen darf.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Lieber Kollege, jetzt sollen Sie langsam hurtig zum Ende kommen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Hurtig oder langsam, Sie müssen sich entscheiden.

(Heiterkeit)

Ein letzter Satz: Zum Thema „Inklusion und Qualität“ sollten wir immer wieder einmal einen Blick auf die wissenschaftliche Forschung oder auf Begleitforschung werfen. Denn ich weiß schon, wenn ich mit diesen Menschen ins Gespräch komme, dass wir hier Dinge diskutieren, die oftmals keine Zustimmung bei den Wissenschaftlern finden oder die nur begrenzt Zustimmung auslösen.

Deshalb, Herr Dr. Kern, sagen wir zu Ihrem Beschlussteil grundsätzlich Ja. Über die Frage, was denn unter der unabhängigen Einrichtung zu verstehen ist, müssen wir noch einmal reden. Aber da unterstützen wir natürlich diesen Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Räßple.

**Abg. Stefan Räßple AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich wundere mich manchmal, dass die FDP/DVP jetzt auch diese inhaltliche, sachliche Debatte dafür nutzt, uns wieder anzugreifen. Wahrscheinlich haben Sie unser Parteiprogramm, unser Landtagswahlprogramm überhaupt nicht gelesen

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe es sogar da!)

und den Punkt zur Inklusion möglicherweise auch falsch verstanden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn man es nicht gelesen hat, wie kann man es dann falsch verstehen?)

Genauso wundere ich mich über diese inhaltsleeren fünf Minuten, die wir von der Fraktion GRÜNE gehört haben. Frau Boser, bei der ganzen heißen Luft, die Sie jetzt gerade hier abgesondert haben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Na, na, na!)

bin ich jetzt wirklich froh, dass ich keine Haare habe, sonst wäre mein Scheitel auf die andere Seite gerutscht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Also, Entschuldigung! – Abg. Nicole Razavi CDU: Abrüsten! – Abg. Winfried Mack CDU: Für was sind jetzt Sie? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es geht hier um „Qualitätssicherung im Zusammenhang mit der Inklusion“. In diesem Begriff ist schon „Qualität“ enthalten. In dem vorliegenden Antrag haben die FDP/DVP-Darsteller aber nur quantitative Fragen gestellt. Es wurde gefragt: Wie viele Studienplätze sind angedacht? Wie viele Studienplätze wurden vergeben? Wie viele Absolventen haben die Universitäten verlassen? Das sind quantitative Fragen. Aber es stellt sich die Frage nach der Qualität.

Wenn man die Frage nach der Qualität stellt, kommt man nicht darum herum, die Lehrerbildung ins Visier zu nehmen. Es ist geplant, die Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master umzustellen. Darin wird einzig und allein die Kompetenz gelehrt: Wie lerne ich am besten Dinge auswendig, um sie hin-

(Stefan Räßle)

terher schnellstmöglich wieder zu vergessen? Das ist keine Qualität in der Lehrerbildung.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie fantasieren! – Abg. Nicole Razavi CDU: Haben Sie eigentlich irgendeine Ahnung von Lehrerbildung?  
– Weitere Zurufe)

– Herr Präsident, ich bitte um Ruhe.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Nicole Razavi CDU:  
Doch! Das dürfen wir!)

Wir haben einen Bildungsföderalismus,

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben keinen Bildungsföderalismus, wir haben eine Kulturhoheit der Länder!)

und der Bildungsföderalismus hat einen großen Vorteil, nämlich den Wettbewerb der Systeme. Sachsen hat es uns vorgebracht. Sachsen hat die Umstellung auf Bachelor und Master nach der ersten Evaluation wieder zurückgezogen, weil die Studenten nach der Einführung von Bachelor und Master in den Lehramtsstudiengängen nach dem Studium an sich nicht tauglich waren, das Referendariat zu beginnen.

(Beifall bei der AfD)

Darum hat Sachsen das schnellstmöglich wieder abgeschafft. Was machen wir aber? Wir führen es zum nächsten Wintersemester ein. Das ist verantwortungslose Politik, die auf dem Rücken der Schüler ausgetragen wird. Das lassen wir, die AfD, nicht zu.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD)

Zum Thema Inklusion: Natürlich ist es wichtig, dass wir die Menschen miteinander verbinden, egal, ob es gesunde Menschen oder Menschen mit Behinderungen sind. Es gibt unzählige Behinderungen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Meine Frau arbeitet als Sonderschullehrerin. Sie arbeitet im Moment in einer sechsten Klasse. Sie hat mir berichtet, dass sie mit den Kindern in der sechsten Klasse seit einem halben Jahr lernt, von eins bis zehn zu zählen. Wenn die Ferien vorbei sind, fangen sie wieder bei null an, weil selbst das schon wieder vergessen wurde.

Ich bitte Sie: Wie soll ein gemeinsamer Mathematikunterricht für geistig behinderte Kinder und gesunde Kinder im gleichen Klassenraum funktionieren, wenn die Lerndifferenzen so eklatant groß sind?

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Als Lösung schlagen wir, die AfD-Fraktion, die Implementierung von Jahrgangsschulen vor. Ja, Sie haben richtig gehört: Die AfD bietet Alternativen an. Wir möchten auch nicht, dass in einem Ort hier die Realschule, dort die Hauptschule, am anderen Ende der Stadt das Gymnasium und irgendwo abseits dann die Sonderschule ist, sodass die Kinder gar nichts miteinander zu tun haben. Das ist nicht richtig. Deshalb müssen wir sie auf einem Campus integrieren, aber natürlich in ver-

schiedenen Klassenräumen unterrichten. So ist es möglich, dass es auf dem Pausenhof oder im Nachmittagsprogramm zu gemeinsamen Aktivitäten kommt. Bei Schulausflügen können dann die Gymnasialkinder die Rollstühle behinderter Kinder schieben.

So kann man auch den sozialen Zusammenhalt fördern, ohne die Kinder in einem Klassenzimmer sinnlos zusammenzustecken. Das schadet nicht nur den Schülern, sondern auch den Eltern. Die FDP/DVP hat es gesagt. Auch die Lehrer laufen dagegen Sturm, weil wir ein exzellentes Sonderschulsystem in Deutschland haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das Leben ist vielfältiger, als Sie denken!)

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat nur die Aussage getroffen, dass wir die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren müssen. Das ist in unserem Sonderschulwesen der Fall. Deutschland ist beispielhaft für die Integration von Behinderten. Wir dürfen das nicht zerstören durch eine links-grüne Ideologie, die Sie Bildungspolitik nennen. Das dürfen wir nicht tun.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Kriegen Sie einmal Ihre Verschwörungstheorien in den Griff!)

Ich komme zum Schluss: Die AfD setzt sich für ein gegliedertes Schulsystem ein. Jeder Mensch hat die optimale Förderung verdient. Inklusion schadet den Behinderten.

Frau Eisenmann, bitte verlassen Sie den Irrweg Inklusion. Sonderschulen müssen bleiben.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos])

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort der Kollegin Martin. – Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Abg. Claudia Martin** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie kommen wohl nicht umhin, einen weiteren inhaltlichen Dissens in der AfD festzustellen – aber egal.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig!)

Inklusion – die Idee, Kinder mit Behinderung zusammen mit Kindern ohne Behinderung zu unterrichten – erscheint im ersten Moment wirklich großartig. Aber nicht immer ist gut gemeint auch gut gemacht. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir alles dafür tun müssen, um Menschen mit Behinderung fest in unsere Gesellschaft zu integrieren, sodass sie die Chance haben, ein nach ihren Möglichkeiten komplett normales Leben zu führen. Was ist da naheliegender als Inklusion? Aber was als glorreiche Idee startete, erwies sich schnell als das genaue Gegenteil.

Dies belegt nicht zuletzt eine forsa-Studie vom April dieses Jahres, bei der 500 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg zu ihren Erfahrungen mit der Inklusion befragt wurden. Hier zeichnet sich erst recht ein düsteres Bild zum Stand in Sachen Inklusion ab. So heißt es dort, dass 47 %



(Claudia Martin)

der befragten Lehrer die personelle Ausstattung für die gemeinsame Unterrichtung von Schülern mit und ohne Behinderung als mangelhaft oder ungenügend bewerten. Ein ebenso großer Teil der Lehrer in Baden-Württemberg hält es immer noch für sinnvoller, Kinder mit einer Behinderung weiterhin in speziellen Sonder- und Förderschulen zu unterrichten, selbst wenn die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen zur inklusiven Beschulung erfüllt sind. Diese Einschätzung hat sich bei den befragten Lehrern innerhalb des vergangenen Jahres sogar weiter manifestiert. Viele betrachten das Projekt Inklusion als gescheitert.

Die Gründe, die nach Ansicht der befragten Lehrer gegen die gemeinsame Unterrichtung sprechen, sind: die durch Inklusion verursachte Benachteiligung von Kindern ohne Behinderung, die Überforderung von Kindern mit einer Behinderung, die aus einer angestrebten Inklusion am Ende eine Exklusion macht, mangelhafte sonderpädagogische Kenntnisse und daher unzureichende Ausbildung der Lehrer sowie fehlendes Fachpersonal an den entsprechenden Schulen. Daher die Erkenntnis, dass eine individuelle Förderung beider Gruppen bei einer gemeinsamen Unterrichtung nicht möglich ist.

Wir, die Alternative für Deutschland, waren schon bei der Einführung des Inklusionsgesetzes skeptisch,

(Zuruf: Alternative für Deutschland?)

inwieweit sich die darin festgelegten Ziele der Inklusion überhaupt in der Praxis durchsetzen lassen würden. Ebenso wie im Antrag der FDP/DVP geschildert, bekommen auch wir immer wieder Rückmeldungen aus der Wählerschaft, insbesondere aus dem Kreis der Eltern behinderter Kinder, dahin gehend,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass die Umsetzung der Inklusion in der Praxis auf immer größere Probleme stößt.

Sieben Jahre ist nun das Inkrafttreten der UN-Konvention her, die allen Kindern das Recht auf inklusive Beschulung zuspricht. Was zeigt sich? Viele Eltern wollen ihre Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gar nicht mehr auf Regelschulen schicken, da sie merken, dass die entsprechenden Förderschulen ihren Kindern viel individueller gerecht werden.

Die FDP/DVP schlägt nun nicht zum ersten Mal eine unabhängige Einrichtung zur Qualitätssicherung des Inklusionsprozesses vor. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hingegen hält eine solche Einrichtung nicht für nötig mit dem Argument, dass Qualitätssicherung innerhalb des Ministeriums bereits hinreichend gewährleistet sei.

Jeder, der hier über einen gesunden Menschenverstand verfügt, muss skeptisch werden. Denn wenn ein Jahr nach Inkrafttreten des Inklusionsgesetzes schon überdeutlich wird, dass die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion in der Realität mehr als sichtbar werden, mutet es schon seltsam an, wenn im Koalitionsvertrag wieder zu lesen ist:

*Es geht nun darum, dass die erfolgreiche Umsetzung durch gute Rahmenbedingungen und durch die Unterstützung der Lehrkräfte gelingt.*

Daher befürworten wir von der AfD die Schaffung einer vom Ministerium unabhängigen Einrichtung. Die Ausbildung der Kinder und vor allem die Betreuung von Kindern mit Behinderungen ist ein zu sensibler Bereich, um sich hier allein auf Selbstauskünfte dieses Ministeriums zu verlassen. Wir unterstützen demnach den Antrag der FDP/DVP.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Inklusion ist ein gesamtgesellschaftliches Thema und eine große Herausforderung, gar keine Frage. Das muss sich nicht nur im Bildungssystem widerspiegeln, sondern auch in den Köpfen der Menschen. Wie weit manche davon noch entfernt sind, hat der Beitrag von Herrn Räßle gezeigt. Da gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich glaube, Herr Räßle, dass wir uns im Rahmen der Inklusion mehr zutrauen sollten, als dass Gymnasiasten Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer im Pausenhof herumschieben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! So ist es! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Richtig ist: Das Gesetz ist seit dem 1. August vergangenen Jahres in Kraft. Es läuft das erste Schuljahr, in dem es umgesetzt wird. Herr Kleinböck, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Ich finde die Grundlage in der Umsetzung sehr gut. Zum „Hurtig, hurtig“-Kommentar –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hurtig, hurtig! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Lieber Herr Drexler, lieber Herr Kleinböck, Qualität geht vor Schnelligkeit. Ich glaube, das zahlt sich immer aus, auch in diesem Fall.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir sind seit einem Jahr in einem Prozess. Dieser unterscheidet sich in Punkten von anderen Prozessen. Wir haben das Schulgesetz zu Recht geändert. Nun arbeiten wir an der Umsetzung.

Wir haben – in vielen Beiträgen wurde dies deutlich – natürlich noch Nachjustierungsbedarf in den von Ihnen durchaus zu Recht genannten Themenfeldern.

Dass dabei, Herr Kern, die Wahlfreiheit direkt im Mittelpunkt steht, dass natürlich auch die Sonderschulen erhalten bleiben, dass die Vielfalt der Angebote angesichts der Vielfalt der Themenstellungen, die uns beim Thema „Inklusive Beschulungen“ begeben, im Mittelpunkt steht und auch weiter im Mit-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

telpunkt stehen muss, wird daran deutlich, wie wir den Prozess in den vergangenen Monaten eingeleitet haben.

Frau Boser, ich teile Ihre Einschätzung: Wir sind auf einem guten Weg, müssen aber, wie gesagt, auch anerkennen, dass wir bei manchen Themen einfach noch nachjustieren müssen. Ziel ist die Schaffung einer inklusiven Grundverfassung im Bildungssystem, sodass die Kinder analog ihrer Neigung und ihrer Begabung gefördert und die Eltern unterstützt werden können, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sind, mit den Themenfeldern und Problematiken, die ihnen begegnen, umzugehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Wir haben Lehrerinnen und Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen, die da schon viel Erfahrung haben. Wir haben natürlich hervorragend ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Wir sind, was die Lehrereinstellungen angeht, offensiv und proaktiv. Das muss so sein. Dass Lehrerinnen und Lehrer in Werkrealschulen – Sie haben es zu Recht angesprochen – über eine Weiterbildung gerade auch für diesen Bereich qualifiziert werden sollen, ist der richtige Weg. Wir werden damit auch beginnen.

Wir werden entgegen jeglicher Aussagen von Vertretern der Gewerkschaften mit der Weiterqualifizierung in den Werkrealschulen jetzt im Herbst beginnen. Wir werden im kommenden Haushalt dafür die Grundlagen schaffen, wie es im Koalitionsvertrag steht. Das ist ein wichtiger Punkt, gerade auch im Bereich der inklusiven Beschulung.

Wir müssen die Lehrkräfte auf die Aufgabe vorbereiten. Wir müssen sie fachlich unterstützen und fachlich begleiten. Und wir müssen die Steuerungsaufgaben in der Schulverwaltung dahin gehend ausrichten, dass wir zielgerichtet das anbieten, was gebraucht wird.

Das Landesinstitut für Schulentwicklung hat das Konzept „Praxisbegleitung Inklusion“ erarbeitet, das den Schulen und den Schulverwaltungen als Handreichung zur Verfügung gestellt wird. Wir haben für die Lehrkräfte ein EDV-gestütztes Instrument zur gezielten sonderpädagogischen Fallarbeit entwickelt, das an den Start geht, damit die individuelle Schulangebotsplanung unterstützt und begleitet werden kann.

Das alles sind Themen, die wir momentan erarbeiten. Wir sehen, dass die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer – das möchte ich ausdrücklich sagen – tolle Arbeit leisten. Wir werden sie bei diesem Prozess Schritt für Schritt begleiten. Das tun wir nicht langsam; wir tun es angemessen, aber wir tun es mit aller Ruhe.

Uns ist genauso wichtig, Herr Kern – das ist Teil des vorliegenden Antrags –, das Thema zu evaluieren und entsprechend zu bewerten.

Wir glauben nicht, dass eine punktuelle externe wissenschaftliche Begleitung als Momentaufnahme bei einem sich im Prozess befindenden großen Thema wie der Inklusion an Schulen das richtige Instrument ist.

Wir brauchen eine dauerhafte Qualitätssicherung und eine dauerhafte Qualitätsbegleitung. Deshalb setzen wir hier auf

die Fachkenntnis und das Detailwissen der verantwortlichen Regierungspräsidien, der staatlichen Schulämter und der örtlichen Schulverwaltung, um entsprechend begleiten und unterstützen zu können. Dies wollen wir mit Fortbildungsmaßnahmen und mit ergänzenden Instrumenten begleiten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Was ich Ihnen zusagen kann, ist, dass wir Ihnen, dem Landtag, die Ergebnisse dieser Evaluationsprozesse und unseren derzeitigen Standpunkt im Rahmen inklusiver Bildungsangebote regelmäßig zur Verfügung stellen werden. Wir würden damit im Sommer 2017 beginnen, sodass Sie nachvollziehen können, wo wir insgesamt stehen, wo unsere Qualitäten sind, aber auch – um es mit der entsprechenden Offenheit zu sagen –, wo noch Handlungsbedarf besteht und wo wir noch nicht so optimal aufgestellt sind, wie wir es uns wünschen würden und wie es das Thema Inklusion an unseren Schulen zum Wohl der Kinder in unserem Land tatsächlich erfordert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort noch einmal dem Kollegen Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, Sie haben gerade eben gesagt: „Jawohl, wir haben einen Nachjustierungsbedarf.“ Sie haben außerdem gesagt: „Uns ist Evaluierung und Prozessbegleitung wichtig.“ Des Weiteren haben Sie zugesagt, dass wir in regelmäßigen Abständen auch einen Bericht erhalten.

Wo besteht jetzt der wirkliche Unterschied zur ausgestreckten Hand, die in dem Antrag der FDP/DVP-Landtagsfraktion deutlich wird, dass man eine entsprechende Institution beruft, dass man eine Kommission einsetzt, die genau das macht, was Sie ebenfalls machen wollen? Das wäre doch eigentlich ein guter Beginn dieser Legislaturperiode: ein Schulfrieden, für den sich die FDP seit vielen Jahren einsetzt.

Man sollte sich in einem Teilbereich, nämlich der Inklusion, zusammensetzen und überlegen: Wie können wir – wir wollen ja eigentlich dasselbe: Qualität, Bildung für jeden – durch eine fraktionsübergreifende Initiative von Regierung und Opposition eine gute Lösung finden? Ich glaube, die Kinder, um die es geht, hätten es verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/3. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungssuchen enthält. Es wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um ein

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 4 ist somit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 1. Juni 2016 – Ketsch, Verkauf einer Teilfläche von ca. 67 000 m<sup>2</sup> des landeseigenen Grundstücks Flurstück-Nr. 2688 – Drucksachen 16/48, 16/268**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 1. Juni 2016, Drucksache 16/48. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/268. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 1. Juni 2016 zuzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 30. Juni 2016 – Geschäftsbesorgung für die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH – Zustimmung des Finanzaus-**

**schusses des Landtages zur Veräußerung des Gebäudes „Am Fruchtkasten 3“ in Stuttgart – Drucksachen 16/245, 16/272**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch zu diesem Punkt festgelegt, auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 30. Juni 2016, Drucksache 16/245. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/272. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 30. Juni 2016 zuzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 20. Juli 2016, um 10:00 Uhr statt.

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich die Mitglieder des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz darauf hinweisen, dass der Bus zur Ausschusssitzung in 15 Minuten vor dem Landtagsgebäude abfährt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wie Bus? Die sollen laufen! – Zuruf: Die können mit dem Traktor fahren!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:56 Uhr**